
LUXEMBURG
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS
STOPPT AFD
Tesla Straße
DIE LINKE.
DIE LINKE
WAS BLÜHT IM OSTEN?



»Wir liefen an den Überresten
der Feierlichkeiten vorbei.
Deutschlandfahnen, Bierflaschen,
Erbrochenes.
Die Menschen schliefen jetzt.
Wenn sie wieder aufwachten,
würden sie arbeitslos sein.«

Peter Richter in »89/90«

WAS BLÜHT IM OSTEN?

»Konzepte für eine progressive Bodenpolitik kommen aus dem Osten, weil es hier einfach brennt.«

Gesine Langlotz in diesem Heft

»Es bleibt, wie es ist
Post-Ost Generation Patchworkwendekids
Bei dir wird geerbt, bei uns repariert
Eure Werte ohne Wert werden konterkariert«

Pöbel MC, Rapper



EDITORIAL

»Die Ossis werden nie Demokraten. Vielleicht sollte man aus der ehemaligen DDR eine Agrar- und Produktionszone mit Einheitslohn machen.« Die jüngste Äußerung von Springer-Chef Döpfner empört in ihrer Drastik, überraschend ist sie nicht. Auch nach 30 Jahren gehört die Stigmatisierung Ostdeutscher zum guten Ton. Dabei geht es nicht nur um symbolische Abwertung. Das Gefühl, Bürger*innen zweiter Klasse zu sein, hat einen materiellen Kern: von der anhaltenden Lohnlücke über »Wessi«-dominierte Führungsetagen bis zu abgehängten Landkreisen und ungleichen Erbschaften. Die brachiale kapitalistische Transformation der 1990er-Jahre hat nicht nur den demokratischen Aufbruch erstickt, sondern Staatseigentum en masse privatisiert und Ostdeutschland zum Billiglohnreservoir gemacht. Die Wunden sind längst nicht verheilt. Den Frust weiß die Rechte zu instrumentalisieren. Sie proklamiert ein neues »Ost-Bewusstsein«, skandiert »Vollende die Wende« und droht mit der Faschisierung des ganzen Landes.

Klima, Demokratie und Gerechtigkeit stehen im Osten auf dem Spiel. Jahrzehnte eines autoritären Neoliberalismus werfen ihre Schatten. Was hier »blüht«, hat aber gesamtdeutsche Relevanz. Höchste Zeit, genauer hinzusehen und Stimmen aus dem Osten zu Wort kommen zu lassen: Was sind erfolgversprechende Initiativen, den Rechten das Wasser abzugraben? Wie sehen migrantische Allianzen aus, die Ermächtigung und Schutz bieten? Gibt es ein linkes Sprechen über »Ost-Identität«? Wie kann eine gerechte Politik für den ländlichen Raum aussehen? Und wie zum Teufel kann sich eine linke Partei in all diese Kämpfe erfolgreich einmischen? *LuXemburg* 1/2023 sucht nach Ideen für einen ökosozialen Wandel und nach Initiativen, die im Osten Zukunft machen – und zwar für uns alle.

»NA, DANN MÜSSEN SIE DA WEGZIEHEN!«

Vom Bleiben, trotz alledem

Von Manja Präkels

ZWISCHEN SYSTEMKRITIK UND REGIERUNGSPRAXIS

Hat die LINKE im Osten eine Zukunft?

Gespräch mit Lena Saniye Güngör und Sören Pellmann

ACKERLAND GERECHT VERTEILEN

Warum Bodenpolitik uns alle angeht

Gespräch mit Gesine Langlotz

INHALT

WAS BLÜHT IM OSTEN?

SCHWERPUNKT



LUXEMBURG ONLINE





LUXEMBURG ONLINE

ABC DER TRANSFORMATION
Politischer Streik
Von Fanny Zeise

DIE VERWOBENEN PFADE DER INFLATION
Von Robin Jaspert und Niklas Kullick

KLIMAGERECHTE NACHBARSCHAFTEN
Vorschlag für eine ökologische Klassenpolitik beim Wohnen
Von Armin Kuhn

FEST IM SATTEL
Die AfD hat sich konsolidiert
Von Gerd Wiegel

FRANKREICH IM AUFRUHR
Von Sebastian Chwala

DOSSIER
GEWERKSCHAFTEN IM AUFBRUCH
Mit Texten von Jane McAlevey, Fanny Zeise, Richard Detje, Otto König und vielen mehr

HKWM-STICHWORT
ARBEITER- UND BAUERNSTAAT
Von Werner Mackenbach


»Nur der Tod ist ewig,
das Leben wiederholt sich,
bis der Abgrund gähnt.
Menschen, denen
das Träumen verwehrt wird,
haben keine andere Heimat
als den Wahnsinn.
Es ist nicht gut,
dass der Mensch allein sei.«
Heiner Müller 1993

»NA, DANN MÜSSEN SIE DA WEGZIEHEN!« VOM BLEIBEN, TROTZ ALLEDEM

MANJA PRÄKELS

»Na, dann müssen Sie da wegziehen!« – ein Satz wie eine Axt. Dabei hatte ich gerade erst begonnen zu reden, als mich der Herausgeber einer großen westdeutschen Tageszeitung damit auch schon unterbrach und so das ganze Kommunikationsdilemma zwischen West und Ost klarmachte. Welcher im Osten der Republik sozialisierte Mensch kennt ihn nicht, diesen Schlusspunkt, der die eigenen Ausführungen zu spezifischen Problemlagen des Lebens in den »schwierigen Bundesländern« (Rainald Grebe) stoppen soll. Dabei hat es noch gar nicht begonnen, das Zuhören und Begreifen einer komplexen, über die Jahre gewachsenen Schieflage nach unten, hinten und zurück. Offenbar ist da kein ernst zu nehmender Referenzraum östlich der Elbe. Sonst würde ein solcher Satz nicht so reflexhaft fallen. Und säße ich nicht mit am Tisch, könnte man auch offen darüber schweigen. Der Osten des Landes taugt in Frankfurt am Main, wo der Herausgeber zu Hause ist und die ostdeutsche Autorin zu Gast, nur als Kulisse. Für Scheingefechte in den Feuilletons. Oder vielleicht noch zur Erholung. Für Pferd und Mensch und Kind. ■ Die politischen Debatten, die hier gepflegt werden, übergehen die konkreten Lebensrealitäten wachsender Teile der Bevölkerung. Im Osten, aber nicht ausschließlich dort, sondern überall, wo kein Bus fährt, kein Zug hält, kein Funksignal ankommt, nur noch Hermes- und DHL-Transporter zur Versorgung kreisen und ein Fahrrad kein ideologisches Bekenntnis, sondern ein Fortbewegungsmittel ist – unverzichtbar für die Vielen, die sich kein Auto leisten können. Gut ausgebildete Leute ziehen lieber woanders hin. Wo mehr funktioniert, wo mehr gezahlt wird, wo die Stimmung besser ist. ■ Die sich durch Digitalisierung, Pandemie und Krieg immer weiter beschleunigende radikale Veränderung der Welt bestärkt das Erleben des Nicht-mehr-hinterher-Kommens. Nach außen dringen die immer gleichen Bilder verwaister Stadtzentren in bröckelnden Pastellfarben, ruinierter Bahnhöfe. Auch Menschen. Mit gezeichneten Körpern, gestalteten. Narben, Hundenamen. Müde Augen. Zahnruinen. Male des Verlierens. Die sind überall gleich. ■ Die Bewohner*innen verlassener, entlegener Ortschaften sehen sich jeder Wirkmächtigkeit des eigenen Handelns beraubt und üben erneut den Schulterschluss mit den Menschenfeinden. Die mit jeder Generation wachsende Unkenntnis der eigenen Geschichte bestärkt ihre Unfähigkeit,



sie zu gestalten. Ein gemeinsamer Erfahrungsraum mit den osteuropäischen Nachbarn bleibt so verschlossen. Ungenutzte Potenziale, die schon bald verschwunden sein werden. Die Angstlandschaften dagegen wachsen, werden ausschließlich von rechts bewirtschaftet, wo man die soziale Frage national beantwortet und die Sehnsucht nach Gemeinschaft zwar hart reglementiert, aber dafür möglichst niedrigschwellig bedient. Die Verlassenen versenken das Schiff. ■ Der Blick zurück lässt sie wiederauferstehen, die »gute alte Zeit«, weichgezeichnet, gefühlsduselig. Jemand wie der Unterhaltungskünstler Uwe Steimle verdient damit eine Menge Geld. Namen reihen sich wie Marken einer untergegangenen Welt: Gundi. Bummi. Kettwurst. Ach. Friedenstauben fliegen tief. Wimpelchen im Wind. Retrohorror statt Erinnerungskultur. Wie sollte eine solche auch gedeihen, wenn kein Streit möglich ist? Das Kind sieht nur die Diktatur, die Mutter fand es zuweilen ganz schön und Vater hat doch schließlich für eine bessere Welt gekämpft. Welt. Da war mal was. Es hat sie doch gegeben, oder? »Kleine weiße Friedenstaube …« Rentner summen mit und denken an die Enkel in der Ferne. Drüben, im Westen. Wo ist es hin, das kulturelle Kapital? Davongerannt, vertrieben. Das kommt nicht mehr zurück. Und wenn, dann sind die Menschen nicht wiederzuerkennen. Der Graben zwischen den Generationen wird tiefer. Resigniertes Einmauern: »Was wissen DIE denn schon!« ■ Der alte Nachbar in Brandenburg stemmt seine imposanten Zimmermannshände in die Hüften, blickt zum Horizont und seufzt: »Wenn erst die Freunde wieder hier sind …«. Der Putin macht das schon. Bald sei es soweit. So steht er vor mir, mit Löchern in den Schuhen. Schnee fällt sachte. Nur noch Albtraum. Und lehrt mich sein Pandemie-Paradox: »Für uns hier hat sich nüscht verändert.« Der Kontrakultur tut das keinen Abbruch: »Vollende die Wende!« »Ostdeutsche Härte!« Seid ihr noch berührbar? Ja, aber nur für die eigene Sippe. Wirklich? Wie nennt man das, wenn alle Klischees stimmen? ■ »Warum tun Sie sich das eigentlich an?« In Frankfurt am Main wird nun der Wein dekantiert. Er muss atmen. Das versuche ich auch. »Warum machen Sie nicht mal was Schönes?« Der Herausgeber blickt komplizenhaft über seinen Brillenrand. Ich setze mich aufrecht. Was sagt man da? Vielleicht wegen des *Schöner-Wohnen*-Magazins, das ich im Zug gefunden hatte? Diesem Portrait eines erfolgreichen, westdeutschen Paars im renovierten brandenburgischen Domizil. Auf dem ehemaligen Dreiseitenhof herrscht nun Rauch- und Haustierverbot. Rustikales Ambiente, aller Spuren menschlicher Arbeit beraubt. Eingefrorene Zeit. Die Miete beträgt 999 Euro. Pro Nacht. ■ Oder wegen Rosa Luxemburg? »Sieh, dass du Mensch bleibst. Mensch sein ist von allem die Hauptsache. Und das heißt, fest und klar und heiter



sein, ja heiter, trotz alledem.« Ist das nicht das Gegenteil der Selbstgewissheit des Herausgebers? Und bleibt es nicht wahr? Was Wohlstand so alles anrichtet. ■ Die Sonne gleißt. Abendrot auf bequemen Stühlen. Statt nach einer eloquenten Entgegnung zu suchen, erinnere ich mich an ein Gespräch am Rheinsberger Seeufer. Der klirrende Schlüsselbund. Die Schlossanlage, menschenleer und aus der Zeit gefallen, lag in unseren Rücken. Vor uns der sich rot verfärbende See. »Wie friedlich alles ist«, seufzte der Wachmann. Und: »Ich will mit keinem tauschen.« Meinem zweifelnden Blick setzte er entgegen: »Die sich für besonders schlau halten, die kapieren am allerwenigsten.« Aber manche kapieren sehr genau. Die ziehen, bauen, zementieren immer neu die alten Grenzen. ■ In Frankfurt am Main hat sich der Herausgeber einem anderen Gesprächspartner zugewandt. Die Männer tauschen sich über Statistiken aus. Zahlen, die ihnen recht geben. Ich rufe mir solange weitere Gesichter ins Gedächtnis, Stimmen und bestärkende Gespräche mit Menschen, die dem Anpassungsdruck und Nichtseinwollen in den Randlagen ihre Fantasie und Kraft entgegensetzen. Denke an die Betreiberin des kleinen Cafés mit angeschlossener Pension. Ebenfalls in der Prignitz. Die hatte sich geweigert, zwei unverkennbare Rechtsradikale zu beherbergen. Trotz Flaute, knapper Kasse und der Bedrohlichkeit. »Wär' ja noch schöner«, hatte sie nur gesagt und beherzt in einen Apfel gebissen. Der Wachmann kannte weder sie noch ihr Café. Weil er nie ausgeht. »Mit der würden Sie sich bestimmt verstehen«, erklärte ich ihm. »Die geht hier auch nicht weg. Außer, sie geht pleite.«

MANJA PRÄKELS ist Schriftstellerin, Journalistin und Musikerin. Bekannt wurde sie mit ihrem 2017 erschienenen Roman »Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß«, der die letzten Jahre der DDR und die gesellschaftlichen Verwerfungen nach der Wende in einer brandenburgischen Kleinstadt beschreibt.


Assessit
UNHEIMLICH ÄHNLICH
WO SICH REALSOZIALISMUS UND
NEOLIBERALISMUS TREFFEN
STEFANIE HÜRTGEN

»Das ist ja wie in der DDR« ist ein Satz, den heute oft Rechte äußern. Dabei kann der Vergleich emanzipatorische Kritik anregen und den Blick für die autoritäre Herrschaft im heutigen Kapitalismus schärfen.

STEFANIE HÜRTGEN ist Soziologin und Geografin an der Universität Salzburg und assoziiertes Mitglied des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Sie forscht zu Globalisierung und sozialräumlicher Fragmentierung von Arbeit und zu der Frage, wie Arbeitsbedingungen, ein sozialökologischer Arbeitsbegriff und demokratische Selbstermächtigung von Arbeiter*innen zusammenhängen.

Zum Glück gibt es Paul Mason. Nicht, weil mich seine Kapitalismus-Analyse herausragend überzeugt, aber in »Postkapitalismus« (2016) bringt er Neoliberalismus und DDR zusammen. Es ist nur eine Metapher, in dem Sinne, dass beide dem Untergang geweiht (gewesen) seien. Eine freundliche Erinnerung an die Historizität alles Gesellschaftlichen. Aber immerhin: ein Ansatzpunkt.

Denn natürlich ist es ein Graus, dass mal wieder die Rechten »Vollende die Wende« und ähnliche Slogans vereinnahmt haben. Vergessen wird so, dass die Kritik an einer nur »halben« Wende, die eine ökonomische und soziale Erneuerung weitgehend ausgespart hat, längst zuvor von links engagierten Ex-DDR-lern ausgesprochen worden war. Übel ist auch, dass es heute querdenkende Bürger*innen sind, die auf Demos den an und für sich ganz wunderbaren Satz sagen: »Wir haben als Ostdeutsche eine Diktatur erlebt, wir haben also ein Feingefühl dafür, in welche Richtung es heute laufen könnte, laufen wird.« (Stern TV 2022)

Ich meine, es ist nötig, das Narrativ einer drohenden »Rückkehr der DDR-Diktatur« aus der rechtslastigen oder direkt rechtsextremen Hegemonie herauszulösen, und zwar nicht nur wegen deren widerlichen xenophoben Nationalismen. Die antidemokratischen Erfahrungen von gestern und heute müssen auf eine Art und Weise verbunden werden, die nicht ihrerseits autoritärem Denken Vorschub leistet. Blickt man etwa auf die Äußerungen des Schriftstellers Uwe Tellkamp, so zeigt sich, dass seine Rede von der damaligen und heutigen Diktatur keineswegs zum Ziel hat, breite politische Handlungsfähigkeit oder gar ökonomische Umgestaltung des gesellschaftlichen Ganzen zu erreichen. Die Ausrichtung der DDR-Opposition auf demokratischen Sozialismus tut er ab, sie sei an der Realität

und »am Volk« völlig vorbeigegangen (3Sat 2022, 18ff). Stattdessen proklamiert er noch im Nachhinein ein Ankommen, ein Sich-endlich-Einrichten in den materiellen und politischen Möglichkeiten der »freiheitlichen Ordnung« der BRD der 1990er-Jahre. Seine Vorstellung von Freiheit zielt auf gute private Lebensführung als das, wo »wir« angeblich schon immer hinwollten. Dieser individualistische Freiheitsbegriff korreliert nicht nur bei Tellkamp, sondern im rechten und Querfront-Lager insgesamt mit Anrufungen an den Staat als Ordnungsfaktor, der diese Freiheit absichern und im Zweifel gegen eine vermeintliche äußere Bedrohung (durch Migrant*innen, Feminist*innen etc.) abwehren soll (vgl. Bologna 2022). Die Beschwörung einer Wiederkehr des diktatorischen Damals

»Wie kann die in den Biografien vieler Ostdeutscher lebendige autoritäre Verbindungslinie von ›damals‹ und ›heute‹ diskutiert werden?«

gerät so zu einer autoritativen Manifestation des »kleinen Mannes«, der sein Dasein in der Welt der besseren Möglichkeiten fristen will. Angesichts zunehmender sozialer Unsicherheit klagt er »Ordnung« und seinen Platz in dieser ein – statt darüber hinauszugehen und mit (allen) anderen für strukturell erweiterte gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zu streiten.

DDR UND AUTORITÄRER NEOLIBERALISMUS

Wie kann nun die in den Biografien vieler Ostdeutscher lebendige autoritäre Verbindungslinie von »damals« und »heute« jenseits reaktionärer Ansätze diskutiert werden – und zwar ohne diese Erfahrung zu bestreiten und den Ossis mangelndes Bewusstsein für die vermeintlich hervorragend funktionierenden Institutionen der »westlichen Demokratie« zu bescheinigen?[1] Der ehemalige DDR-Oppositionelle Bernd Gehrke formuliert in einem Interview 2004 ganz nebenbei den so irritierenden wie erhellenden Satz: »In der DDR hatte diktatorische Herrschaft eben ein etwas anderes Aussehen als im westdeutschen Kapitalismus.« (Gehrke u. a. 2004) Wie also können wir uns den erlebten Autoritarismen annähern, ohne in fatale Sprechchöre von der »Merkel-Diktatur« einzustimmen, wie können wir eine Kritik an der Diktatur damals und an der marktkonformen Demokratie heute in einer Perspektive breiter demokratischer Selbstermächtigung formulieren?

Mein Vorschlag lautet, nicht nochmals auf die Positionierung »der«[2] Ostdeutschen als »Bürger*innen zweiter Klasse« abzuheben, so wichtig Erfahrungen massiver Lohnunterschiede und geringer Repräsentation in den gesamtdeutschen Institutionen sind. Dies ist aus guten Gründen vielfach analysiert worden, verbleibt aber in einer Perspektive, die Ostdeutschen als das »Besondere« gegenüber vermeintlich allgemeingültigen Standards anzusehen, inklusive der Forderung nach Angleichung an dieses Allgemeine. Demgegenüber ist es kein Zufall, wenn die junge Leipziger Initiative »Aufbruch Ost« das Thema Ostdeutschland mit einer Kritik des »Turbokapitalismus« und der autoritären europäischen Politik des Sozialstaatsabbaus und der Massenverarmung verbindet, durchgesetzt beispielsweise in Griechenland nach der Finanzkrise 2008 (Rubach 2020): Gegen die herrschende totalitarismustheoretische Ge-

genüberstellung von Diktatur und Demokratie muss die Art und Weise der sogenannten Wiedervereinigung und der (ost-)europäischen Transformationen als ein Bestandteil des Aufstiegs neoliberaler Vorherrschaft in Europa (und darüber hinaus) angesehen werden. Wir haben es also – auch im vormaligen Westen – mit einer dezidiert autoritären Entwicklungstendenz zu tun.

Der autoritäre Neoliberalismus ruft demokratische Entscheidungsprozesse zwar noch rhetorisch auf, stellt ihnen aber immer offensiver ökonomische »Sachzwänge« der Konkurrenzfähigkeit und Profitabilität gegenüber, die als nicht verhandelbar gelten. Bekanntermaßen stimmte eine Mehrheit der Griechen im Referendum 2015 mit Nein gegen das sogenannte europäische Rettungspaket und seine Maßnahmen zur Aushebelung sozialpolitischer Rechte – es wurde trotzdem umgesetzt. Während ich diese Zeilen schreibe, finden in Frankreich Massenproteste gegen die geplante Renten-»Reform« (mit Erhöhung des Renteneintrittsalters) statt. Obwohl Umfragen mehr als 70 Prozent Ablehnung in der Gesamtbevölkerung und 92 (!) Prozent unter (Lohn-)Arbeiter*innen zeigen, drückt Macron seine Pläne, die letztlich im europäischen wettbewerbsstaatlichen Kontext zu verorten sind, per Verfassungsdekret durch. Er beruft sich auf das Mantra einer nachhaltigen Finanzierbarkeit der Sozialsysteme, selbstredend ohne den schleichenden Ausstieg der Unternehmen aus dieser Finanzierung zu erwähnen oder die Besserverdienenden und Vermögenden in die Verantwortung für das beschworene Gemeinwohl zu nehmen. In vielen europäischen Ländern erlauben Notstandsgesetze die Umgehung des Parlaments, und für die lokale Ebene zeigt die Forschung eine global standardisierte, autoritäre Technokratisierung etwa von Stadtentwicklungs- oder Wohlfahrtspolitiken, die mitunter zwar noch die »Anhörung« der Betroffenen vorsieht, deren reale Mitsprache aber faktisch aushebelt (Vogelpohl 2018).

Kurz: Wenn wir vom Begriff eines (gesamtdeutsch und europäisch) verallgemeinerten autoritären Neoliberalismus ausgehen, dann stellt sich die Frage nach den biografischen Erfahrungen politischer Subalternisierung und Entmündigung und nach einem Ringen um Handlungsfähigkeit in derartigen Strukturen. Entsprechend lohnend wäre es, diese Reflexionen in ihrem sozial, räumlich und zeitlich ungleichen Charakter zusammenzuführen.

»Der autoritäre Neoliberalismus ruft demokratische Entscheidungsprozesse zwar rhetorisch auf, stellt ihnen aber immer offensiver ökonomische ›Sachzwänge‹ gegenüber.«

VERFALL DER INFRASTRUKTUR UND SOZIALE REPRODUKTION

Ich lebe und arbeite seit vielen Jahren »im Westen«, doch die DDR lässt einen natürlich nicht los. Und des Öfteren und schon länger gibt es dieses Gefühl: Das kennst du doch! Das ist doch wie – in der DDR! Ich nenne hier nur drei ganz unterschiedlich gelagerte Beispiele.

Das erste bezieht sich auf den Verfall sozialer Infrastruktur. Kaputte Straßen und unsichere Brücken, völlig verdreckte, späte oder ausfallende Züge, Zusammenbruch von Wasser- und Elektrizitätsversorgung (vor allem in Großbritannien), marode Schulgebäude,

ein mangelhaftes medizinisches Versorgungssystem oder auch hohe Smog- bzw. Ozon-, Feinstaub- und Plastikpartikelbelastung. Wir kennen das. Natürlich ist die soziale Form heute eine andere, sie ist sozial massiv fragmentiert: Wer (viel) Geld hat, kann sich Privatversorgung kaufen und in die besseren Stadtteile ziehen. Demgegenüber war der sozialökologische Verfall in der DDR, trotz des Gefälles zur Hauptstadt, ein relativ allgemeiner. Ein weiterer, kaum zu überschätzender Unterschied ist selbstredend, dass wir uns heute einigermaßen informieren und in Protestbewegungen zusammenschließen können,

»Die Forderung nach ›Freiheit‹, wie sie im Herbst 1989 von Tausenden Westkameras aufgezeichnet wurde, meinte keineswegs nur den eigenen Bauchnabel, sondern die Freiheit eines dringend notwendigen gesellschaftlichen Umbaus.«

ohne sofort im Gefängnis zu landen. Wobei es auch hier Abstufungen gibt, wenn wir etwa an die angedrohten langen Haftstrafen für Baumbesetzungen denken (von massenmedialer Hetze gegen »Klima-Terroristen« begleitet), von Abschiebeknästen für Migrant*innen zu schweigen.

Trotz der Unterschiede ist die Verbindung von damals und heute aus mindestens zwei Gründen wichtig: erstens, um daran zu erinnern, dass die »Wende« keineswegs für »die Banane« losgetreten worden ist, sondern sich vor allem gegen den dramatischen Verfall der Betriebe und Städte richtete. Die eigene Gesundheit war elementarer Bestandteil der illegal oder halblegal artikulierten Kritik daran. Doch die Forderung nach »Freiheit«, wie sie im Herbst 1989 von Tausenden Westkameras aufgezeichnet wurde, meinte keineswegs nur den eigenen Bauchnabel, sondern die Freiheit eines dringend notwendigen gesellschaftlichen Umbaus für ein anderes Zusammenleben und -arbeiten. Dass die mutig gewordenen DDR-Demonstrant*innen auch von Linken diskurspolitisch zu »Konsumdeppen« gemacht wurden, muss im Nachhinein als Beförderung des aufsteigenden gesamtdeutschen autoritären Neoliberalismus gelesen werden. Dessen Wesensmerkmal ist gerade die begriffliche und politische Überführung demokratisch eingreifenden Handelns in »freies« ökonomisches Markthandeln, die Überführung des (alltags-)politischen Gestaltungssubjekts in ein Marktsubjekt.

Die sozialökologischen, infrastrukturellen Nöte als zentralen Gegenstand und Auslöser der »Wende« zu erinnern, ist zweitens wichtig, um sich über den heutigen autoritären Charakter westlich-demokratischer Gesellschaften zu verständigen. Slogans wie »Lügenpresse« und »Corona-Diktatur« führen hier in die Irre. Nicht, weil die demokratische Öffentlichkeit heute ganz prima funktionieren würde, sondern weil das demokratische Moment, um das es ging und gehen sollte, sich nicht in der bloßen Manifestation von Meinung erschöpft. Die Freiheit, zu schreiben, was er denkt, die Tellkamp in Gefahr sieht, sie trifft sich aufs Wunderbarste mit der (neo-)liberalisierten Reduktion von demokratischen Rechten als pure (Ent-)Äußerung eines schon vorausgesetzten Ich- und Gruppen-Selbst: Auf der Straße, in Schriftstücken und Pamphleten, in öffentlichen Diskussionen solle doch die Meinung »jedes Einzelnen«

frei kundgetan, Unwille und Kritik geäußert, unzensiert geschrieben und gedacht werden. Allerdings bleibt diese (Ent-)Äußerungsfreiheit private »Kundgabe«, wie Axel Honneth (2015) formuliert, wenn sie sich nicht als notwendig gemeinsame, kollektive Gestaltungsfreiheit der sozialen Strukturzusammenhänge realisiert. So verstandene gesellschaftliche Gestaltungsfreiheit bedeutet deshalb sofort, die Arbeits- und Lebenswirklichkeiten der »einfachen Leute« oder auch direkt Ausgegrenzten zum Gegenstand zu machen, das heißt der Vielen, für die in der sozial-elitären Hierarchie der kapitalistischen *class-race-gender-order* eine verändernd-eingreifende Sprecherposition nicht vorgesehen ist. Diese muss nicht nur als politisches Recht, sondern auch als materiale Möglichkeit erstritten werden. Mit einer derart umfassenden Selbstermächtigung, die aufs gesellschaftliche und damit auch ökonomische Ganze zielt, haben weder Neoliberale noch AfD und Co. etwas am Hut. Denn beide sind zutiefst autoritär verfasst. In beiden Ansätzen wird es immer Menschen geben, die »leider unten stehen« und nichts zu sagen haben, in beiden Ansätzen wird der herrschende ökonomische Sozialdarwinismus affirmiert (»multikulturell« hier, völkisch dort), in beiden wird der Kampf um einen Platz an der Sonne innerhalb vermeintlich unveränderbarer kapitalistischer (Re-)Produktionsverhältnisse und konkurrenzieller Ausscheidungskämpfe propagiert. Die bellenden Diktatur-Rufe auf rechten Demos und die empörten Zurechtweisungen lupenrein elitärer Demokraten sind die hohle Kehrseite einer Freiheit, die zur Attitüde verkommt, wenn ihr sozial reproduktiver Unterbau nicht grundlegend infrage gestellt wird.

NONKONFORMISTISCHE (SELBST-)VERSTÄNDIGUNG

Das zweite Beispiel einer gefühlten Wiedererscheinung der DDR ist eine Betriebsversammlung an der Universität. Auf der Versammlung des Fachbereichs, inklusive technischem und administrativem Personal, hält der Chef, allen anderen vorgesetzt und weisungsbefugt, einen Powerpoint-Vortrag, der uns in schneidigem Sprech auffordert, unsere Pro-Kopf-Performance in puncto Forschungsgeldakquise sowie Lehre und Veröffentlichungen zu steigern; unsere bisherige Punktzahl liege nur im Mittelfeld. »Da ist mehr drin!«, tönt es von vorn. Wir sollten uns »zusammenreißen« und endlich mit aller Kraft unser Ranking verbessern: Indem wir mehr Studierende zulassen (mehr Anzahlpunkte), auch sehr schlechte Studierende durchlassen (mehr Prüfungsabschlusspunkte), für positives Lehr-Feedback sorgen (mehr Evaluationspunkte) und natürlich mehr Papers raushauen, selbstredend nur in *high impact journals* (mehr Veröffentlichungspunkte). »Wir schaffen das«, nimmt er den berühmten Merkel'schen Satz in Anspruch, um uns, im Wechsel von Drohung und Ansporn, auf den jährlich zu steigernden Output in den einzeln vermessenen Scores unserer Arbeitstätigkeiten einzuschwören (vgl. Münch 2011).

»Man schwieg und wartete einfach nur darauf, dass es endlich aufhörte.«

Das DDR-verwandte dieser Sitzung ist nicht nur die digital wiederkehrende Tonnenideologie, die Gratifikation von schier quantitativer Masse. Über die hatten sich in den 1990er-Jahren in Bezug auf die DDR viele soge-

nannte Transformationsforscher*innen gern lustig gemacht, von denen heute nicht wenige selbst an akademischer Tonnenproduktion beteiligt sind. Das DDR-verwandte dieser Sitzung war vor allem, dass niemand laut lachte. Es war wie beim Fahnenappell früher in der Schule, bei den wöchentlichen Politversammlungen, bei den großen Reden in engen Traditionskabinetten: Einige, die Nachdenklichen und eigentlich mal ernsthaft Engagierten, wussten schon aus Erfahrung, dass Kritik abprallen oder schließlich an ihnen selbst haften bleiben würde; die anderen waren sowieso von nichts anderem ausgegangen. Und also schwieg man und wartete einfach nur darauf, dass es endlich aufhörte. Dabei lag durchaus Spannung in

»Die DDR war nicht entweder eine privatgemütliche Rückzugsgesellschaft oder eine repressive Diktatur.«

der Luft. Wer einander besser kannte, grinste sich kurz an, andere starrten auf das zerkratzte Hörsaaltischchen vor sich. Denn klar war auch: einige Getreue würden, weil sie noch was werden wollten, in das autoritäre Eintrichtern mit einstimmen, vielleicht würden sie sogar ausgewählte Kolleg*innen öffentlich zu mehr Performance auffordern.

Was lernen wir daraus? Die bürokratisch-administrative Kommunikationsform autoritärer Macht ist damals wie heute in ihrer Entfernung von und in ihrer Überformung der alltäglichen Lebenspraxen gleichermaßen lächerlich wie bedrohlich. Entsprechend reicht das private, halb verdeckte Augenzwinkern untereinander nicht, um die dahinterliegenden Verhältnisse zu verändern. Dafür muss ein eigener Verständigungs- und Sprachraum geschaffen werden, der sich von den autoritären Zumutungen emanzipiert.

GARTENZWERGIDYLLE ODER GESELLSCHAFTSVERÄNDERUNG

Das dritte Beispiel zeigt, dass Schrebergarten und Entrechtung – damals wie heute – zusammengehören. Das derzeit gehypte Urban Gardening, der wohltuende eigene Gemüseanbau, die propagierte Wiederentdeckung der kleinen Alltagsfreuden sind die Kehrseite der um sich greifenden Erfahrung, das »große Ganze« kaum mehr gedanklich und noch weniger politisch-praktisch grundlegend umgestalten zu können. Sie spiegeln die wachsenden Ohnmachtserfahrungen, insbesondere mit Blick auf Arbeit und Sozioökonomie. Jenseits kleinerer Streit- und Streikerfolge gelingt es nicht, Neoliberalismus als Klassenprojekt, als massive, längst auch im globalen Norden völlig ungenierte Umverteilung von unten nach oben aufzuhalten.

Auch die DDR war nicht entweder eine privatgemütliche Rückzugsgesellschaft oder eine repressive Diktatur. In der konzeptionellen Perspektive von »Herrschaft als sozialer Praxis« ist es vielmehr auch tagtäglicher Bestandteil von Eigensinn, sich gegen Revolte und Widerstand zu entscheiden (Lindenberger 2014). Führten in der DDR vor allem die Erfahrungen blutiger Unterdrückung von (Arbeiter-)Protest 1953, 1956 und 1968 zu einer privatistischen Preisgabe seiner selbst als gesellschaftspolitisches Subjekt, so sind es heute die übermächtigen, scheinbar naturgewaltigen ökonomischen »Sachzwänge«, an denen alle Vorstellungen des so dringenden grundlegenden Umbaus immer wieder aufgerieben werden. Entsprechend kehrt das, was

in Bezug auf die DDR als (angeblich!) »heile Welt der Diktatur« (Stefan Wolle) kritisch seziert wird, im autoritären Neoliberalismus in abgewandelter Form zurück, und zwar in Gestalt der scheinbar alternativlosen wie durchaus propagandistisch omnipräsenten Aufforderung, die eigene Resilienz innerhalb der gegebenen Verhältnisse zu stärken: sich nicht verrückt machen zu lassen von der leider unabänderlichen Unbill dieser Welt, von den kaum verhinderbaren Nöten und Krisen. Stattdessen gelte es, sich den schönen, kraftspendenden Dingen zuzuwenden, der Familie, Haus und Garten, vielleicht eine schöne Reise oder eine Therapie zu machen – um (und dies ist ein großer Unterschied zur DDR) sich dann umso besser Konkurrenz und Unsicherheit im Kampf um die eigene Lebenssicherung zu stellen (Graefe 2019). Beide Male bedingen das vermeintlich Unabänderliche der Gesellschaft und der privatistische Rückzug einander.

Es gibt aber noch eine weitere Erkenntnis, die wir gewinnen, wenn wir den Rückzug ins Private nicht – wie viele Linke – als Ausdruck vermeintlich »mangelnden Bewusstseins« begreifen, sondern ganz im Gegenteil als mit Blick aufs Gesamte durchaus vom Einzelnen gut begründbare »partikulare Handlungsorientierung« (Holzkamp 1979) verstehen. Dann sehen wir, dass die Ansprüche an ein universalistisch menschengerechtes, sinnvolles und auch ökologisches Zusammenleben und -arbeiten nicht einfach versiegen. Sie überdauerten in der DDR – sonst hätte es 1989 nicht gegeben – und sie werden auch heute keinesfalls einfach aufgegeben (Hürtgen 2020). Die Frage damals und heute ist, welche Rolle man glaubt, selbst und mit anderen einnehmen zu können, um Veränderung zu erstreiten.

LITERATUR

3Sat, 2022: Der Fall Tellkamp, www.3sat.de/kultur/kulturdoku/der-fall-tellkamp-film-100.html

Bologna, Sergio, 2022: Wir dürfen der extremen Rechten nicht die Idee der Freiheit überlassen!, Sozial.Geschichte Online 31, 139–148

Engler, Wolfgang/Hensel, Jana, 2018: Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein, Berlin

Gehrke, Bernd/Hürtgen, Renate/Wolfram, Klaus, 2004: Obszönes (Fuß-)Volk. Stellungnahmen zu den Montagsdemonstrationen, in: express 8/2004, 1–2

Graefe, Stefanie, 2019: Resilienz im Krisenkapitalismus: wider das Lob der Anpassungsfähigkeit, Bielefeld

Holzkamp, Klaus, 1979: Zur kritisch-psychologischen Theorie der Subjektivität 1, in: Forum Kritische Psychologie 4, 10–54

Honneth, Axel, 2015: Drei, nicht zwei Begriffe der Freiheit, in: Internationales Jahrbuch für philosophische Anthropologie 5, 113–130

Hürtgen, Stefanie, 2020: Arbeit, Subjekt, solidarische Gesellschaft, in: Stache, Stefan/Matzenau, Wolf von (Hg.): Was heißt Erneuerung der Linken? Hamburg, 94–105

Lindenberger, Thomas, 2014: Eigen-Sinn, Herrschaft und kein Widerstand, https://docupedia.de/images/9/99/Eigen-sinn.pdf

Mason, Paul, 2016: Postkapitalismus, Berlin

Münch, Richard, 2011: Akademischer Kapitalismus, Frankfurt a. M.

Rubach, Philip, 2020: Friede, Freude, Einheit?, www.rosalux.de/news/id/43044/friede-freude-einheit

Stern TV, 2022: AfD-Demo zieht durch Berlin, www.stern.de/panorama/video-afd-demo-zieht-durch-berlin--gegner-beziehen-stellung--32796778.html

Vogelpohl, Anne, 2018: Consulting as a threat to local democracy? Flexible management and consultants, pacified citizens, and political tactics of strategic development in German cities, in: Urban Geography 9/2018, 1345–1365

Wolfram, Klaus, 2020: Was war und zu welchem Ende kam die politische Energie der Ostdeutschen. Rede bei der Mitgliederversammlung der Akademie der Künste, 8.–10. November 2019, in: Journal der Künste 12, www.adk.de/de/akademie/pdf/2020/JDK_12_Wolfram_DE.pdf?m=1585238500&

1 Gegen die Arroganz der bis heute reflexhaft beschworenen defizitären DDR-Mentalität schreibt Klaus Wolfram (2020, 3) überspitzt: »Kein Ostdeutscher verachtete je die Demokratie, weder vor 1989 und erst recht nicht danach – er erkennt sie nur genauer, er nimmt sie persönlicher. Sie bedeutet ihm handhabbare Lebensumstände.«

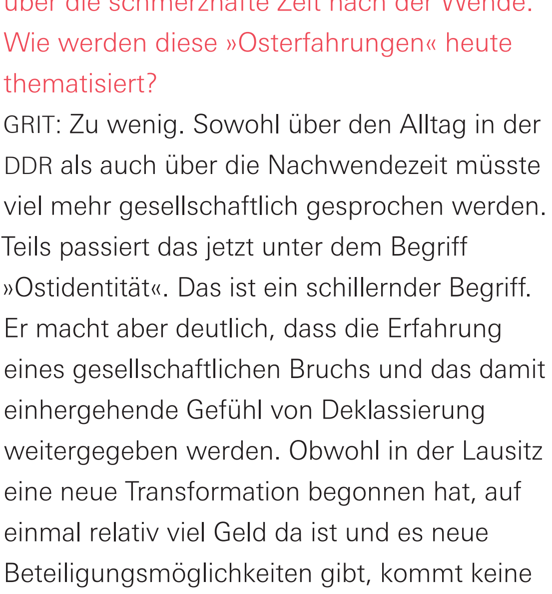
2 Hier besteht natürlich ein »Wir-Problem« (vgl. Engler/Hensel 2018, 85ff): »Die« Ostdeutschen existieren nicht en bloc, aber es gibt weitreichend geteilte Erfahrungen.

GESPRÄCH
MIT GRIT LEMKE

»Das ist für mich die Osterfahrung schlechthin: ein kolonisiertes Gebiet zu sein.«



DIE GROSSE WUNDE
WARUM WIR DIE ZEIT NACH DER WENDE KOLLEKTIV AUFARBEITEN MÜSSEN



JANA: In »Kinder von Hoy« schreibst du über deine Kindheit und Jugend in den 1970er- und 1980er-Jahren in Hoyerswerda und über die schmerzhafte Zeit nach der Wende. Wie werden diese »Osterfahrungen« heute thematisiert?

GRIT: Zu wenig. Sowohl über den Alltag in der DDR als auch über die Nachwendezeit müsste viel mehr gesellschaftlich gesprochen werden. Teils passiert das jetzt unter dem Begriff »Ostidentität«. Das ist ein schillernder Begriff. Er macht aber deutlich, dass die Erfahrung eines gesellschaftlichen Bruchs und das damit einhergehende Gefühl von Deklassierung weitergegeben werden. Obwohl in der Lausitz eine neue Transformation begonnen hat, auf einmal relativ viel Geld da ist und es neue Beteiligungsmöglichkeiten gibt, kommt keine Aufbruchsstimmung auf. In der jungen Generation hält sich das Gefühl, dass man für eine lebenswerte Zukunft in den Westen gehen muss, weil hier einfach nichts ist.

Stimmt das nicht zum Teil?

Ja und Nein. Es gibt in der Lausitz inzwischen massenhaft Arbeitsplätze. Andererseits fehlt

es tatsächlich an Infrastruktur. Wenn man sich mit jungen Leuten unterhält, sagen sie: Es gibt in der Stadt nichts, was sie interessiert, keine Kultur, keine Clubs. Auch das sind ja Folgen des Strukturbruchs. Früher war Hoyerswerda hervorragend angebunden. Heute sind die Bahnverbindungen alle weg, die meisten Busse fahren nicht mehr. Das ist eine Frage der Lebensqualität. Wenn ich 18 bin, warte ich nicht, dass in zehn Jahren wieder ein Zug fährt, dann will ich jetzt in einen Club. Daraus resultiert eine große Vereinzelung.

Ich bin 1992 mit meinen Eltern aus Oberwiesenthal in Sachsen nach Bayern gezogen. Nach ein paar Jahren ist meine alte Schule geschlossen worden und das Kulturhaus. 1989 haben dort 4 500 Menschen gelebt, dann nur noch 2 500. Es gab viele Arbeiterferienheime, Betriebe und drumherum die gesamte Infrastruktur, vom Friseur bis zur Kultur. Das war die Form von Regionalentwicklungspolitik, die die DDR gemacht hat. Als all das weg war, hat es die Leute aufs Private zurückgeworfen. Man hatte tatsächlich eine bessere Chance, wenn man weggegangen ist. Aber es war anstrengend für unsere Familie, sich völlig neu zurechtzufinden. Jetzt sind meine Eltern wieder an Berlin herangezogen, weil sie bei uns in der Nähe sein wollten.

Ja, es gibt auch die gegenläufige Bewegung: Viele kommen zurück, aber Leute in meinem Alter ziehen auch jetzt in den Westen, weil die Kinder und Enkel dort sind. Die Binnenmigration prägt bis heute den Osten, sie ist eine Folge des Bruchs: Wenn über 50 Prozent der Bevölkerung weggehen, wie in Hoyerswerda, ist klar, dass weitere Bewegungen und Verwerfungen folgen.

Wir stehen ja vor einer neuen Transformation: Kohleausstieg, der Aufbau neuer Industrien, gleichzeitig werden wieder Zulieferbetriebe geschlossen. Würdest du sagen, dass den Ostdeutschen die letzte Transformation noch in den Knochen sitzt und sie deshalb besonders sensibel auf die gegenwärtige reagieren?

Mein Eindruck ist, dass auch der aktuelle Umbau den Osten härter trifft. Das liegt teils daran, dass es die börsennotierten Unternehmen nicht gibt, weil die meisten Betriebe eine »verlängerte Werkbank« von Westunternehmen sind. Im Zweifel wird als Erstes die Ostbude geschlossen. Es gibt kaum noch nennenswerten Widerstand, was auch daran liegt, dass der Osten in jeder Hinsicht strukturschwach ist, auch politisch.

Wenn wir über eine linke Industriepolitik nachdenken, was müsste anders laufen, damit die Menschen bereit wären, sich auf eine neue Transformation einzulassen, und womöglich auf Verbesserung hoffen?

Neuansiedlungen müssten in strukturschwache Gebiete gehen. Aber welcher Betrieb will sich in einer Region ansiedeln,

GRIT LEMKE wuchs in der Lausitz auf, schloss eine Baulehre ab und studierte Kulturwissenschaft, Ethnologie und Literatur. Sie war Programmleiterin beim Filmfestival DOK Leipzig und arbeitet heute als Autorin (»Kinder von Hoy«, 2021) und Regisseurin (»Gundermann Revier«, 2019).

JANA SEPPELT ist Leiterin des ver.di-Fachbereichs Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft in Berlin-Brandenburg und stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE.

in die kein Zug fährt? Das ist ein Teufelskreis. Man kann das nur politisch lösen, das regelt kein Markt. Es braucht gezielte Anreize und Rückkehrerprogramme. Parallel muss eine Infrastruktur entwickelt werden, eine Verkehrs- und auch eine soziale und kulturelle Infrastruktur. Dem Gefühl der Resignation muss man eine Kultur des Aufbruchs entgegensetzen. Das kostet unfassbar viel Kraft und man löst es nicht nur durch Geld. In die Lausitz wird ohne Ende Geld gepumpt, vier Millionen Euro für das Lausitz-Festival zum Beispiel. Aber wie viel davon landet real hier? Der Hamburger Intendant holt die Künstler aus Hamburg. Es klingt banal, aber das ist für mich die Osterfahrung schlechthin: ein kolonialisiertes Gebiet zu sein. Jemand kommt und zeigt uns, wie es geht. Dabei könnten wir das vielleicht ganz gut allein, gäbe es eine ermöglichende Politik, eine partizipative Politik, die den Leuten etwas zutraut.

In deinem Buch beschreibst du diese Kulturclubs in den Wohnblocks, die es den Jugendlichen ermöglicht haben, dort ihr Ding zu machen.

Heute ist das viel schwerer. Ein paar Jugendliche wollten in Hoyerswerda einen Jugendclub gründen. Sie haben zweieinhalb Jahre gebraucht, um überhaupt einen Raum zu bekommen. Und da reden wir noch nicht vom Geld, um mal eine Band einladen zu können. Das Narrativ über die DDR ist ja immer, dass alles so begrenzt war und man nichts machen konnte. Tatsächlich konnten wir aber ziemlich oft mehr oder weniger machen, was wir wollten. Heute, wo man sagt, dass die Jugendlichen frei sind, da können sie nicht mal eine Band einladen.

Es gibt so viele Geschichten über den Osten. Selten werde ich mal gefragt, wie es für mich eigentlich war.

Ja, die meisten wissen immer schon, wie es war. Der Osten war immer in der Position, lernen zu müssen. Bis heute können wir kaum auf Augenhöhe sprechen, und immer noch wird der Osten hauptsächlich als Diktaturerfahrung thematisiert. Die letzten 30 Jahre hingegen, dieser Strukturbruch – ich wüsste nicht, wo das ernsthaft reflektiert würde oder wo das verbrecherische Wirken der Treuhand in einer breiten gesellschaftlichen Debatte aufgearbeitet worden wäre. Wenn man sich verdeutlicht, was da in den 1990er-Jahren im Osten los war: Innerhalb eines Jahres wurden in einer Stadt alle Fabriken geschlossen, Tausende von Leuten auf die Straße gesetzt, und niemand hat sich darum kümmert, was aus denen wird. Man muss nicht Soziologie studiert haben, um zu wissen, dass das sozialer Sprengstoff ist. Auch die rassistischen Ausschreitungen von damals haben damit zu tun und stecken uns noch in den Knochen. Es hätte ganz anders kommen können, wenn die Leute nicht einfach alle weggegangen wären. So ist es eben eine abgehängte Region geworden. Aber was die Menschen dort erlebt haben, ist schlicht nicht aufgearbeitet, und die ostdeutschen Biografien kommen in der gesamtdeutschen Erzählung kaum vor.

Dieses Gefühl des Abgehängtseins wird oft als rein ökonomische Frage verhandelt.

Das reicht aber nicht. In der Lausitz zum Beispiel geht‘s den Leuten wirtschaftlich nicht so schlecht. Natürlich gibt es Angst, materiell abzusteigen, aber das Gefühl der Deklassierung nährt sich nicht nur aus Armut.

Siehst du einen Zusammenhang zwischen einer fehlenden Aufarbeitung und dem Erstarken rechter Bewegungen?
Auf dem ganzen Land lastet ein Trauma, das nicht aufgearbeitet wurde, auch von den Linken nicht. Es gibt keinen Raum für diesen Schmerz. Wenn das immer beiseitegeschoben wird, kommt dabei etwas Übles raus. Wir Ostler rennen mit so einer großen Wunde durch die Gegend. Hinzu kommt ein gewisses Misstrauen gegenüber dem Staat. Das nehmen Bewegungen wie Pegida oder die Corona-Proteste auf und sagen: »Es reicht, jetzt zeigen wir denen mal, dass wir existieren.« Andererseits gibt es diese von unten organisierten sozialen Bewegungen. Die Leute gehen auf die Straße und wehren sich. Natürlich stimme ich politisch nicht zu, aber es sind kulturelle Praxen, die man erst einmal beherrschen muss.

Die Selbstermächtigung wird aber ad absurdum geführt, wenn sie dann autoritären Konzepten anhängen.
Ich glaube nicht, dass alle autoritären Konzepten anhängen, der Protest ist divers. Es sind nicht die klassischen Rechten von vor 30 Jahren. Natürlich wäre es trotzdem schön, wenn sich das politisch in eine andere Richtung wenden würde. Aber dafür braucht es eben eine Aufarbeitung der Osterfahrungen. Und es braucht echte Partizipation, sonst spielt es der Rechten in die Karten.

Wie also bekommt die Fähigkeit zur Selbstorganisierung eine Richtung, von der aus wir eine linke Zukunft bauen können? Gibt es Aspekte der DDR-Erfahrung, an die wir anknüpfen können?
Da ist auf jeden Fall die Erfahrung der Egalität. Es war nicht so entscheidend, ob mein Vater Chefarzt oder Bergarbeiter ist. Natürlich gab es Unterschiede zwischen den Familien, aber sie waren nicht so bedeutsam, haben nicht deinen Lebensweg bestimmt. Von diesem Bewusstsein sind im Osten noch Reste da, das ist eine Chance. Auch die Geschlechtergerechtigkeit und die Emanzipation der Frauen sehe ich als Anknüpfungspunkt. Klar, die DDR war vom Idealzustand weit entfernt. Aber es gab ein anderes Selbstbewusstsein. Es wurde ganz selbstverständlich über Abtreibung geredet, und es war klar, dass das eine gesellschaftliche Frage ist und nicht nur eine persönliche Entscheidung. Frauen waren weniger aufs Private zurückgeworfen. Ich habe zum Beispiel keine Sekunde darüber nachgedacht, ob ich Kinder haben möchte. Ich bin mit der Selbstverständlichkeit großgeworden, dass ich Kinder will und einen Beruf.

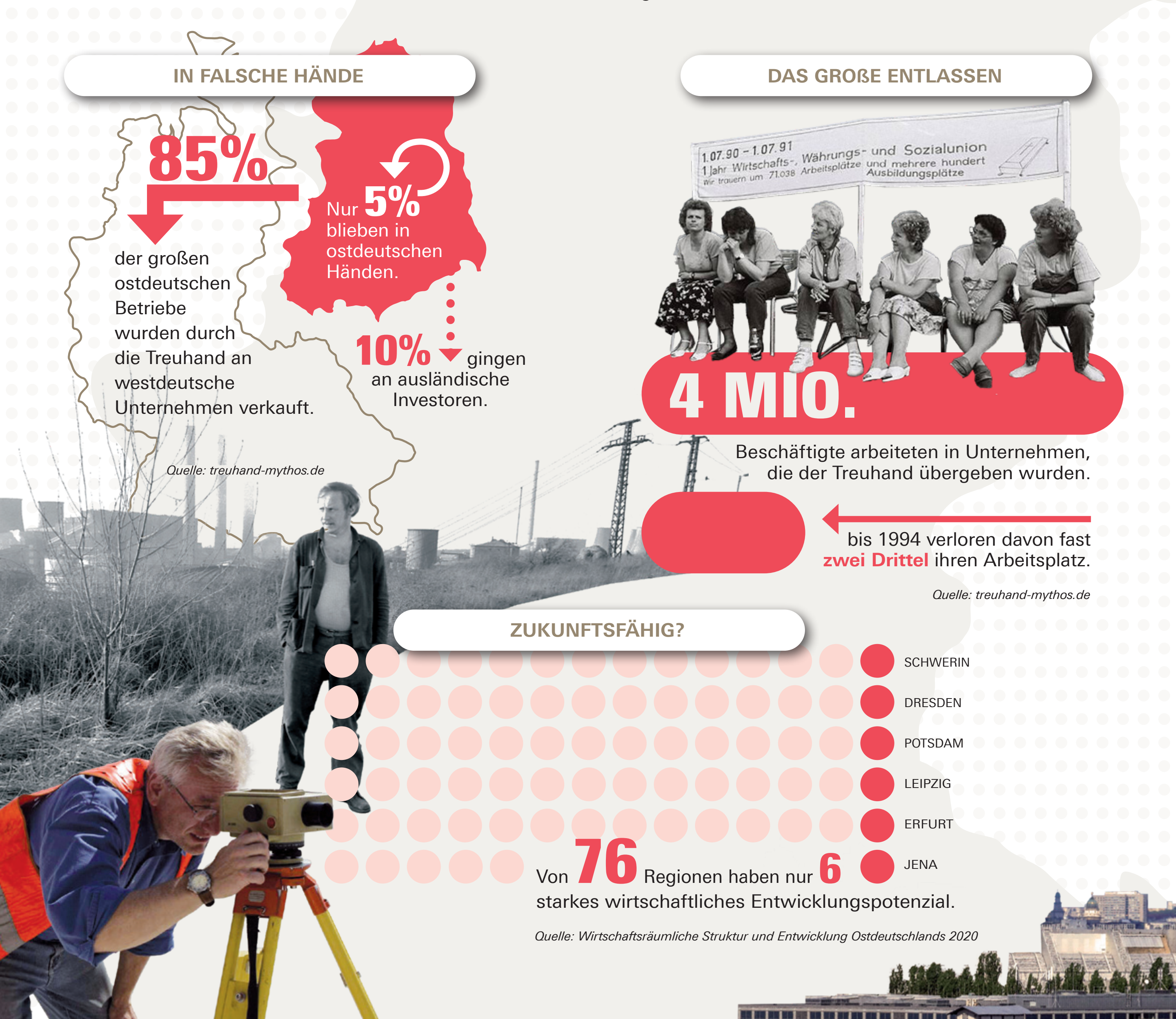
Es gab diese Erfahrung von Absicherung.
Mir hat das geholfen. Im Nachhinein gucke ich manchmal fassungslos auf die letzten 20 Jahre, in denen ich meine Kinder allein großgezogen, irre viel gearbeitet und trotzdem zeitweise von Sozialhilfe gelebt habe. Es hat mich nie wirklich mit Sorge erfüllt. Im Osten war das weniger mit Scham besetzt. Hoyerswerda war eine Arbeiterstadt, da war es nicht schlimm, wenig Geld zu haben oder in der Platte zu leben. Das macht einen auch irgendwie stark fürs Leben. Die Platte gilt ja heute als der totale Abstieg. Da kann ich nur lachen: »In der Platte hab' ich schon gewohnt, das kann ich.« Es gibt eine gewisse Furchtlosigkeit, mit der ich gewappnet bin.

Das Gespräch führte Jana Seppelt.

WEITERHIN ZWEIKLASSIG

484 IM WESTEN

Auch mehr als 30 Jahre nach der Wende ist die Spaltung zwischen Ost und West tief. Ostdeutsche verdienen im Schnitt weniger, haben ein geringeres Vermögen und sind in den Führungsetagen von Politik, Wirtschaft und Medien kaum vertreten. Das ist kein Zufall oder Versäumnis, es ist das Ergebnis einer Politik der Enteignung. Das Gefühl, Bürger*in zweiter Klasse zu sein, hat daher einen materiellen Kern. Echte Demokratie in Ost und West braucht nicht nur gleichwertige Lebensverhältnisse, sondern selbstbestimmte Entwicklung.



IN FALSCHE HÄNDE

85% der großen ostdeutschen Betriebe wurden durch die Treuhand an westdeutsche Unternehmen verkauft.

Nur **5%** blieben in ostdeutschen Händen.

10% gingen an ausländische Investoren.

Quelle: treuhand-mythos.de

DAS GROßE ENTLASSEN

4 MIO. Beschäftigte arbeiteten in Unternehmen, die der Treuhand übergeben wurden.

bis 1994 verloren davon fast **zwei Drittel** ihren Arbeitsplatz.

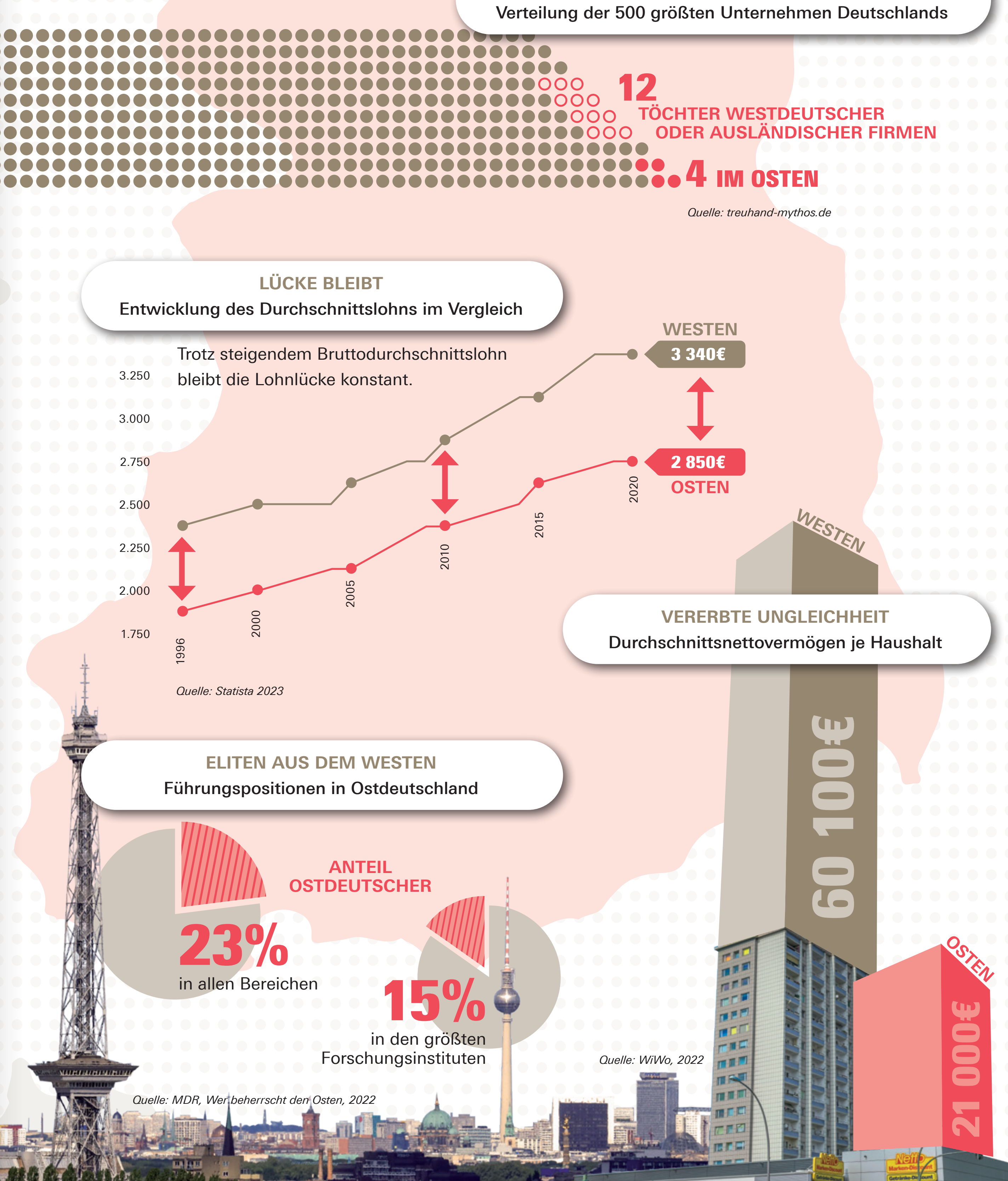
Quelle: treuhand-mythos.de

ZUKUNFTSFÄHIG?

SCHWERIN
DRESDEN
POTSDAM
LEIPZIG
ERFURT
JENA

Von **76** Regionen haben nur **6** starkes wirtschaftliches Entwicklungspotenzial.

Quelle: Wirtschaftsräumliche Struktur und Entwicklung Ostdeutschlands 2020



WO SITZT DAS KAPITAL?
Verteilung der 500 größten Unternehmen Deutschlands
12
TÖCHTER WESTDEUTSCHER ODER AUSLÄNDISCHER FIRMEN
4 IM OSTEN
Quelle: treuhand-mythos.de
LÜCKE BLEIBT
Entwicklung des Durchschnittslohns im Vergleich
Trotz steigendem Bruttodurchschnittslohn bleibt die Lohnlücke konstant.
3.250
3.000
2.750
2.500
2.250
2.000
1.750
1996
2000
2005
2010
2015
2020
WESTEN
3 340€
2 850€
OSTEN
Quelle: Statista 2023
WESTEN
VERERBTE UNGLEICHHEIT
Durchschnittsnettovermögen je Haushalt
60 100€
OSTEN
21 000€
Quelle: WiWo, 2022
ELITEN AUS DEM WESTEN
Führungspositionen in Ostdeutschland
ANTEIL OSTDEUTSCHER
23%
in allen Bereichen
15%
in den größten Forschungsinstituten
Quelle: MDR, Wer beherrscht den Osten, 2022

DER OSTEN KANN KEINE DEMOKRATIE?
WIE DER MEDIENFRÜHLING IM KEIM ERSTICKT WURDE

MANDY TRÖGER

Der Erfolg der Rechten im Osten ist eng mit den Nachwendeerfahrungen verbunden.
Der demokratische Aufbruch von 1989/90 wurde auch durch westdeutsche Kapitalinteressen ausgebremst.

Wenn über das Erstarken populistischer Bewegungen geschrieben wird, gibt es oft einen Verweis auf das politische Unvermögen ostdeutscher Mitbürger*innen. Die Demokratie sei »in Ostdeutschland schwächer verwurzelt« (Edinger 2004), heißt es, denn dort gebe es »Defiziterfahrung« (Hilmer 2020). Dieses Defizit – beispielsweise ein kritisches Verhältnis zur Demokratie oder weniger Vertrauen in politische Institutionen – finde seinen »Ausdruck in der schleichenden Abwendung von den beiden Volksparteien, in der Forderung nach mehr direkter Demokratie sowie einer höheren Bereitschaft, für vermeintliche Missstände ›auf die Straße zu gehen‹ und der rechtspopulistischen AfD die Stimme zu geben« (ebd.). In Ostdeutschland, so scheint es, ist der Weg von politischem Protest und der Forderung nach direkter Demokratie zum Rechtspopulismus nicht weit. Im Kern solcher Argumentationsketten steht meist die Annahme, ostdeutsche Mitbürger*innen seien aufgrund ihrer DDR-Erfahrungen bis heute »nicht in der Demokratie angekommen« (Wanderwitz 2021).

Solche Erklärungen greifen zu kurz. Wenn es um gesellschaftliche Probleme wie das Erstarken der Rechten, das Wachstum nationalistischer Tendenzen oder verbreitete Politikverdrossenheit geht, reicht es nicht, auf »den Osten« zu zeigen – ohne regionale, kulturelle und wirtschaftliche Differenzierung. Im Gegenteil, die genannten Entwicklungen sind grenzüberschreitend. Sie gewinnen deutschland- und europaweit an Relevanz (siehe Schweden, Frankreich oder Italien). Entsprechend sollten sie als gesamtdeutsche oder eben gesamteuropäische Phänomene diskutiert werden. Der



verengte Fokus auf »den Osten« lenkt von den allgemeinen gesellschaftlichen Tendenzen ab. Außerdem geht ein wichtiger Aspekt verloren: die spezifische Demokratiegeschichte im Osten Deutschlands.

DAS ERBE DES JAHRES 1989/90

In der Debatte über die Demokratieunfähigkeit ostdeutscher Mitbürger*innen rückt das letzte Jahr der DDR – also die Zeit zwischen Herbst 1989 und der deutschen Einheit im Oktober 1990 – zunehmend in den Mittelpunkt des Interesses. In ihrem Buch »Remembering 1989: Future Archives of Public Protest« erinnert Anke Pinkert an die vielfältigen und gewaltfreien politischen Protestbewegungen dieser Zeit als ein positives, wenn auch flüchtiges »laboratory of radical democracy«, aus dem man in der Ära des (Post-)Neoliberalismus viel lernen könne. Auch andere Autor*innen und Wissenschaftler*innen beschäftigen sich zunehmend mit dem Jahr 1989/90. Sie fragen nach den demokratischen Leistungen der Regierungen Modrow und de Maizière, nach den damaligen Reformideen und Initiativen der DDR-Bürger*innen- und Arbeiter*innenbewegungen sowie nach den unterschiedlichen Wendeerfahrungen in Ost- und Westdeutschland.

In ihrer Gesamtheit zeichnen diese Studien ein komplexes Bild deutsch-deutscher Beziehungen. Die rasche Expansion der bundesrepublikanischen Gesellschaftsordnung begrenzte die Durchsetzungsfähigkeit und Reichweite der Reformen in der sich transformierenden DDR. Das heißt, die Initiativen und Anliegen gesellschaftspolitisch aktiver und reformorientierter DDR-Akteur*innen wurden häufig übergangen oder schlichtweg ignoriert. Auch deshalb spielt die Erinnerung an deren Errungenschaften und an die gescheiterten Demokratisierungsbestrebungen im heutigen kollektiven Gedächtnis kaum eine Rolle.

MANDY TRÖGER ist Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin und derzeit Walter-Benjamin-Stipendiatin der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) an der Universität Tübingen. Die geborene Ostberlinerin hat zur Transformation der DDR-Presse promoviert und ist seit 2021 Kolumnistin bei der *Berliner Zeitung*.

»LÜGENPRESSE«-RUFE ALS FOLGE »MEDIALER LANDNAHME«

Aktuell sind es vornehmlich rechte Gruppen, die diese Erinnerungslücke für sich nutzen. Mit Forderungen wie »Vollende die Wende« bezieht sich beispielsweise die AfD auf die Ereignisse des Jahres 1989/90, deutet diese zum Teil um und geht mit ihrem Narrativ auf Stimmenfang in Ostdeutschland. Der Bezug rechter Kräfte auf »den Osten« nährt wiederum die Vorstellung von einer historisch verwurzelten, antidemokratischen Kontinuität in den ostdeutschen Bundesländern. Auch der mit der Pegida-Bewegung assoziierte Ausdruck »Lügenpresse« wird nicht selten mit dem DDR-Feindbild der »kapitalistischen Lügenpresse« in Verbindung gebracht. Dementsprechend gibt es die Tendenz, die Offenheit von Protestgruppen gegenüber solch einem Kampfbegriff sowie das dahinterstehende Misstrauen gegenüber den Medien mit spezifischen DDR-Erfahrungen zu erklären.

»Allein im Jahr 1990 wurden in der DDR 120 neue Zeitungen gegründet, darunter viele Lokalzeitungen von reformorientierten Gruppen und DDR-Bürger*innen.«

Spannt man den historischen Rahmen weiter, wird die Geschichte komplexer und dem Jahr 1989/90 kommt eine besondere Bedeutung zu: Im Herbst 1989 war der Ruf nach Medien- und Pressefreiheit zentraler Aspekt der politischen Proteste. Freie Medien standen für Meinungsfreiheit, politische Teilhabe und Demokratie. Hunderttausende gingen für diese Ziele auf die Straße. Allein im Jahr 1990 wurden in der DDR 120 neue Zeitungen gegründet, darunter viele Lokalzeitungen von reformorientierten Gruppen und DDR-Bürger*innen. Diese Zeitungen standen für die weit verbreitete Sehnsucht nach politischer Beteiligung und der Schaffung einer demokratischen Öffentlichkeit. Diesem »Pressefrühling« folgte allerdings schnell ein »Pressesterben«, denn Großverlage aus der BRD drängten auf den bereits im Mai 1990 faktisch schon vereinten Medienmarkt und verfolgten hier ihre Interessen. Letztlich übernahmen sie die Monopolstrukturen der ehemaligen SED-Bezirkszeitungen und bauten diese weiter aus. Kaum jemand unterstützte die Entwicklung einer freien DDR-Presse, vielmehr folgte ein beispielloser Verdrängungswettbewerb: Bereits im November 1992 waren von den 120 neu gegründeten Zeitungen nur noch etwa 50 übrig. 1995 gab es in fast zwei Dritteln aller ostdeutschen Landkreise und kreisfreien Städte nur noch eine einzige regionale Abonnementzeitung. Stets war es die ehemalige SED-Bezirkszeitung. Eine »Presserevolution« – also die Zerschlagung der ehemaligen DDR-Monopolstrukturen zugunsten einer basisdemokratischen, von unten gewachsenen Pressevielfalt – wurde so unmöglich gemacht. Stattdessen wurde das staatliche SED-Monopol durch ein Wirtschaftsmonopol westdeutscher Verlage ersetzt (Tröger 2019).

Bis heute ist der ostdeutsche Pressemarkt fest in der Hand westdeutscher Verleger*innen. Weder konnte sich eine starke und vielfältige ostdeutsche Lokalpresse herausbilden noch ein ostdeutsches überregionales Medium entwickeln. In den überregionalen deutschen Medien sind ostdeutsche Redakteur*innen und Chefredakteur*innen unterrepräsentiert, und auch der journalistische Nachwuchs kommt selten aus den ostdeutschen Bundesländern. Auch deshalb sind

ostdeutsche Perspektiven in der deutschen Medienlandschaft kaum verbreitet: überregionale deutsche Medien berichten eher über »den Osten« als aus »dem Osten«. Deswegen können aktuelle »Lügenpresse-Debatten« auch als Langzeitfolgen von Entkopplungsprozessen im Rahmen einer »medialen Landnahme« (Becker 2007) interpretiert werden. Sie wurzeln im historischen Versäumnis, aus der DDR-Erfahrung zu lernen und die Presselandschaft im Osten (wie im Westen) neu zu ordnen.

DIE VERGESSENE MEDIENGESETZINITIATIVE DES JAHRES 1989/90

In diesem Zusammenhang ist die Initiative für ein umfassendes Mediengesetz aus dem Jahr 1989/90 von Bedeutung. Sie zeigt, welche Ideen und Konzepte es damals in der DDR für freie Medien gab. Anders als in der BRD, in der die Rechtshoheit im Rundfunk- und Pressebereich bei den Ländern liegt und das Grundgesetz nur einen rechtlichen Rahmen bietet, sollte dieses Gesetz auf alle Medien anwendbar sein und eine Reihe von Freiheiten konkret ausgestalten.[1]

Noch vor dem Mauerfall hatten der Vorsitzende des Verbands der Journalisten der DDR (VDJ) und erste Sekretär des Verbands der DDR-Film- und Fernsehschaffenden (VFF), Eberhard Heinrich, eine Arbeitsgruppe gegründet, die ein umfassendes Mediengesetz für die DDR erarbeiten sollte. Am 31. Oktober 1989 schrieb er: »Alle, die es angeht, werden zur Mitarbeit aufgefordert«, und meinte damit Ministerien, Universitäten und Journalist*innen. Ziel war ein Gesetzentwurf, »der demokratisch erarbeitet und breit diskutiert […] Konsensfähigkeit erlangt«. Eine Kommission, bestehend aus Journalist*innen, Mitgliedern von Parteien und anderer Organisationen, sollte, »vom Vertrauen des Volkes getragen«, sofort mit der Arbeit beginnen.

Bereits am 18. Dezember verabschiedete eine Arbeitsgruppe des VDJ und des VFF ein Zehn-Punkte-Thesenpapier für solch ein künftiges Mediengesetz, das letztlich von einer frei gewählten Volkskammer (basierend auf einer neuen Verfassung) verabschiedet werden sollte. Das Papier wurde der neu gegründeten Gesetzgebungskommission Mediengesetz unter Leitung des neuen Ministerrats Hans Modrow zugesandt. Die Kommission bestand aus circa 60 Mitgliedern (Vertreter*innen des Runden Tisches, der zuständigen Ministerien und publizistischen Berufsverbände). Als Zwischenschritt legte die Kommission dem Ministerrat am 9. Januar 1990 einen ersten Entwurf vor, der die Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit bis zur Einführung eines umfassenden Mediengesetzes gewährleisten sollte. Dieser Entwurf sah im Einklang mit internationalen Verträgen »einen freien Informationsaustausch und eine breite internationale Zusammenarbeit im Bereich von Information und Kommunikation« vor.

Den Massenmedien war die Aufgabe zugedacht, die Meinungsvielfalt in Staat und Gesellschaft abzubilden. Deswegen sollten neben den staatlichen Institutionen und allen politischen Parteien auch zivilgesellschaftliche Organisationen einen angemessenen Zugang zu diesen erhalten. Konkret wurde der Ministerrat aufgefordert, »im Interesse der Chancengleichheit« aller politischen Gruppen »einen öffentlich kontrollierten gesellschaftlichen Fonds« zu schaffen, um deren Presseprodukte zu unterstützen und zusammen mit dem Runden Tisch eine landesweite unabhängige

Tageszeitung zu gründen. Jegliche Art der Zensur sollte verboten sein. Jede natürliche und juristische Person in der DDR sollte das Recht zur Veröffentlichung und zum Vertrieb von Printmedien haben. Niemandem sollten durch die Inanspruchnahme dieser Rechte negative Konsequenzen entstehen.

DIE INNERE PRESSEFREIHEIT UND DER MEDIENKONTROLLRAT

Der Gesetzentwurf enthielt darüber hinaus zwei wichtige Elemente: Zum einen machte er Medienschaffende, die öffentlich publizierten, persönlich für ihre Arbeit verantwortlich. Journalist*innen sollten also für das einstehen, was sie schreiben. Gleichzeitig sollten sie aber auch das Recht haben, »die Ausarbeitung eines Materials zu verweigern, wenn Themenstellung

»Der Entwurf des Mediengesetzes war Ausdruck basisdemokratischer Diskussionsprozesse und stand für eine Vorstellung von ›freien Medien‹, die auf Erfahrungen in der DDR basierte und sich nicht am BRD-System einer privatwirtschaftlich organisierten Verlagspresse orientierte.«

und Auftrag ihren persönlichen Überzeugungen« widersprachen. Dieser aus der DDR-Erfahrung gespeiste Fokus auf der Verantwortung und Autonomie von Journalist*innen (»innere Pressefreiheit«) unterschied sich vom westdeutschen Modell des Tendenzschutzes. Dieses garantiert Verleger*innen das Recht, die politische Linie einer Zeitung festzulegen, und gewährt ihrer institutionellen Autorität Vorrang. Die Umsetzung des Mediengesetzes sollte außerdem von einem beratenden Medienkontrollrat (MKR) begleitet werden. Dieses unabhängige Beratungsgremium sollte weder legislative noch exekutive Gewalt haben. Ihm sollten Vertreter*innen des gesamten ostdeutschen politischen Spektrums angehören.

Diese Gesetzesvorlage wurde am 15. Januar 1990 vom Runden Tisch ratifiziert und kurz darauf, am 5. Februar, von der Volkskammer beschlossen. Der Beschluss über die Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit gab vor allem den neu gegründeten Medien rechtliche Sicherheit. Jede*r konnte nun Printmedien frei produzieren und vertreiben. Der Beschluss löste den bereits genannten Zeitungsboom aus, war aber auch das Signal für die BRD-Verlage, den noch unerschlossenen DDR-Markt zu erobern.

Auf dem Weg zum Mediengesetz war der Beschluss vom 5. Februar 1990 von allen wichtigen aktiven und reformorientierten DDR-Akteur*innen verhandelt und beschlossen worden. Er war Ausdruck basisdemokratischer Diskussionsprozesse und stand für eine Vorstellung von »freien Medien«, die auf Erfahrungen in der DDR basierte und sich nicht am BRD-System – einer privatwirtschaftlich organisierten Verlagspresse und einer dualen Rundfunkordnung – orientierte. Das Ziel waren selbstständige DDR-Medien. Noch im Juni 1990 erklärte Jürgen Schwarz, Vorsitzender des Volkskammer-Medienausschusses, man wolle durch solch ein Gesetz einen Beitrag zu einer »neuen Medienordnung für ganz Deutschland« leisten.

Das westdeutsche Bundesministerium des Innern (BMI) war anderer Meinung. Zwar unterstrich es im Februar 1990, der Beschluss sei ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings entspreche er nicht den Überzeugungen der Bundesregierung. Ein allgemeines Medienge-

setz, die Einrichtung eines Medienkontrollrats sowie die Ausgestaltung der inneren Pressefreiheit widersprachen der Praxis in der BRD. Während eines Treffens mit westdeutschen Verlagsvertreter*innen unterstrich das BMI daher, dass für »ein künftig vereintes Deutschland« in der DDR »dafür Sorge zu tragen« sei, dass »Strukturen gebildet würden, [...] die kompatibel seien« mit denen der BRD. Nichts im Osten dürfe bestehende Strukturen in der BRD gefährden. Damit waren sowohl ein allgemeines Mediengesetz wie auch eine neue Medienordnung für ganz Deutschland vom Tisch. Der Beschluss vom 5. Februar sollte bis zum Ende der DDR medienpolitische Grundlage bleiben. Mit der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 war auch er Geschichte.

MARKT SCHLÄGT DEMOKRATIE

An diesen medienpolitischen Entwicklungen lassen sich exemplarisch größere demokratische Transformationsprozesse der Wendezeit nachzeichnen. Gab es im Jahr 1989/90 laut Jürgen Schwarz noch »unvorstellbar viele Vorstellungen, was aus den Medien der DDR noch werden kann«, so galt das für alle Ebenen des sozialen und politischen Lebens. Die Ideen und Anstöße dieses »Laboratoriums der radikalen Demokratie« gingen aber auch deshalb verloren, weil ressourcenstarke westdeutsche politische und wirtschaftliche Gruppen ihre Interessen zielstrebig durchsetzten. Sie profitierten von den bereits bestehenden Strukturen einer expandierenden BRD-Gesellschaftsordnung. Politische Initiativen und Reformziele ressourcenärmerer DDR-Gruppen und -Akteur*innen gerieten ins Hintertreffen, weil sie dieser Ordnung nicht entsprachen. Auch deshalb wurde die Demokratieerfahrung Anfang der 1990er-Jahre für viele reformorientierte ostdeutsche Mitbürger*innen vor allem zu einer Erfahrung der Desillusionierung.

Vor diesem Hintergrund lässt sich die heute oft beklagte Skepsis gegenüber den bestehenden Institutionen einer parlamentarischen Demokratie oder die vermeintliche »Demokratieunfähigkeit Ostdeutschlands« auch als eine Folge der Durchsetzung westdeutscher Interessenpolitik verstehen. Angesichts aktueller Krisen in Deutschland und Europa lohnt es sich, damals verfolgte Visionen, wie eine freie Gesellschaft funktionieren könnte, neu zu bewerten und danach zu fragen, wie deren Reformpotenzial für die Bewältigung derzeitiger Herausforderungen zu nutzen wäre.

»Nichts im Osten durfte bestehende Strukturen in der BRD gefährden.«

LITERATUR

Becker, Jörg, 2007: Mediale Landnahmen in Osteuropa, in: Medienimpulse 61, 25–26

Edinger, Michael, 2004: Demokratie-Defizit in Ostdeutschland?, in: Deutschlandfunk, 23.8.2004, www.deutschlandfunk.de/demokratie-defizit-in-ostdeutschland-100.html

Hilmer, Richard, 2020: Politische Einheit, gespaltene Meinungsmuster, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/316336/politische-einheit-gespaltene-meinungsmuster/

Pinkert, Anke, i. E.: Remembering 1989: Future Archives of Public Protest, Chicago

Tröger, Mandy, 2019: Pressefrühling und Profit. Wie westdeutsche Verlage 1989/1990 den Osten eroberten, Köln

Wanderwitz, Marco, 2021: »Nicht in der Demokratie angekommen«, in: Zeit Online, 29.5.2021, www.zeit.de/politik/2021-05/marco-wanderwitz-cdu-ostdeutschland-afd-rechtsradikale-parteien

1 Alle folgenden Originalzitate und deren Quellen finden sich in Tröger (2019).

GESPRÄCH
MIT LENA SANIYE GÜNGÖR & SÖREN PELLMANN

» Die PDS hat sich öfter was getraut und war anders als die anderen. Manchmal wünsche ich mir diese wilde Zeit zurück. «

Sören Pellmann

» Wir sollten nicht suggerieren, die Partei könne die Probleme für die Leute lösen. «

Lena Saniye Güngör



ZWISCHEN SYSTEMKRITIK UND REGIERUNGSPRAXIS
HAT DIE LINKE IM OSTEN EINE ZUKUNFT?

Viele Menschen in Ostdeutschland sind müde von der Politik und fragen sich, wozu Parteien überhaupt noch gut sind. Gegenüber der LINKEN machen sie da oft keinen Unterschied. Was antwortet ihr?

LENA: Ich kann das teils nachvollziehen. Viele machen die Erfahrung, dass die regierenden Parteien über ihre alltäglichen Sorgen einfach hinweggehen. Und zwar seit sehr vielen Jahren. Diese verständliche Frustration richtet sich inzwischen nicht mehr gegen einzelne konkrete Maßnahmen, sondern gegen »die Politik« insgesamt. Zu dieser Politik zählen leider viele auch die LINKE. Und tatsächlich ist die Frage nach unserem realen Gebrauchswert berechtigt. Für mich ist entscheidend, dass wir der kollektiven Ohnmachtserfahrung entgegentreten und Orte praktischer Solidarität schaffen. Das ist für mich die wesentliche Aufgabe einer linken Partei. Zum Teil gelingt uns das bereits, aber wir können hier sicherlich noch besser werden.

SÖREN: Wenn mir Leute sagen, dass das alles keinen Sinn hat mit der Politik, diskutiere ich anhand von konkreten Beispielen, wo wir etwas verändern konnten.

Welche zum Beispiel?

SÖREN: In der Kommunalpolitik wird der Gebrauchswert der LINKEN gut deutlich. In Leipzig haben wir etwa erreicht, dass eine geplante Erhöhung der Beförderungstarife im öffentlichen Nahverkehr ausgesetzt wurde. Außerdem haben wir Milieuschutzsatzungen auf den Weg gebracht, um Verdrängung aus bestimmten Stadtquartieren zu verhindern.

LENA: In Jena haben wir ein Vergabegesetz beschlossen, wonach öffentliche Gelder nur noch nach sozialen und ökologischen Kriterien vergeben werden dürfen. In Thüringen müssen Eltern für das letzte und vorletzte Kita-Jahr vor der Einschulung keine Beiträge mehr zahlen – wie übrigens in Berlin und Brandenburg auch, wo die LINKE das mit durchgesetzt hat. Das betone ich, um zu zeigen, dass wir einen Unterschied machen können. Schwierig finde ich es jedoch, wenn wir suggerieren, die LINKE könne die Probleme für die Leute lösen. Diese Illusion sollten wir nicht nähren. Bernie Sanders sagt: »Not me. Us.«. Also nicht ich kann das Ruder herumreißen, sondern das können wir nur gemeinsam. So sollten auch wir unsere Politik begreifen.

Das klingt nach kämpferischer Oppositionspartei. Gerade im Osten gelingt es aber vor allem der AfD, den Frust mit »der Politik« nach rechts zu kanalisieren. Muss die LINKE die Unzufriedenheit besser aufgreifen und ein anderes politisches Angebot machen?

SÖREN: Um diese Leute müssen wir kämpfen! In den 1990er-Jahren und auch Anfang der 2000er-Jahre zu Zeiten der Hartz-IV-Proteste waren wir auch deshalb stark im Osten, weil man uns als laute Stimme gegen die dramatische Entsicherung wahrgenommen hatte. Den Rang als »Protestpartei« hat uns die AfD inzwischen streitig gemacht, ohne aber tatsächlich soziale Politik zu machen. Dagegen solidarische Antworten zu präsentieren, gelingt uns nur, wenn wir nah an den Alltagsproblemen der Leute sind. Ich kann allen LINKE-Politiker*innen nur raten, ihr berufspolitisches Engagement mit ehrenamtlicher Kommunalpolitik zu verbinden – die in vielen Fragen auch ein Machthebel sein kann.

In einigen Ländern ist die LINKE ja in Regierungsverantwortung und vermittelt teils einen recht staatstragenden Eindruck, teils muss sie auch viele Projekte mittragen, die nicht primär links sind. Wie sind deine Erfahrungen aus Thüringen, Lena?

LENA: Das ist ein objektives Dilemma. Wir wollen die Partei sein, die den Zusammenhang der vielen Alltagsprobleme und Krisen sieht und die »Systemfrage« stellt. Gleichzeitig erwarten die Leute von uns zu Recht, Politik zu gestalten und praktisch einen Unterschied zu machen. Umso wichtiger ist es, dass wir uns im Parlament nicht einigeln, sondern mit den Menschen

LENA SANIYE GÜNGÖR ist seit Oktober 2019 Mitglied der Thüringer Linksfraktion und Sprecherin für Arbeits- und Gewerkschaftspolitik. Sie ist zudem Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Jenaer Stadtrat und stellvertretende Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

SÖREN PELLMANN ist seit 2017 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Leipziger Süden. Seit 2009 vertritt er zudem Leipzig-Grünau als ehrenamtlicher Stadtrat. 2011 wurde er Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Stadtrat.

in engem Kontakt bleiben, versuchen, ihre Wut aufzugreifen und progressive Kämpfe zu stärken. Nur so können wir uns überhaupt die Handlungsspielräume verschaffen, die wir dringend brauchen. Man sieht in Thüringen ganz deutlich, was wir in der ersten Legislatur erreichen konnten und wie schwierig es seit 2019 ist, seit wir die Regierung nur noch mit einer Minderheitskoalition anführen. Im Erfurter Landtag zeigt sich aber auch, was passiert, wenn wir uns nicht an der Regierung beteiligen: CDU und FDP haben keine klare Distanz zur AfD. Wir haben hier also auch eine zentrale antifaschistische Funktion.

Die Krise der LINKEN scheint im Osten besonders groß. Was ist hier das größte Problem? Und was schlagt ihr vor?

SÖREN: Ich bin Anfang der 1990er-Jahre in die damalige PDS eingetreten und war mit 16 Jahren der mit Abstand Jüngste in meinem Ortsverband. Das hat sich in den vergangenen 30 Jahren leider kaum verändert. Speziell im Osten ist es uns nicht gelungen, jüngere Leute anzusprechen und Nachwuchs auszubilden. Je mehr eine mittlere Altersgruppe fehlt, desto schwerer wird es, aktive Parteiarbeit zu machen, und umso stärker treten dann auch Generationenkonflikte zutage. Zusätzlich haben wir ein Stadt-Land-Gefälle, zumindest in Sachsen sind wir im ländlichen Raum kaum mehr präsent. Ein dritter Punkt ist: Die Leute wollen eine Verbesserung ihrer Lebenssituation und keinen zerstrittenen Hühnerhaufen. Niemand hat Bock darauf, und das kann ich gut verstehen.

LENA: Ja, das muss ein Ende haben. Es ist wichtig, richtig und normal, dass es innerparteilichen Streit und Debatten gibt, aber es muss klar sein, wofür die LINKE steht und wofür eben auch nicht. Nachdem Sahra Wagenknecht angekündigt hat, nicht mehr für die LINKE zu kandidieren, gibt es eine neue Chance, aus dieser Lähmung herauszukommen.

Inhaltliche Konflikte in der Partei gab es ja auch wegen der linken Proteste gegen die hohen Energiepreise. Sören, du hattest in Leipzig zu Montagsdemos aufgerufen. Was hast du dir davon versprochen?

SÖREN: Wir wollten an die Proteste gegen die Hartz-IV-Gesetze anknüpfen, als Anfang der 2000er-Jahre jeden Montag Zehntausende auf die Straßen gegangen sind. Gleichzeitig waren die Montagsproteste im Herbst 2022 in Sachsen sowie in Teilen von Thüringen und Sachsen-Anhalt aber von rechts besetzt. Mir war es wichtig, hier ein Stoppzeichen zu setzen. Wir können nicht zulassen, dass Rechtsaußen das historische Erbe von 1989 für sich vereinnahmt, es brauchte ein linkes Gegengewicht. Ja, es gab Kritik, aber im Rückblick ist das Ergebnis doch sehr gut: Es ist uns gelungen, relativ kurzfristig eine große Veranstaltung mit etwa 5.000 Teilnehmer*innen auf die Beine zu stellen. Unser Aufruf hat sich klar nach rechts abgegrenzt, wir konnten das Bild etwas geraderücken und linke Inhalte platzieren. Die Bilder waren wochenlang in den Medien, ich denke, es war richtig, diese Kundgebung zu machen.

Kritik kam auch aus dem bewegungsnahen antifaschistischen und antirassistischen Spektrum sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei. Braucht die Ost-LINKE diese Allianzen nicht dringend?

SÖREN: Ja, unbedingt! Wir hatten für die Demo verschiedene antirassistische und

antifaschistische Gruppen mit ins Boot geholt. Einige kamen aus dem ländlichen Raum Sachsens, wo sie die Gewalt der Faschos täglich erleben. Ihnen war es wichtig, mit der Durchführung der Demo am Montag ein friedliches Zeichen zu setzen.

Lena, wie lief das in Thüringen?

LENA: Ich verstehe, dass um das historische Erbe von 1989 gerungen werden muss. Gleichzeitig waren der Begriff »Heißer Herbst« und »Montagsdemos« damals eben stark mit den Rechten verknüpft. Ich habe in meinem Wahlkreis in Apolda in Absprache mit dem DGB deshalb die Kundgebung an einem Sonntag angemeldet, wo es für Menschen, die berufstätig sind, ohnehin einfacher ist, zu demonstrieren. Da an dem Wochenende in Apolda die Jugendorganisation der AfD, die Junge Alternative, ihren Bundeskongress abhielt, konnten wir beide Themen verbinden und uns klar nach rechts abgrenzen. Wenn wir wollen, dass viele Menschen unterschiedlicher Herkunft mit uns demonstrieren, braucht es die Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, eine eindeutige inhaltliche Abgrenzung nach rechts schon im Aufruf und aktive Mobilisierungsarbeit für die Demo.

Du hast Linke mit unterschiedlicher Herkunft erwähnt. Das betrifft ja nicht nur migrantische Linke, sondern etwa auch studentische Milieus einerseits und Arbeiter*innen andererseits. Die Ost-LINKE steht vor der Herausforderung, dass sie verschiedene Wähler*innengruppen hat, die sich im Alltag doch manchmal fremd bleiben. Wie kann eine verbindende Praxis geschaffen werden?

LENA: Wir dürfen die verschiedenen Milieus nicht gegeneinander diskutieren. Im Gegenteil: Unsere Aufgabe ist es, Verbindungen zwischen den Problemen und Kämpfen der Menschen sichtbar zu machen. Das sage ich als jemand, die in Jena – einer Boomstadt mit hohem akademischen Bevölkerungsanteil – Politik macht, ihren Wahlkreis aber im Weimarer Land hat, wo viele Menschen abwandern, wir es mit Überalterung zu tun haben und häufig prekäre Arbeitsbedingungen herrschen. In Jena haben wir beispielsweise am Universitätsklinikum einen Entlastungstarifvertrag erkämpft – der Kampf für bessere Pflege ist dabei auch ein feministischer Kampf und ein Kampf für gute Daseinsvorsorge –, das geht fast alle Menschen an. Oder, wenn wir mit den überwiegend migrantischen Beschäftigten in der Fleisch- und Lebensmittelindustrie für gleiche Rechte kämpfen, dann geht es auch darum, Dumpinglöhne zurückzudrängen und Arbeitsrechte durchzusetzen. Gewerkschaften sind wichtige Bündnispartner in diesen Kämpfen, deren Bedeutung über den Betrieb hinausgeht.

Sören, was bedeutet es für dich, verbindende Politik zu machen?

SÖREN: In meinem Wahlkreis gibt es fast dörflich geprägte Regionen, studentische Milieus, Gebiete mit einem sehr hohen Migrant*innenanteil und Grünau, ein Neubaugebiet mit vorwiegend DDR-sozialisierten Menschen – sehr unterschiedlich. Es gibt aber Themen, die alle gleichermaßen interessieren. Ein bezahlbarer öffentlicher Personennahverkehr etwa sowie bezahlbare Mieten. Entlang konkreter Themen müssen wir versuchen, diese Gemeinsamkeiten erfahrbar zu machen und Räume für Begegnung zu schaffen.

Früher war das Plattenbauviertel Grünau eine linke Bastion, mittlerweile gewinnt die AfD hier viele Stimmen. Was wünschen sich die Menschen dort von der LINKEN?

SÖREN: Lange waren in Leipzig andere Stadtteile wichtiger, Grünau wurde stark vernachlässigt. Auf unser Drängen hin gibt es inzwischen aber eine gute Infrastruktur, viele öffentliche Einrichtungen wurden saniert. Ein aktuelles Thema ist das Wohngeld. Hier bieten wir nun konkret praktische Hilfe an und erklären, was bei dem neuen Wohngeldgesetz zu beachten ist. Darüber erreichen wir sehr viele Menschen, die zur Beratung in unser Büro und so mit uns in Kontakt kommen.

Große Vorhaben lassen sich nur mit einer starken Basis umsetzen. Was bedeutet für euch aktivierende Mitgliederpolitik im Osten?

LENA: Es reicht nicht, ein halbes Jahr vor der Wahl zu fragen, wer zum Flyer-Verteilen mitkommt. Unsere Parteikultur muss dafür sorgen, dass alle Mitglieder Verantwortung übernehmen können, sich wohlfühlen und in ihrer Expertise anerkannt werden. Das heißt auch, Räume ohne Rassismus und Sexismus zu schaffen. Ich freue mich persönlich sehr, dass wir jetzt die migrantische Selbstvernetzung in den ostdeutschen Landesverbänden gestartet haben, in denen sich bisher nur vergleichsweise wenige Migrant*innen einbringen.

SÖREN: Wir haben in Leipzig seit zehn Jahren erstmals eine negative Mitgliederentwicklung. In meinem Ortsverband sind zuletzt 20 Leute ausgetreten – ich habe alle von ihnen angerufen. Drei haben die Entscheidung wieder rückgängig gemacht, fünf weitere überlegen es, aber sie brauchen eine Auszeit.

Haben sie gesagt, warum?

SÖREN: Wir wissen doch alle, was die – auch medial getriebene – Haupttrennlinie in der Partei ist: »Wie hältst du es mit Sahra Wagenknecht?« Rund um die Kundgebung »Aufstand für den Frieden« am 25. Februar in Berlin hat sich das noch einmal zugespitzt. Darum drehen sich entsprechend auch viele Begründungen für die Austritte. Zur von Lena geäußerten Hoffnung, mit einem Nichtantritt von Sahra Wagenknecht würden sich die Lähmungserscheinungen der Partei auflösen: Da bin ich sehr vorsichtig. Wir sollten lieber den Weg der größtmöglichen Versöhnung gehen, sonst kann es noch schwieriger werden. Und das will etwas heißen.

Wie kann die LINKE speziell ostdeutsche Ungerechtigkeitserfahrungen adressieren, ohne zu verkürzen? Worauf gilt es zu achten?

SÖREN: Die LINKE ist gut beraten, das Thema weiter zu besetzen. Denn die Ungerechtigkeiten gegenüber Ostdeutschland halten ja an. Wenn man heute im Osten eine Ausbildung macht, wird man in der Regel für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt als in einem westdeutschen Bundesland. Auch die Vermögensumverteilung von unten nach oben ist zwar kein alleiniges Ostproblem, hier aber besonders spürbar. Erst vor Kurzem haben mich Schüler*innen einer Berufsschulklasse gefragt, warum wir nicht mehr dagegen machen.

LENA: Ich sitze in Thüringen im Treuhand-Untersuchungsausschuss. Die Aufarbeitung dieser Zeit halte ich für wichtig. Dass der Osten noch immer die verlängerte Werkbank Westdeutschlands ist, lässt sich auch zu den damaligen Entscheidungen zurückverfolgen. Gleichzeitig sind die Erzählungen der ostdeut-

schen Identitäten in den vergangenen Jahren sehr viel pluraler geworden. Die Geschichten der sogenannten Vertragsarbeiter*innen, die Gewalt der Baseballschlägerjahre – all das sind Osterfahrungen, die eine LINKE sichtbarer machen muss. Darin sehe ich eine Chance.

Wenn ihr eine Sache nennen müsstet, wo die größte Stärke für die Partei im Osten liegt, was wäre das?

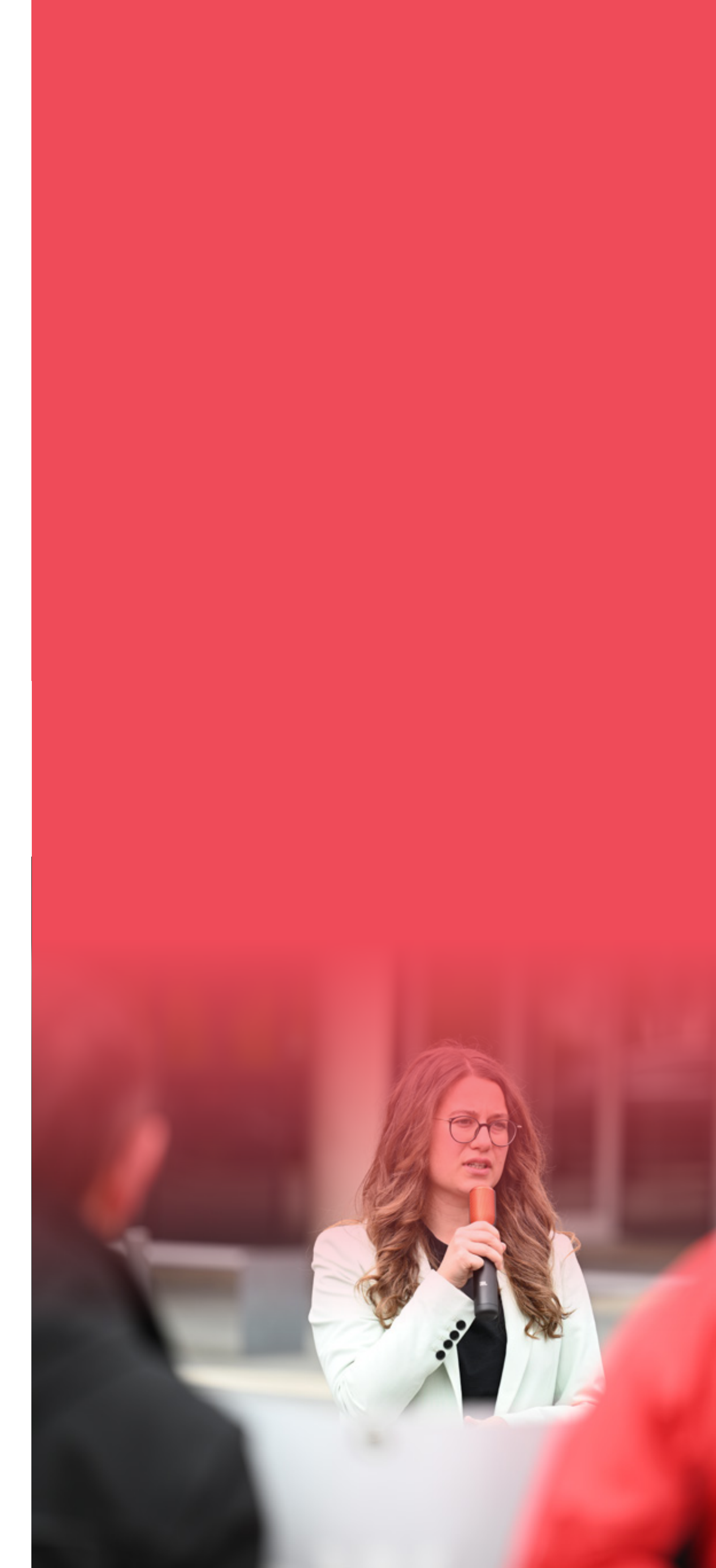
SÖREN: Wir können Systemkritik und Ministerpräsident – wer kann das schon?

Was sind die wichtigsten Aufgaben für die LINKE in den nächsten Jahren?

LENA: Verspieltes Vertrauen wiederherstellen. Also authentisch dafür zu sorgen, dass wir linke Politik machen und dafür wahrgenommen werden. In Thüringen müssen wir bei den Landtagswahlen 2024 ein starkes Ergebnis erzielen – gerade mit Blick auf die berechtigten Ängste vor einer von Rechtsaußen geduldeten Regierung. Außerdem müssen wir den sozial-ökologischen Umbau der Industrie voranbringen und dabei gleichzeitig gute Arbeitsbedingungen im Blick behalten.

SÖREN: Gerade mit Blick auf den Osten ist es wichtig, dass wir an der Seite der Menschen stehen und in der Argumentation klar sind. Das unterscheidet uns von anderen konkurrierenden Parteien in Ostdeutschland. Ich denke auch an Protestaktionen aus den 1990er-Jahren zurück. Die PDS hatte sich damals öfter was getraut und sich anders als die anderen verhalten. Manchmal wünsche ich mir diese wilde Zeit für die LINKE zurück.

Das Gespräch führten Sebastian Bähr und Barbara Fried.



GESPRÄCH
MIT RENATE HÜRTGEN, DORIS LIEBSCHER & KATHARINA WARDA

MEHR ALS DDR-ERFAHRUNG
WIE KANN DER BEZUG AUF OST-IDENTITÄT LINKE POLITIK INSPIRIEREN?

» 1989/90 haben wir die Chance verpasst, aus dem Aufbruch in der DDR einen gesamtdeutschen Aufbruch zu machen.«

Renate Hürtgen



Renate, bezeichnest du dich als Ostlerin?

RENATE: Wenn ich meine Herkunft beschreibe, gehört immer dazu, dass ich aus der DDR komme. Aber wie alle Menschen habe ich viele Identitäten. Manchmal ist es mir wichtiger, zu betonen, dass ich aus einer bildungsfernen Familie komme oder aus der DDR-Opposition oder dass ich mich als linke Betriebsaktivistin verstehe. Das scheint mir oft präziser zu sein als meine ostdeutsche Identität. Aber natürlich hat sie eine Bedeutung.

Doris, wie ist es bei dir?

DORIS: Ich unterteile drei Lebensphasen: Die ersten 15 Jahre hab ich in der DDR verbracht, in Leipzig, das hat meine Erfahrung sehr geprägt. Die Wende- und Nachwendezeit habe ich im Osten erlebt, und zwar auch als Linke, als Antifaschistin, als Zecke, als Punk. Das war eine krasse Zeit, im Guten wie im Schlechten. Meine Mutter sprach mich neulich auf die Baseballschlägerjahre an, und zwar so, als hätte sie zuvor nie davon gehört. Das war damals ein großes Thema für uns, aber unsere Eltern wollten wenig davon wissen, vieles wurde verdrängt. 2010 bin ich

dann in den Westen gezogen, nach Berlin-Kreuzberg. Ich habe also eine hybride Identität: Der Osten ist ein Teil davon genauso wie die DDR-Erfahrung, was ja nicht Dasselbe ist.

KATHARINA: Ich bezeichne mich als Ostdeutsche. Die Erfahrungen, die mich als Person ausmachen, hätte ich nicht gemacht, wäre ich in Westdeutschland geboren. Ich bin in den Baseballschlägerjahren als Schwarze Person in einer Kleinstadt in Sachsen-Anhalt aufgewachsen und war Punk. Was dort passiert ist, prägt mich bis heute. Weil ich Schwarz bin, wurde mir selten zugestanden, Ostdeutsche zu sein. Selbst in linken Kontexten werde ich teils dreimal gefragt: Wann bist du geboren? Als sei es ein Ausschlusskriterium, dass ich nur fünf Jahre DDR erlebt habe. Weißen Freund*innen im gleichen Alter passiert das seltener.

RENATE: Interessant. Für mich ist der Osten ohne Frage ein gemeinsamer Erfahrungsraum, aber nicht im Sinne einer kollektiven Identität. Ich habe eher das Bedürfnis, den Osten in all seiner Differenz zu beschreiben. Nach der Wende stand ich wie alle vor der Situation, dass uns die West-Strukturen einfach übergestülpt wurden, die Funktionär*innen und Leiter*innen aus dem Westen alle Stellen besetzten. Dennoch ist bei mir kein starkes Wir-Gefühl mit anderen Ostler*innen entstanden. Als ich später an einem historischen Institut mit Ost- und West-Kolleg*innen gearbeitet habe, wurde ich mehrfach diskriminiert, als Frau, als im Osten sozialisiert und als Linke. Aber mit vielen ostdeutschen Kolleg*innen, die sehr opportunistisch waren und Karriere gemacht haben, hatte ich wenig gemein. Bei mir ist in dieser Zeit eher ein Bewusstsein für Geschlechterdiskriminierung entstanden.

KATHARINA: Ich spreche auch nicht von einem kollektiven Ost-Bewusstsein. Ganz im Gegenteil, für mich ist es deshalb ein wichtiger Bezugspunkt, weil mir nicht zugestanden wurde, Teil davon zu sein. Deshalb betone ich die Diversität dieses Ost-Bewusstseins. Die Ostler*innen gibt es nicht. Aber es gibt einen Raum Ostdeutschland, der einmal die DDR war, mit vielfältigen Geschichten, Biografien, Identitäten. Diesen Raum müssen wir in seiner Vielfalt erst einmal sichtbar machen. Wenn über den Osten erzählt wird, dann doch meist sehr eintönig und homogen.

DORIS: Auch meine Ost-Identität bezieht sich nicht positiv auf ein vermeintliches Kollektiv.

RENATE HÜRTGEN wurde 1947 in Ostberlin geboren, war an der Akademie der Wissenschaften tätig und in der DDR-Opposition. Nach 1989 hat sie als Zeithistorikerin zur DDR-Geschichte, zu Betriebsalltag und Frauen in den neuen Bundesländern gearbeitet. Sie war und ist in verschiedenen sozialen Bewegungen aktiv.

DORIS LIEBSCHER wurde 1974 in Leipzig geboren, heute wohnt und arbeitet sie in Berlin. Als Juristin berät, lehrt und forscht sie zum Antidiskriminierungsrecht. Sie engagiert sich seit den 1990er-Jahren in antifaschistischen, antirassistischen und feministischen Initiativen.

KATHARINA WARDA wurde 1985 in Sachsen-Anhalt geboren. Sie arbeitet als Soziologin und freie Autorin zu den Themen Ostdeutschland, Rassismus, Klassismus und Punk. In ihrem Projekt »Dunkeldeutschland« erzählt sie von der Nachwendezeit aus einer marginalisierten Perspektive.

ANNA STIEDE ist politische Bildnerin, Kommunikationstrainerin und Performerin. Als Mitglied des Berliner Theaterkollektivs Panzerkreuzer Rotkäppchen ist sie am künstlerischen Forschungsprojekt TreuhandTechno beteiligt.

Ich bin in einer Familie aufgewachsen, die DDR-kritisch war, meine Schulzeit würde ich als Leidenszeit beschreiben. Aus einer linken Perspektive kritisiere ich die DDR. Dennoch nerven mich diese Zuschreibungen an den Osten als autoritär und braun, wie ich sie auch im Freundeskreis von Westdeutschen erfahre. Das führt dazu, dass ich den Osten plötzlich verteidige. Es gibt aber auch materielle Unterschiede zwischen West und Ost: Heute wohnen die meisten Leipziger*innen in Wohnungen, die Westdeutschen gehören. Um mich herum wird derweil ohne Ende geerbt – nur nicht in den Ost-Familien. Das gehört zusammen, westdeutsche Linke sprechen nur nicht so gern darüber.

Gibt es im Bezug auf den Osten generationelle Unterschiede?

DORIS: Ich denke, ja. Meine Eltern sind 1943 und 1949 geboren. Als Kind bin ich mit diesem Bild des goldenen Westens aufgewachsen. Als er dann da war, sind meine Schwester und ich links geworden. Meine Eltern haben das schlecht verkraftet, sie waren glücklich, dass der Realsozialismus vorbei war. Das hatte offenbar auch damit zu tun, dass sie länger in der DDR gelebt hatten. Für mich als Kind war Reisefreiheit kein Thema, Bulgarien und Ostsee waren okay. Und mein Opa im Westen war mir total fremd. Für meine Eltern war es anders, und die Repression war in den 1960ern und 1970ern viel stärker als in den 1980ern.

KATHARINA: Generation ist ein Faktor, aber nicht der wichtigste. Oft wird gesagt, je jünger, desto weniger DDR und desto weniger Ost-Identität. Aber ich erlebe genau das Gegenteil. Gerade die Generation, die nach der Wende geboren ist, interessiert sich stark für den Osten. Man sagt, es brauchte eine Generation, bis Aufarbeitung beginnt. Nach der Wende wurde Ostdeutsch-Sein als Stigma empfunden, viele wollten »ankommen« und nicht über die DDR sprechen.

RENATE: Ich denke auch, dass die Identifikation mit Ostdeutschland einen Zeitkern hat. Wir kennen das von den 68ern, die wissen wollten, welche Rolle die Eltern während der Nazizeit gespielt hatten. Auch nach 1989 wurde unglaublich wenig erzählt, vielleicht weil man über Niederlagen nicht gerne spricht oder weil man mit dem eigenen Opportunismus konfrontiert wurde.

KATHARINA: Ich habe aus den genannten Gründen schon immer über den Osten gesprochen. Bei vielen begann die Ost-Identifikation auch als Gegenreaktion auf die Pegida-Bewegungen, um einem Bild von den Ostdeutschen entgegenzuwirken. Bei anderen war es das Ossi-Bashing, das sie im Westen erfahren haben.

RENATE: Wie man sich auf den Osten bezieht, hängt vielleicht auch damit zusammen, wie gut jemand im Westen »angekommen« ist. Das gilt auch für die Jüngeren, die selber gar keine DDR mehr erlebt haben: je schlechter ihr Zukunftsgefühl, umso größer die Gefahr der Idealisierung.

DORIS: Ich nehme auch wahr, dass es insbesondere nach der Wende geborene junge Menschen sind, die die Frage einer Ost-Identität starkmachen. Sie thematisieren darüber Wende-Unrecht und reale Benachteiligungserfahrungen. Was mir allerdings zu fehlen scheint, ist eine Kritik an den autoritären Strukturen und am Konformismus in der DDR.

KATHARINA: Das ist wahr. Es geht weniger um das Unrecht in der DDR, sondern um die 1990er-Jahre und das Unrecht der Wieder-

vereinigung. Weil das so lange ignoriert wurde, ist jetzt eine Gegenbewegung daraus geworden, die neben Treuhandverbrechen und Abwicklungen eben auch aktuelle Ungleichheiten thematisiert. Fragen von Erbe, Verdienst und Vermögen im Osten.
In meiner Arbeit beschäftige ich mich aber auch viel mit Rassismus und Prozessen sozialer Ungleichheit in der DDR. Wenn es um DDR-Unrecht geht, wird darüber kaum gesprochen, auch in der Forschung ist das noch unterbelichtet. Oft wird die Geschlechtergerechtigkeit in der DDR hochgehalten, aber es gibt auch schreckliche Beispiele von struktureller Misogynie. Zu queeren Perspektiven forschen fast nur Menschen im Ausland.

Doris, du hast vorhin ein Ost-Stigma angesprochen. Ist das Teil dieser Ost-Identität?

DORIS: Nein, es ist eher eine Kritik daran. 2019 gab es mehrere Prozesse vor Arbeitsgerichten: Ostdeutsche, die in den Westen gegangen waren, hatten Diskriminierungserfahrungen gemacht und versuchten, vor Gericht nachzuweisen, dass sie aufgrund ihrer ethnischen Herkunft diskriminiert wurden, weil das Antidiskriminierungsrecht vor einer Diskriminierung als »Ossi« nicht schützt. Damit sind sie voll in die Essentialisierungsfalle getappt. Ich habe mich kritisch mit Identitätspolitik beschäftigt und versucht, das Ostdeutsche anders zu beschreiben. Nicht als Identität, sondern als Stigma, das sich in Strukturen manifestiert. Im Ost-Stigma spielen zwei Aspekte eine Rolle: Klassismus und Antikommunismus. Nehmen wir das Bild des faulen Mecker-Ossis. Anstatt in der Renitenz auch einen berechtigten Grund zu sehen, sich gegen ungleiche Verhältnisse und Zurichtungen des Neoliberalismus aufzulehnen, wird Kritik delegitimiert, indem die Kritker*innen pauschal als Jammer-Ossis bezeichnet werden. Hinzu kommt die antikommunistische Behauptung, in der DDR sei alles Stasi und Unrechtsstaat gewesen. Klar liegt da auch etwas Wahres drin, aber in dieser Allgemeinheit ist es verkehrt und Teil der Totalitarismustheorie, die seit 1949 dazu gedient hat, dass der Westen sich als urdemokratisch wähnen kann.

Katharina, würdest du sagen, es gibt eine spezifisch ostdeutsche Klassenerfahrung?

KATHARINA: Es gibt viele Überschneidungen zwischen den Narrativen, mit denen Ostdeutsche und Menschen, die von Klassismus betroffen sind, beschrieben werden. Im öffentlichen Sprechen beobachten wir eine starke Klassierung des Ostens. Auf dieser Ebene ist es relativ einfach, ein Ossi-Bashing als Klassismus zu outen. Aber ich frage mich: Sollten wir das wirklich unter einen Begriff fassen? Ist es so wie beim Rassismus, wo man sagen kann, die Menschen sind zwar unterschiedlich, aber die Rassismuserfahrung ist historisch gewachsen und manifestiert sich in fast allen Strukturen? Ich würde das bezweifeln. Mir ist es wichtig, strukturelle Benachteiligung und kulturelle Unterschiede zu benennen. Der Begriff Diskriminierung greift nicht ganz, wenn es um den Osten geht. Es braucht an der Stelle mehr Forschung und tatsächlich eine neue Sprache, neue Begriffe, um diese Erfahrung zu beschreiben.

Was können wir aus den von euch benannten Aspekten der ostdeutschen Erfahrung lernen?

DORIS: Es gab nach 1989 eine Kultur der Straflosigkeit, des Wegsehens gegenüber

Neofaschismus und Rassismus. Wir hatten nicht nur ein Nazi-Problem, sondern eines der politischen Eliten, die weggeschaut haben und es bis heute tun. Das muss thematisiert werden. Aus einer kapitalismuskritischen Perspektive stellt sich außerdem die Frage, welche strukturellen Ungleichheiten sich in der Wendezeit ökonomisch verfestigt haben. Wie wird soziale Ungleichheit vererbt? Das lässt sich am Beispiel Ostdeutschland gut nachvollziehen. Als Drittes gehört für mich ein kritischer Blick auf die DDR dazu. Wir Linke müssen Hohenschönhausen die DDR-Kritik wegnehmen. Wir müssen fragen, wie wir heute mit der Gefahr, im Namen des Kommunismus in autoritäre Strukturen reinzurutschen, verantwortungsvoll umgehen. Was für Strukturen brauchen wir, damit so etwas nicht wieder passiert? Was heißt das für unsere Wünsche nach einer Transformation der Gesellschaft?
KATHARINA: Das stimmt, es braucht eine linke Kritik an der DDR. Zu lange haben die falschen Personen Deutungshoheit darüber gehabt, wie die DDR funktioniert hat. Die Debatte verharrt oft in der Logik des Kalten Krieges, in der entweder alles gut war oder alles schlecht. Das spielt rechten Diskursen in die Hände.

Wie unterscheidet sich so eine Ost-Debatte vom rechten Bezug auf den Osten?
KATHARINA: In rechten Zusammenhängen geht es meist um Essentialismus. Dort wird versucht, Gemeinsamkeit und Identität über die Abwertung anderer zu erzeugen und das vermeintlich Eigene aufzuwerten. Unser Ansatz muss sein, die eigene Geschichte kritisch zu beleuchten und Prozesse der Ungleichheit und Ungerechtigkeit aufs Tableau zu bringen, um von dort aus weiterzugehen.
Doris: Dazu gehört, dass wir den Osten nicht von der Kritik aussparen. Auch wir haben eine Kritik an Phänomenen, die es spezifisch im Osten gibt, die teilweise auch historisch in der DDR gewachsen sind, zum Beispiel Rassismus, aber auch Antisemitismus. Außerdem unterscheidet uns natürlich eine materialistische Gesellschaftsanalyse, die auf eine andere Gesellschaft zielt, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein können. Die kann man als kommunistisch bezeichnen, aber man muss es nicht.
RENATE: Wir unterscheiden uns von den Rechten aber auch in der Kritik am Westen. Der rechte Populismus positioniert sich ja klar gegen den Westen und für den Osten. Aber wogegen genau? Das sind in erster Linie die emanzipatorischen Bewegungen, die 68 und danach entstanden sind. Dem müssen wir eine materialistische Kritik am Kapitalismus gegenüberstellen, die sich auf Ost und West gleichermaßen bezieht und Klassen- und Machtverhältnisse in den Blick nimmt.
KATHARINA: Tatsächlich gibt es eine starke Instrumentalisierung des Ostens. Das ist dann je nach Kontext Ostdeutschland oder Russland oder der ganze »Ostblock«. Der Osten wird oft als homogen weiß beschrieben, als der rückständige Ort mit den Nazis, eben Dunkeldeutschland. Das hat sich die Rechte zu eigen gemacht und wendet es positiv gegen die Diversität im Westen, gegen die Ökologiebewegung, gegen die 68er. All das sei »westliche Dekadenz«, der Osten noch das authentische Wahre. Dahin wollen sie zurück. Das spiegelt sich in Parolen wie »Hol dir dein Land zurück«. Was heißt das denn? Da wird ein Urzustand

inszeniert, den es so nie gab. Der Osten war schon immer vielfältig und soll es auch bleiben.

Kann Ost-Identität ein Ausgangspunkt für eine gerechtigkeitsorientierte Politik werden? Und wenn ja, wie?

RENATE: Ich bezweifle, dass uns hier eine spezifisch ostdeutsche Herangehensweise weiterführt. Wir müssen klarstellen, dass sowohl die DDR als auch die BRD und natürlich später Gesamtdeutschland immer Klassen- und Herrschaftsgesellschaften gewesen sind.

DORIS: Dem stimme ich zu. Für gemeinsame linke und kapitalismuskritische Perspektiven wäre es wichtig, die Osterfahrung stärker aus einer Klassenperspektive heraus wahrzunehmen. Daher finde ich die gegenwärtige Ost-Identitätsbewegung nicht schlimm. Man muss nur die Gefahren einer Essentialisierung sehen und auch benennen.

KATHARINA: Zum Teil handelt es sich dabei auch um eine Absetzbewegung. Als Reaktion auf das Ossi-Bashing ist ein enormes Bedürfnis entstanden, sich selber aufzuwerten. Das ist in der Linken wie in der Rechten verbreitet. Davon halte ich nichts. Was es braucht, sind Dialog und Aufarbeitung unter Ostdeutschen. Es gibt ein sehr starkes Bedürfnis danach, das merke ich nach meinen Lesungen. Damit ist viel emotionale Arbeit verbunden. Oft sprechen die Leute zum ersten Mal über erfahrene Ungerechtigkeiten. Solche Räume sind wichtig, um sich klar zu werden, was unsere Erfahrung eigentlich ausmacht und inwiefern sie divers ist. Daraus beginnt sich etwas Neues zu entwickeln. Es entstehen tolle kleine Bewegungen im Osten, wenn es zum Beispiel um Antirassismus oder Ostdeutsche of Color geht, gerade in Leipzig.

Sollten Menschen, die nicht im Osten geboren oder aufgewachsen sind, Teil dieser Auseinandersetzung sein?

DORIS: Ja, ich denke, auch sie müssen sich mit dem Osten und mit der DDR beschäftigen. Und zwar interessiert und differenziert. Bislang ist das leider selbst in linken Kreisen die Ausnahme. Es reicht nicht, dass sich die Ostler*innen organisieren und ihre Erfahrungen sammeln und »heilen«, auch westdeutsche Linke müssen sich mit der DDR und den Strukturen ökonomischer und politischer Ungleichheit auseinandersetzen. »Critical Westness« sozusagen. Es ist wohlfeil, mit dem Finger auf den »rechten Osten« zu zeigen und sich nicht damit zu beschäftigen, wo das eigene Familienerbe und kulturelle Kapital herkommt.

RENATE: Zurzeit sehe ich keine wirklichen Impulse im Osten für eine emanzipatorische Bewegung, wie es etwa 2003 die Montagsdemonstrationen waren. Wenn etwas geht, dann nur gemeinsam. Dafür gibt es ja auch Beispiele wie die Initiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« in Berlin. Wenn man sich das genauer anschaut, hat der Osten am Ergebnis des Volksentscheids einen starken Anteil. Die Gegner*innen saßen in ihren Villen am Wannsee oder in Zehlendorf. 1989/90 haben wir die Chance verpasst, aus dem Aufbruch in der DDR einen gesamtdeutschen zu machen. Die Mehrheit der Westlinken war gegenüber dem, was da im Osten passierte, reserviert. Daraus sollten wir lernen.
Wenn wir etwas Emanzipatorisches bewirken wollen, dann nur gemeinsam.

Das Gespräch führten Anna Stiede und Harry Adler.

NEUSEENLAND

Eine Fotodokumentation von René Zieger

Ob in der Lausitz oder im Leipziger Umland: Wo einst die Braunkohlebagger gruben und Mondlandschaften hinterließen, entstehen nun künstlich angelegte Seengebiete von zum Teil gigantischen Ausmaßen. ■ In der boomenden Region um Leipzig – eine zuvor seenarme Gegend – werden die neuen Naherholungsgebiete gut angenommen. Großstädter*innen erkunden auf neuen Radwegen Badestrände; Häfen für Segeljachten und Häuser mit Seeblick sprießen derweil aus dem sandigen Boden und zeigen an, wer sich die Filetstücke gesichert hat. ■ Die Flutung stillgelegter Tagebaue ist für die ehemaligen Betreiber die günstigste Lösung. Doch hat sie weitreichende Auswirkungen auf das Ökosystem. Deutlich wird dies vor allem in der Lausitz: Hier sind die Ausmaße der Eingriffe deutlich umfangreicher, bis Ende des Jahrzehnts soll rund um die stillgelegten Tagebaue Europas größte künstliche Wasserlandschaft entstehen. Umweltschützer*innen warnen, dass der Sulfatgehalt der Spree dadurch steigen und die Trinkwasserversorgung gefährden könnte. Die Flutung des riesigen Cottbuser Ostsees ist aufgrund von Wasserknappheit bereits ins Stocken geraten. Es bleibt schwer kalkulierbar, wie hoch die langfristigen Kosten der Landschaftsumgestaltung sein werden.





Der Fotograf René Zieger beschäftigt sich schon seit vielen Jahren mit den Veränderungen der Tagebaugebiete. In Fortführung seines Projekts »Retired Soil« (etwa: Erde im Ruhestand) aus dem Jahr 2010, in dem er vor allem das Abbaggern von Ortschaften thematisierte, kehrt er seit 2017 regelmäßig in die angelegten Landschaften zurück. Seitdem erzählt er mit beeindruckenden Bildern von ihrer neuen Erschließung und den Menschen, denen er dort begegnet.




Schöller
Biker
dürfen
das


Opas
machen die
Welt schoner!













GRÜNE MODERNISIERUNG
EINE CHANCE FÜR OSTDEUTSCHLAND?

KLAUS DÖRRE

Der Umbau der Industrie stockt und geht vielerorts mit neuer Unsicherheit einher. Eine sozialökologische Industrie- und Infrastrukturpolitik könnte nachhaltige Zukunftsperspektiven bieten.

KLAUS DÖRRE ist seit 2005 Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Von ihm erschien zuletzt »Die Utopie des Sozialismus« (2021).

Großräschen in der Lausitz. Ich sitze mit Thomas Zenker in einem Café am Ufer eines gefluteten Tagebaus. Was der Bürgermeister der Kleinstadt berichtet, versetzt mich in Erstaunen. Die Stimmung helle sich auf. Die LEAG, das große Braunkohleunternehmen der Region, habe 1 000 neue Beschäftigte eingestellt, ein kurzzeitiges Hoch durch die energiepolitischen Folgen des Ukraine-Kriegs. Doch viel entscheidender sei, dass die LEAG einen Plan für ein alternatives Geschäftsmodell habe: Sie wolle zum größten Produzenten von grünem Wasserstoff in Deutschland werden. Anders als die vorigen Eigentümer, der schwedische Staatskonzern Vattenfall, dächten die neuen Eigentümer marktwirtschaftlich.

Drei Jahre zuvor hatte sich die Situation völlig anders dargestellt. LEAG-Belegschaft und Klimabewegung waren sich spinnefeind, es fehlten Perspektiven jenseits der Kohle. Das ändert sich nun, weil in zaghaften Ansätzen geschieht, was kapitalistische Marktwirtschaften im besten Falle leisten sollen: schöpferische Zerstörung. Die alten Industrien verschwinden und werden durch neue, umweltfreundlichere Wirtschaftszweige ersetzt – so die Hoffnung. Aktuell verzögern jedoch politische Maßnahmen einen Wandel. Wegen akuter Energieengpässe wurde die Braunkohleverstromung vorübergehend wieder hochgefahren. Doch wie es in Zukunft weitergeht, kann niemand sagen. Klimabewegungen und Umweltverbände erhöhen den Druck für einen Kohleausstieg vor 2038. Die meisten ostdeutschen Landesregierungen, die betroffenen Unternehmen und Belegschaften lehnen das jedoch ab.

Diese Auseinandersetzungen sind Teil eines umfassenderen Transformationskonflikts. Die Klimakrise verlangt einen radikalen Umbau der Wirtschafts- und Produktionsmodelle in Schlüsselsektoren wie Energie, Gebäude und Verkehr. Allerdings schrumpfen angesichts der Klimaprognosen die dafür verfügbaren Zeitbudgets. Wie lässt sich das Ruder also herumreißen? Können Marktme-

chanismen oder eher staatliches Handeln den überfälligen Umbau vorantreiben? Ergeben sich für ostdeutsche Regionen, die radikale Strukturbrüche hinter sich haben, sogar neue Chancen? Tatsächlich, so meine These, ist eine integrierte, planvolle, an Nachhaltigkeitszielen ausgerichtete Industrie- und Infrastrukturpolitik möglich. Sie wäre ein großer Sprung in Richtung einer dekarbonisierten und zugleich demokratisierten Wirtschaft. Gegenwärtig droht jedoch eher eine »Rolle rückwärts«. Dort, wo sich regionale Aufbrüche andeuten, bleiben auch gute Ansätze weit hinter den Anforderungen der so dringenden sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitswende zurück.

DIE MARKTILLUSION

Aktuell wird die Transformation durch das Management der Kriegsfolgen blockiert. So drohen durch den Import von Fracking-Gas als Ersatz für russische Energieträger Lock-in-Effekte. Die eigens eingerichtete Infrastruktur aus Flüssiggasterminals kann Pfadabhängigkeiten schaffen und die Energiewende ausbremsen. Die größte Gefahr einer »Rolle rückwärts« resultiert jedoch aus einer Marktillusion, der sich, ähnlich dem Bürgermeister von Großräschen, zahlreiche Politiker*innen im Osten hingeben. Von den bürokratischen Fehlplanungen des Staatssozialismus abgeschreckt möchten sie Eingriffe in den Preismechanismus tunlichst vermeiden und nehmen den Niedergang von Unternehmen in den Karbonbrachen allzu oft als Schicksal hin. Beim Kampf um Fördermittel sind erfahrungsgemäß diejenigen im Vorteil, die am lautesten rufen, wie etwa die Braunkohle-Lobby. Während in die Kohlereviere zig Millionen fließen, sieht es in der beschäftigungspolitisch ungleich bedeutenderen Auto- und Zulieferindustrie schlecht aus. »Wozu sollen wir uns für eine Industrie starkmachen, die niemand mehr braucht?«, so die häufige Einschätzung. In Sachsen-Anhalt gilt es daher schon als Erfolg, die Hälfte der Arbeitsplätze in den überwiegend kleinen Zulieferbetrieben zu erhalten.[1]

»Die größte Gefahr einer ›Rolle rückwärts‹ resultiert aus einer Marktillusion, der sich zahlreiche Politiker*innen im Osten hingeben.«

DIE NEUE LAGE AM ARBEITSMARKT

Doch diese passive Haltung hat ihren Preis. Befinden sich Regionen einmal im Niedergang, wird es schwer, die Weichen neu zu stellen. Markt- und Preismechanismen allein können daran nichts ändern. Der Osten ist trotz des Aufholprozesses zur inneren Peripherie des bundesdeutschen Kapitalismus geworden. Viele Jahre war er das billige Fachkräftereservoir des Westens und die Lücke bei Löhnen und Gehältern ist immer noch groß. So liegt das durchschnittliche Entgeltniveau in der Thüringer Auto- und Zulieferindustrie bei ca. 66 Prozent des Bundesdurchschnitts. Das mag ein Extrembeispiel sein, doch findet sich im Osten eine hohe Zahl an Problemregionen mit stark unterdurchschnittlichen Löhnen, die wie ein Bleigewicht an der regionalen Wirtschaft hängen und fehlende Nachfrage, aber auch geringeren Innovationsdruck für Unternehmen zur Folge haben.

Zudem wirken die niedrigen Löhne auf dem Arbeitsmarkt geradezu fatal. Gerade im Osten macht sich in vielen Branchen nicht nur Fach-, sondern Arbeitskräfteknappheit be-

merkbar. Die Primärmacht der Beschäftigten wächst; sie können, sofern mobil und qualifiziert, mit den Füßen abstimmen. Wegen des personellen Aderlasses sind Restaurants, aber auch kleinere Betriebe in ihrer Existenz bedroht. Während größere Unternehmen wie Carl Zeiss in Jena mit verbesserten Arbeitsbedingungen reagieren – am Jenaer Standort wurde jüngst die 35-Tage-Woche eingeführt –, können oder wollen sich kleinere Unternehmen das so nicht leisten. Endhersteller und große Systemzulieferer geben arbeitsmarkt- und inflationsbedingte Preiserhöhungen an ihre Kunden weiter, kleinere Zulieferunternehmen müssen auf Preisvorgaben der Marktführer Rücksicht nehmen. Sie verfügen nicht über eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilungen (F&E) und können nur kurzfristig reagieren, statt den Wandel strategisch anzugehen.

Hinzu kommt die verbreitete, so marktradikale wie autoritäre unternehmerische Mentalität. Man will Herr oder Herrin im eigenen Hause sein, Gewerkschaften gelten als feindliche Organisationen, Tarife und betriebliche Mitbestimmung werden abgelehnt und die Kooperation in Unternehmenszusammenschlüssen gilt als unrealistisch und unnötig. Sicher gibt es auch innovationsfreundliche Unternehmen mit kooperativer Binnenkultur, etwa in der optoelektronischen oder der IT-Industrie. Doch die Organisationsschwäche sowohl von Gewerkschaften als auch von Industrie- und Wirtschaftsverbänden, die weit unterdurchschnittliche tarifliche Deckungsrate sowie die Schwierigkeiten, neue Betriebsräte zu gründen, wirken sich nachteilig auf die Bindung von Arbeitskräften aus. Das droht den ohnehin asymmetrischen Aufschwung Ost zu beenden – und zwar lange bevor bei wirtschaftlicher Entwicklung, Löhnen und Arbeitsbedingungen Westniveau erreicht ist. Lässt sich mit Industriepolitik daran etwas ändern? Werfen wir einen Blick auf Schlüsselbranchen der Transformation.

ENDHERSTELLER ALS KRISENGEWINNLER

Viele Jahre trug die Auto- und Zulieferindustrie erheblich zum Beschäftigungsaufbau im Osten bei. Nun steht die Branche unter erheblichem Veränderungsdruck. Allein die Umstellung auf batterieelektrische Antriebe könnte mehr als eine Viertelmillion Arbeitsplätze kosten. Zwar werden neue Arbeitsplätze in der Produktion, der Wartung, beim Batterie-Recycling und im Forschungs- und Entwicklungsbereich entstehen, doch das muss nicht in Deutschland und schon gar nicht im Osten sein. Kurzfristig könnten die Autocluster in den Regionen Leipzig und Chemnitz/Zwickau zu den Gewinnern gehören. Die Werke von VW und BMW produzieren bereits für die neuen Antriebstechniken und werden je nach Markterfolg an Beschäftigung noch zulegen. Allerdings führt das nicht dazu, dass F&E-Kapazitäten in Richtung der neuen Länder verlagert werden, um Abhängigkeit von den Entscheidungs- und Innovationszentren im Westen abzubauen.

»Man will Herr oder Herrin im eigenen Hause sein, Gewerkschaften gelten als feindliche Organisationen, Tarife und betriebliche Mitbestimmung werden abgelehnt.«

Das ist gravierend, weil sich das Geschäftsmodell durch strukturelle Nicht-Nachhaltigkeit auszeichnet. Zwar sind die Endhersteller trotz

gestörter Lieferketten und Ukraine-Krieg hochprofitabel. Gewinne machen sie jedoch vor allem mit Financial Services sowie mit hochpreisigen, spritfressenden bzw. energieintensiven Limousinen im Hochpreissegment. Die Antriebswende soll nichts am gewinnträchtigen Geschäftsmodell ändern, dafür sorgt schon die Konkurrenz durch den lange unterschätzten Tesla-Konzern. Der »Tesla-Schock« sitzt bei den etablierten Endherstellern tief. Künftig wird mit dem klassischen Produkt Automobil kaum noch Geld zu verdienen sein. Verschiebungen hin zur Elektronik und Sensorik stellen eine ernsthafte Bedrohung für die »verlängerten Werkbänke« in der Zulieferindustrie dar. Die Verwundbarkeit innerhalb der Lieferketten ließe sich verringern, wenn die Endhersteller bereit wären, ihre Zulieferer zu regionalisieren. Doch das geschieht nicht automatisch. So kommt die Bepolsterung im Opel-Werk Eisenach von weit her, obwohl sie in der Region hergestellt werden könnte. Der Bahnanschluss ins Werk ist stillgelegt, weil der Eigentümer Stellantis nicht mit der französischen Staatsbahn kooperieren will. Ausschlaggebend bleibt aber, dass die Auto- und Zulieferbetriebe im Osten, selbst die Endhersteller und Systemzulieferer, Entscheidungen über das Geschäftsmodell der Autoindustrie kaum beeinflussen können.

»Die staatlichen Apparate und Behörden sind oftmals mit Beamten und Beschäftigten besetzt, denen der Marktliberalismus in Fleisch und Blut übergegangen ist.«

WOHER KOMMT DIE ENERGIE?

So bleibt die gesamte Fahrzeugherstellung im Osten auf ein Geschäftsmodell zugeschnitten, das weder sozial noch ökologisch nachhaltig ist. E-Fahrzeuge allein werden daran wenig ändern. Bevor ein E-Auto auf der Straße steht, hat die Herstellung bereits 20 Tonnen CO_2 verbraucht. Jährlich bis zu 70 Millionen neue Pkw auf den Markt zu werfen, kann auch in der elektrifizierten Variante letztendlich nicht nachhaltig sein.

Das gilt umso mehr, als ungeklärt ist, in welchem Umfang die Energie dafür tatsächlich aus erneuerbaren Quellen stammt. 2020 lag der Anteil der Erneuerbaren am Bruttoendenergieverbrauch in Deutschland bei 19,3 Prozent; die EU-Richtlinie von 2009 zielt auf 18 Prozent. Um 2030, wie geplant, 80 Prozent des Stroms mit erneuerbaren Energien abzudecken, muss die Umstellung dramatisch beschleunigt werden. Im Osten ist davon wenig zu spüren. Die Kanzler-Forderung, jeden Tag sechs neue Windräder an die Netze zu bringen, wird hier weit verfehlt. Ein Vierteljahr nach Verkündigung dieses Ziels ist in Thüringen und Sachsen kein einziges Windrad neu installiert worden. Dabei war Rot-Rot-Grün in Thüringen mit der Devise »Wind im Wald« angetreten. Nun blockiert eine implizite Allianz aus AfD, FDP und CDU nahezu jeglichen Fortschritt.

Ob die Pläne zum Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft daran etwas ändern können, lässt sich keineswegs absehen. Manchen Expert*innen gilt die mithilfe von Wasserstoff gespeicherte Energie, die über weite Strecken netzunabhängig lieferbar ist, als *die* nachhaltige Lösung. Dagegen spricht, dass grüner Wasserstoff auf absehbare Zeit knapp sein wird und es keinen wirklichen Markt mit langfristig kalkulierbaren Preisen gibt. Hinzu kommt, dass der Wirkungsgrad von Wasserstoff relativ niedrig ist, weil viel Energie benötigt wird,

um damit Strom zu erzeugen. Angesichts der Knappheitsprobleme ist die Erwartung, grünen Wasserstoff zur Stromerzeugung überall variabel einzusetzen, völlig unrealistisch (vgl. Müller 2022). So bestimmen letztendlich die Unternehmen, wo die Reise hingeht.

Das gilt auch für den Osten, wo sich ein gemischtes Bild ergibt. So ist im mitteldeutschen Chemiedreieck ein Cluster aus »Leuchttürmen« für Wasserstofferzeugung, -speicherung und -transport versammelt. In Leuna errichtet der Weltmarktführer für Industriegase, Line, die derzeit größte PEM-Elektrolyseanlage (24 MW) weltweit. Im Zuge der strategischen EU-Förderprogramme wird die Infrastruktur mit einer Pipelineverbindung nach Salzgitter und bis hin zur Küste erweitert. In Thüringen hingegen weist die Standortkarte zahlreiche blinde Flecken aus. Die kleinteilige Wirtschaftsstruktur wird mit dezentralen Insellösungen unterlegt.

DER TRÄGE STAAT – KEINE ALTERNATIVE

Das Wasserstoffbeispiel verweist auf ein Grundproblem der östlichen Peripherie. Alle wollen eine nachhaltige Wasserstoffwirtschaft, doch plant jedes Bundesland für sich, und in einigen der neuen Länder existieren gleich mehrere Wasserstoffstrategien nebeneinander. Das ist misslich, weil so Ressourcen vergeudet werden, was mithilfe einer intelligenten Rahmenplanung vermeidbar wäre. Hier sind Staatsaktivitäten gefragt, die dazu beitragen, innovative Ideen in die Praxis umzusetzen. Dass der Staat stets der schlechtere Unternehmer sei, ist ein Mythos, der von Wirtschaftsvertreter*innen und marktliberalen Politiker*innen immer wieder neu befeuert wird. Die Frage ist aber nicht *ob*, sondern *wie* der Staat interveniert. Die Rolle des Staates darf sich künftig nicht darauf beschränken, »im Falle des Versagens reaktiv Märkte zu reparieren«, vielmehr ist ein Staat erforderlich, der »Märkte explizit mitgestalten« kann und »die Richtung bestimmt, in der die Wirtschaft sich entwickelt« (vgl. Mazzucato 2021, 24).

Hier liegt ein Kardinalproblem der östlichen Peripherie. Die staatlichen Apparate und Behörden sind oftmals mit Beamten und Beschäftigten besetzt, denen der Marktliberalismus in Fleisch und Blut übergegangen ist. Eine Folge ist grassierende industrie- und wirtschaftspolitische Fantasielosigkeit. Politik machen beschränkt sich hier häufig darauf, die Unternehmen zu fragen, was man tun oder lassen könne. Qualifizierung auf Vorrat, das habe die Wendezeit gezeigt, sei überflüssig, ja schädlich, argumentiert etwa die Thüringer Landesentwicklungsgesellschaft (LEG). Über Jahrzehnte operierte die Politik mit reichlich vorhandenen Arbeitskräften, niedrigen Löhnen, billiger Energie und geringer Steuerlast. Andere Mittel der Wirtschaftspolitik kennt man nicht. Konsens herrscht darüber, was es nicht geben darf: mehr Einfluss von Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften. Wenn Betriebsräte eine Stabsstelle für Weiterbildung oder eine Technologieberatungsstelle fordern, mit fachlich kompetentem Personal und aufgeschlossen für die Anliegen von Beschäftigten, folgen Abwehrreaktionen (Michaelis et al. 2023). Von Staatsapparaten mit derart trägen Ausführungsorganen ist wenig zu erwarten.

KEINE INDUSTRIEPOLITIK OHNE SOZIALE INFRASTRUKTUR

Die Folge ist ein gravierender Wettbewerbsnachteil der neuen Länder. Selbst das kleine Saarland verfügt über eine ausdifferenzierte

Infrastruktur mit einer Arbeitnehmerkammer, die Betriebsräte und Gewerkschaften fachlich berät. In Rheinland-Pfalz gibt es nicht nur einen tripartistisch zusammengesetzten Transformationsrat, sondern auch einen Transformationsminister. Man mag das als »Transformationskorporatismus« kritisieren und auf politische Defizite verweisen. Doch ein solches Modell ist allemal besser als unterlassenes Staatshandeln.

Wo es Vergleichbares nicht gibt, wird die Transformation zur Dauerbelastung, die Akteure auf allen Ebenen beständig zu überfordern droht. Dabei wären große Schritte in Richtung Nachhaltigkeit durchaus gangbar. Nehmen wir den Sektor Verkehr, wo E-Fahrzeuge bestenfalls eine Übergangslösung sein können. Zwar wird es Autos – zumal auf dem Lande und in der großstädtischen Peripherie – auch in Zukunft geben, doch der Pkw-Verkehr muss deutlich reduziert und in nachhaltige Mobilitätssysteme eingebettet werden, die kostengünstigen ÖPNV, Fahrrad und den Gang zu Fuß in optimaler Weise kombinieren. Verkehrsreduktion und -vermeidung werden auch andere Sektoren treffen wie den Gebäudesektor und die Bauwirtschaft. Die gesamte Bauweise und Städteplanung muss sich ändern und Autostädte müssen in Orte intelligenter Mobilität verwandelt werden.

»Industriepolitik funktioniert nicht ohne gut finanzierte soziale Infrastruktur, die Gesundheit, Pflege, Erziehung, Bildung und Mobilität zu öffentlichen Gütern macht.«

Die Liste der Bereiche und Branchen, in denen ein radikaler Umbau erforderlich ist, ließe sich um einiges verlängern. Der Agrarbereich und die Finanzwirtschaft sind ebenso bedeutsam wie der Hochtechnologiesektor, dem eine Scharnierfunktion zufallen könnte. Generell gilt jedoch: Industriepolitik funktioniert nicht ohne gut finanzierte soziale Infrastruktur, die Gesundheit, Pflege, Erziehung, Bildung und Mobilität zu öffentlichen, für alle zugänglichen Gütern macht. Diese Tätigkeiten werden häufig in prekärer Beschäftigung ausgeübt, als Frauen- und migrantische Arbeit abgewertet. Derart festgefahrene Strukturen lassen sich wohl nur mithilfe einer längst überfälligen Care Revolution (Winker 2015) aufbrechen, die unabdingbarer Bestandteil einer Nachhaltigkeitswende ist. Den wohlfahrtsstaatlichen Arrangements kommt dabei eine entscheidende Rolle zu.

Ein Umsteuern in Richtung des skandinavischen Wohlfahrtsstaatsmodells reicht heutzutage aber keineswegs aus. Nicht alle notwendigen Sorgetätigkeiten können öffentlich bereitgestellt werden. Darum bedarf es eines selbstbestimmten Mix aus öffentlichen und privaten Sorgeleistungen. Ihr wichtigster Anknüpfungspunkt ist das Zeitregime. Eine kurze Vollzeit von 30 bis 32 Wochenarbeitsstunden im Rahmen einer Viertagewoche würde erwünschte und freiwillige Arbeitszeitverlängerung für Unterbeschäftigte bedeuten, aber auch strikte Arbeitszeitverkürzung für Überbeschäftigte. Der Fach- und Arbeitskräfteknappheit könnten solche Maßnahmen ebenfalls entgegenwirken und sie böten Spielraum für unbezahlte, ehrenamtliche Arbeiten zugunsten von Gesellschaft und Demokratie.

ÖKOLOGISCHER WOHLFAHRTSSTAAT ALS ÜBERGANGSPROJEKT

Diese Beispiele deuten an, was möglich wäre. Die Realität im Osten bleibt einstweilen

deutlich dahinter zurück. Wie lässt sich das ändern? Wohl wissend, dass linke Politik – zumal unter Kriegsbedingungen – über wenig Einflussmöglichkeiten verfügt, beschränke ich mich auf fünf Vorschläge. Der erste mag überraschen, denn er setzt an den sogenannten weichen Faktoren an und lautet: »Köpfe hochnehmen!« Charakteristisch für viele Regionen der östlichen Peripherie ist das Empfinden, mehrfach abgewertet zu sein – als »Ossi«, prekär Lebende*r, Arbeiter*in ohne Aufstiegsmöglichkeit oder schlicht als Bürger*in »zweiter Klasse«. Linke Politik darf dieses Empfinden nicht verstärken, sie muss im Gegenteil zeigen, dass für eine lebenswerte Zukunft jede*r gebraucht wird. Das heißt nicht, die Lage schönzureden, wie es große Teile der politischen Klassen seit vielen Jahren praktizieren, sondern das Selbstbewusstsein zu stärken und deutlich zu machen, dass Weltgestaltung vor Ort möglich ist – ein Vorhaben, das auch denen eine Stimme geben muss, die ansonsten kein Gehör finden.

Das führt zum zweiten Vorschlag, den ich als »Aufklärung mittels (Weiter-)Bildung« bezeichne. Dabei geht es um mehr als *nur* um berufliche Fortbildung. Benötigt wird ein gesellschaftlich verbreitetes Wissen um die Vielschichtigkeit und Komplexität der Transformation. In diesem Sinne müssen Bildungseinrichtungen – Schulen, Hochschulen und Universitäten – zu Institutionen einer neuen Aufklärung werden, die systematisch Transformationswissen generieren und vermitteln. Gerade weil unklar ist, welche fachlichen Qualifikationen im engeren Sinne künftig benötigt werden, ist die Vermittlung von außerberuflichen Fähigkeiten, die Offenheit für Transformationsprozesse ermöglichen, von zentraler Bedeutung. Hier könnten die neuen Bundesländer mutig vorangehen. Wichtig wären durchlässige Grenzen zwischen beruflicher Praxis und universitärem Studium, die Aufwertung von Handarbeit durch Ermöglichung von Doppelqualifikationen (Berufsabschluss plus Studium), die Finanzierung der Weiterbildung an Hochschulen durch eine Bildungskarenzzeit nach österreichischem Vorbild sowie die Ausbildung von Transformationslotsen in interdisziplinären Studiengängen.

Eine solche Politik liefe darauf hinaus, die neue Aufklärung mit einem *beschleunigten Ende der billigen Dinge* – billige Arbeitskraft und billige Natur – zu verbinden. Diese Entwicklung ist bereits im Gange. Der gemeinsame Verkehrsstreik von ver.di und EVG, Lohn- und Gehaltsforderungen über 10 Prozent sowie das strategische Bündnis von Gewerkschaft und Klimabewegung im ÖPNV signalisieren, wie die neue Aufklärung materiell zu erden ist. Werden ökologische Nachhaltigkeitsziele

»›Besser statt mehr – für alle, nicht für wenige‹, das ist das progressive Gegenprogramm zu marktzentrierter Klimapolitik.«

ohne soziale Gerechtigkeitsdimension proklamiert, erscheint dies Beschäftigten mit niedrigen und mittleren Einkommen, denen unter Inflationsbedingungen zusätzliche Verluste drohen, als Versuch einer ideologischen Beherrschung durch privilegierte Gruppen. Wie Lucas Chancel (2022) in einer bahnbrechenden Studie zeigt, hat zu der Emissionsreduktion von ca. 25 Prozent zwischen 1990 und 2019 vor allem die untere Hälfte der Bevölkerung beigetragen, während die Eliten ihre Emissionen deutlich

erhöht haben. Deshalb löste es berechtigte Widerstände aus, wenn ausgerechnet die ärmeren Gruppen die Hauptlast der Transformation tragen sollen. Die Streiks im öffentlichen Dienst klagen zu Recht eine Umverteilung zugunsten »kleiner Geldbörsen« ein, denn Qualität aus nachhaltiger Herstellung hat ihren Preis. »Besser statt mehr – für alle, nicht für wenige« ist das progressive Gegenprogramm zu marktzentrierter Klimapolitik.

Gerade im Osten sind höhere Löhne und Gehälter insbesondere für die unteren Einkommensgruppen eine Minimalbedingung, um ein Ausbluten des öffentlichen Dienstes und eine Abwanderung aus schlecht bezahlten Dienstleistungstätigkeiten zu verhindern. Insofern macht es trotz knapper Kassen auch aus kommunaler und Länderperspektive Sinn, gewerkschaftliche Plädoyers für eine *Gemeinwohlökonomie* nach Kräften zu unterstützen. Mit der Veränderung individueller Konsumgewohnheiten allein ist dabei wenig zu erreichen. Stattdessen muss es darum gehen, Investitionsentscheidungen an gesellschaftliche Ziele zurückzubinden und zu demokratisieren. Hier sind besonders dicke Bretter zu bohren, denn die bloße Ausweitung von betrieblichen oder unternehmensbezogenen Mitbestimmungsmöglichkeiten garantiert keineswegs, dass sich Belegschaften für ökologisch nachhaltige Produkte und Produktionsverfahren entscheiden. So ist die Kritik an E-Fahrzeugen in den Betrieben der Fahrzeugindustrien weit verbreitet. Die Schlussfolgerung ist jedoch häufig, noch länger am konventionellen Antriebsstrang festzuhalten.

Dem lässt sich entgegenwirken – zum Beispiel mit einem Transformationsgeld, finanziert durch eine Vermögens- und Transformationsabgabe wohlhabender Haushalte und gewinnträchtiger Unternehmungen. Dies würde denen Sicherheit bieten, die ihren halbwegs gut bezahlten Job in einer Karbonbranche verlieren und um ihren Status bangen. Ein »ökologischer Wohlfahrtsstaat« (Dörre 2023) könnte zum Leitbild einer Übergangsstrategie werden, die sich mittelfristig als mehrheitsfähig erweist. Eine Stärkung der Daseinsvorsorge und der Nahversorgungsbereiche, der radikale Umbau von Exportindustrien und das Zurückschrumpfen der Rentenökonomie, allen voran des Finanzsektors, wären die Koordinaten für ein solches Programm. Hierin eingebettet ließe sich eine zukunftsorientierte, integrative Industriepolitik verfolgen, die Transformation mit der Aussicht auf eine bessere Gesellschaft verbindet.

DER OSTEN – ENTWICKLUNG STATT SCHRUMPFUNG

Schrumpfung ist ein untaugliches Rezept für diesen Übergang. Sich selbst überlassen, schrumpfen die meisten ostdeutschen Regionen von allein. Altersbedingt und ohne nennenswerte Zuwanderung verringert sich die Zahl der Erwerbstätigen. Da es einen Arbeitsmarkt in permanentem Ungleichgewicht nicht geben kann, finden die Geschäfte dann in anderen Weltregionen statt. Die Folge wird ein massiver Wohlstandsverlust durch unterbliebene Investitionen sein, der sich allein im Jahr 2023 auf durchschnittlich 7 000 Euro pro Kopf summieren dürfte (Otte 2023). Rezepte, die die Arbeits- und Produktmenge halbieren wollen, um die Klimaziele zu erreichen, würden im Osten selbst dann nicht funktionieren, wenn sie von einem interventionsfähigen Staat durchgesetzt würden, der dem des britischen

Kriegskapitalismus gliche (Herrmann 2022, kritisch: Dörre et al. 2022). Von der autoritären Note solcher Rezepturen einmal abgesehen, würden sie zudem nicht nur in der östlichen Peripherie die grundsätzlich misstrauische Haltung gegenüber dem »Nachhaltigkeitstalk« politischer Eliten verstärken.

Wird regionale Transformation unter Ausblendung sozialer Gerechtigkeit praktiziert, nehmen große Teile nicht zuletzt der Arbeiterschaft des Ostens den ökologischen Diskurs als Instrument ideologischer Beherrschung durch bessergestellte Klassen wahr. Das ist einer der Gründe, weshalb die imaginäre Revolte der radikalen Rechten, die den Klimawandel leugnet oder stark relativiert, mit ihrer fiktiven Aufwertung des Lebens »normaler« Leute im Osten auf überdurchschnittlich große Sympathie stößt. Hier liegt das politische Haupthindernis für einen neuen Aufbruch Ost: Nahezu alles, was die AfD tut, blockiert die Wende nicht nur zu ökologischer, sondern auch zu sozialer Nachhaltigkeit. Das ist fatal, weil die radikale Rechte in den Parlamenten der neuen Länder über eine Sperrminorität verfügt, die sämtliche Spielarten nachhaltiger Industrie- und Infrastrukturpolitik blockiert. »Ausbluten Ost« ist die unvermeidliche Konsequenz dieser Politik.

Ändern lässt sich das nur, wenn sich Politik im Osten – wie auch in allen anderen vom Strukturwandel gebeutelten Regionen – an erfolgreichen Beispielen nachhaltiger Entwicklung und nicht der Schrumpfung orientiert. Hierzu zählt etwa das nordschwedische Skellefteå, wo die gezielte Anwerbung von Migrant*innen sowie antizyklische, gegen Schrumpfung gerichtete Investitionen sowie ein Ausbau der sozialen Infrastruktur für erfolgreiche Entwicklung sorgte (vgl. Schmalz/Hinz in diesem Heft). Kurzum: Politiker*innen wie Thomas Zenker werden im Osten gebraucht. Von links unterstützt man sie am besten, wenn man sie von Marktillusionen, aber auch von naiver Staatsgläubigkeit befreit. Industrie- wie strukturpolitische Konzeptarbeit und die Erprobung von Alternativen in den Nischen des alten Systems, gepaart mit Druck aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und regionalen Initiativen, sind dafür kein hinreichender, gleichwohl ein unverzichtbarer Schritt.

LITERATUR

Chancel, Lukas, 2022: Global carbon inequality over 1990–2019, in: *Nature Sustainability* 5, 931–938

Dörre, Klaus, 2022: Die Auto- und Zulieferindustrie im Umbruch – eine Herausforderung auch für Sachsen-Anhalt, (Thesen), 10.2.2022, Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus Landtag Sachsen-Anhalt

ders., 2023: Transformationskonflikte: Der ökologische Wohlfahrtsstaat als nachhaltige Vision, in: sozialpolitikblog, 6.4.2023, www.difis.org/blog/?blog=57

Dörre, Klaus/Köster, Jakob/Holzschuh, Madeleine/Sittel, Johanna (Hg.), 2022: Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität, Frankfurt a. M./New York

Herrmann, Ulrike, 2022: Das Ende des Kapitalismus, Köln

Mazzucato, Mariana, 2021: Mission. Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft, Frankfurt a. M./New York

Michaelis, Lennart/Rehfeldt, Thomas/Schreiber, Genevieve/Sittel, Johanna, 2023: Konfliktlinien in der Thüringer Auto(zuliefer)industrie. Qualifizierung als Lösungsansatz für die sozial-ökologische Transformation?, in: PROKLA, 210, 55–74

Müller, Karsten, 2022: Wasserstoffenergie. Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Grenzen, in: Perspektiven DS 1/2022, 49–55

Otte, Romanus, 2023: Corona und Ukraine-Krieg schmälern Wohlstand in Deutschland um rund 7 000 Euro pro Kopf – laut einer Analyse des IW in: Business Insider, 31.1.2023, www.businessinsider.de/wirtschaft/iw-corona-und-ukraine-krieg-verringern-wohlstand-in-deutschland-um-600-milliarden-euro/

Winker, Gabriele, 2015: Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft, Bielefeld

1 So der Tenor von Diskussionen zu meinen Thesen (vgl. Dörre 2022).


LAND AM RAND
SOLIDARISCHE ÖKONOMIE STATT
NEUER GUTSHERRENSCHAFT
LAURA BOEMKE, TINE HAUBNER
& MIKE LAUFENBERG

In ländlichen Regionen entstehen Hotspots der Armut. Eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik läuft hier ins Leere. Stattdessen sollten solidarische Formen einer Post-Wachstums-Ökonomie unterstützt werden, die auch demokratische Teilhabe ermöglichen.

Strukturschwache ländliche Räume, insbesondere im Osten, gelten als Krisenorte par excellence: Fehlende Infrastruktur lässt Dörfer sozial veröden, die Bevölkerung altert, verarmt und mit dem Erstarken rechter Kräfte nimmt auch die politische Polarisierung zu. Unter dem Druck kommunaler Versorgungsdefizite und angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels verdichten sich hier Krisenprozesse wie unter einem Brennglas. Gleichzeitig erlebt das Land eine Renaissance als idyllischer Naherholungs- und politischer Erprobungsraum stadtmüder Mittelschichten. In linken Debatten über soziale Spaltung, Armut, Enteignung und Verdrängung spielen ländliche Räume jedoch kaum eine Rolle, dabei entstehen hier zunehmend Hotspots der Armutskonzentration.

In unserem Forschungsprojekt untersuchen wir ländliche Armut im Kontext der Herausbildung »innerer Peripherien« (Schmalz et al. 2021, 35) in Deutschland als einem der reichsten Industrieländer der Welt. Peripherisierung soll dabei als »mehrdimensionaler Prozess einer Abwertung oder Degradierung einer sozialräumlichen Einheit im Vergleich zu anderen sozialräumlichen Einheiten« (ebd., 29) verstanden werden[1]. Die damit verbundene ungleiche Machtkonzentration zieht auch eingeschränkte soziale Teilhabe- und politische

LAURA BOEMKE ist in Ostberlin aufgewachsen, hat Soziologie und Politikwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena studiert und promoviert dort aktuell zu informellen Reproduktionsstrategien von Armutshaushalten in peripherisierten ländlichen Räumen.

TINE HAUBNER kommt aus Thüringen und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Politische Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität. Sie forscht zu den Rändern der BRD-Arbeitsgesellschaft, dem Wandel des Wohlfahrtsstaats, Reproduktionsarbeit und sozialer Ungleichheit. Aktuell leitet sie ein Projekt zu ländlicher Armut in Ost- und Westdeutschland.

MIKE LAUFENBERG kommt aus Nordrhein-Westfalen, ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er beschäftigt sich mit queerfeministischer Gesellschaftstheorie, forscht aktuell zu ländlicher Armut und ist Mitglied des Herausgeber*innenkollektivs Kitchen Politics.

Partizipationschancen für die lokale Bevölkerung nach sich (Neu 2010, 247f). Solche Peripherisierungsprozesse – so eine These des Textes – werden durch lokalpolitische Aufwertungsstrategien noch verstärkt und tragen einen deutlichen Klassencharakter. Ländliche Armutsräume werden demnach auch politisch erzeugt und sind durch sozialstrukturelle Spaltungsprozesse gekennzeichnet, die zur Verfestigung von Armut beitragen.

Unser Beitrag stützt sich auf empirische Befunde eines seit 2020 laufenden Forschungsprojekts zu ländlicher Armut.[2] In zwei peripheren Landkreisen in Ostdeutschland untersuchen wir erstens den Zusammenhang von lokalpolitischen Aufwertungsstrategien und wachsender sozialer Ungleichheit und zweitens die Bedeutung von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik als Triebkräfte der Armutsentwicklung. Eine wirksame Bekämpfung von Armut im ländlichen Raum – so unser Fazit – ist nur möglich mit einer lokalen Sozialpolitik, die sich vom Credo neoliberaler Austerität, kapitalistischer Wachstumsorientierung und Aktivierung um jeden Preis abwendet.

AUFWERTUNG UND SOZIALE SPALTUNG IN DER LÄNDLICHEN PERIPHERIE

Bei beiden ostdeutschen Landkreisen handelt es sich um dünn besiedelte Regionen mit hoher Distanz zu großstädtischen Zentren. Eine überdurchschnittlich hohe Erwerbslosigkeit und Armut treffen auf einen undynamischen Arbeitsmarkt mit großem und stark feminisierten Niedriglohnsektor. Die Abwicklung von Industriekombinaten und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) nach 1990 führte zusammen mit einer Technologisierung des Agrarsektors zu einer massiven Freisetzung von Arbeitskräften, zu Berufssterben, sozialer Deklassierung und strukturell verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit. Eine massenhafte Abwanderung der jüngeren Generationen, die vor Ort kaum auskömmliche Erwerbsmöglichkeiten fanden, prägt bis heute diese Regionen. Es überwiegen Kleinstbetriebe. Mittelständische Unternehmen existieren nur wenige und die wichtigsten Arbeitgeber befinden sich im Bereich der Verwaltung, im Gesundheitssektor sowie im Wohlfahrts- und Erziehungssektor. Während es in diesen Bereichen an Fachkräften mangelt, fehlt es für formal gering qualifizierte oder nur eingeschränkt arbeitsfähige Personen an existenzsichernden Beschäftigungsmöglichkeiten. Durch die starke Abwanderung jüngerer Generationen gelten die Landkreise heute nicht nur als demografisch stark alternd, sondern teils als regelrecht entleert. Der demografische Wandel und der Wegfall dörflicher Infrastrukturen wie Lebensmittelversorgung, Betreuungs- und Bildungsangebote, ärztliche Versorgung oder auch Vereinsleben verstärken sich wechselseitig in einer Abwärtsspirale der Peripherisierung.

Obschon sich beide Landkreise ähneln, vollzieht sich der Strukturwandel in ihnen unterschiedlich. Landkreis 1 richtet seine Regionalentwicklungsstrategien mit einigem Erfolg auf Tourismusförderung aus und versucht, Anreize für den Zuzug urbaner Mittelschichtsmilieus zu schaffen. Im Vergleich dazu gelingt es in dem von der Deindustrialisierung nach 1989 besonders hart getroffenen Landkreis 2 bislang nicht, dem verbreiteten kollektiven Abstiegsszenario wirksam etwas entgegenzusetzen. Entsprechend haben wir es mit einer von ökonomischer und kultureller

Entwicklung weitgehend abgekoppelten, nivellierten Armutsregion zu tun. Politisch Verantwortliche kapitulieren vor der Herausforderung, gegen Verarmungstendenzen vorzugehen, und betreiben eher eine Politik der Armutsverwaltung.

Im Landkreis 1 entstehen neue Wertschöpfungsformen durch eine Kommodifizierung und Touristifizierung des Ländlichen. Tourismusförderung und das Anwerben urbaner Mittelschichtsmilieus haben zwar durchaus neue Arbeitsplätze geschaffen, diese basieren jedoch vor allem auf Formen prekärer und geringfügiger Beschäftigung im Dienstleistungsbereich. Mitnahmeeffekte für das deklassierte Landproletariat blieben bisher weitgehend aus. Mit Blick auf »schlecht bezahlte Handwerkerjobs« und »prekäre Minijobs« für »Putzfrauen für die Ferienwohnung« oder für den Hof, die einer »geldstarken Klientel« gegen Vergütung »den Schnee fegen«, spricht eine von uns interviewte Kommunalpolitikerin gar von einer Form »neumoderner Gutsherrenschaft«. Sie kritisiert die lokale Entwicklungspolitik, die mithilfe von EU-Mitteln die Förderung von Seifenmanufakturen und Ferienwohnungen betreibe und damit private Anlageobjekte auf Kosten der lokalen Bevölkerung subventioniere. Das explodierende Geschäft mit den Ferien- und Wochenendwohnungen treibe außerdem die lokalen Miet- und Immobilienpreisspiegel in die Höhe und führe dazu, dass außerhalb der Saison Dörfer halb leer stünden. Das Verhältnis von »Leuten, die einfach hier wohnen, die hier arbeiten, die hier zur Schule gehen, die hier Steuern bezahlen«, droht zugunsten von Tourist*innen und Wochenendbesucher*innen zu kippen.

Lokale Aufwertungsstrategien verschärfen hier also die soziale Spaltung zwischen wohlhabenden Neuzuziehenden und einem alteingesessenen verarmten Landproletariat. Dies manifestiert sich auch in sozialräumlichen Ungleichheiten. Es profitiert nämlich nur ein kleiner Teil der Bevölkerung und auch nur einige Orte in den Regionen. Wir sprechen hier von Prozessen der Binnenperipherisierung, von ungleichen Entwicklungen nicht nur zwischen Dörfern und mittelstädtischen Zentren, sondern auch innerhalb von Gemeinden und zwischen verschiedenen Dörfern. Einige wenige Orte entwickeln sich zu neuen infrastrukturellen und soziokulturellen Subzentren, was nicht zuletzt auf die Initiative zugezogener urbaner Mittelschichtsmilieus zurückgeht. Während diese Orte überregional als attraktive Leuchttürme ländlicher Entwicklung gelten, geraten andere Dörfer mit hoher Armutskonzentration weiter ins Hintertreffen.

DIE GRENZEN DER AKTIVIERUNG: ARBEITSMARKT- UND SOZIALPOLITIKEN ALS UNGLEICHHEITSTREIBER

Ländliche Armutsräume als Resultat von Peripherisierungsprozessen zu begreifen, bedeutet, ländliche Armut als politisch und räumlich hergestellt zu verstehen. Peripherisierung geht mit einer Verarmung großer Bevölkerungsteile oder anders ausgedrückt: der ländlichen Arbeiter*innenklasse einher, für die es bislang keine befriedigende sozial- und arbeitsmarktpolitische Antwort gibt. Mehr noch, in den ländlichen Peripherien mit ihrem Mangel an existenzsichernden Arbeitsgelegenheiten werden die Grenzen des arbeitsmarktpolitischen Aktivierungsparadigmas des »Förderns und Forderns« besonders deutlich.

Angesichts struktureller Langzeitarbeitslosigkeit und des wirtschaftlichen Niedergangs in diesen ostdeutschen »Postwachstumsregionen« (Schmalz et al. 2021, 35) erweisen sich Maßnahmen, die auf eine schnellstmögliche Erwerbsintegration sich selbstoptimierender Aktivsubjekte zielen, ins Leere. Sie drohen Armut sogar zu verstetigen, weil sie nicht nur keine Antwort auf bestehende Versorgungsmängel und strukturell begründete Armutslagen bieten, sondern diese noch verschärfen, indem sie eine auf kapitalförmiges Wachstum und Erwerbsintegration zentrierte Vermittlungspraxis verfolgen. Letzteres passiert auch, weil es an Instrumenten einer sozial nachhaltigen Teilhabesicherung jenseits des ersten Arbeitsmarktes fehlt.

Als Folge werden ländliche Armutsbetroffene tendenziell sich selbst überlassen, während lokale Armut zugleich von vielen der von uns befragten Expert*innen aus den Sozialämtern, Jugendämtern und Jobcentern entweder relativiert, individualisiert oder gar bestritten wird. Im Schatten von Arbeitsmarkt und sozialstaatlicher Sicherung treten daher informelle Reproduktionsstrategien an die Stelle existenzsichernder Erwerbsbeschäftigung. Um diese Situation zu bewältigen, greifen ländliche Armutsbetroffene auf die Unterstützung der lokalen »Mitleidsökonomie« (Kessl/Schoneville 2021) in Gestalt der Tafeln zurück. Diese ist zu einem zentralen Faktor der sozialen Reproduktion geworden. Einige nutzen zudem, so es Zeit, Raum und Wissen zulassen, Subsistenz- und Selbstversorgerstrategien, um sich kleine finanzielle Handlungsspielräume zurückzuerobern. Einen schmalen Zuverdienst bietet außerdem das Engagement im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes, das erwerbslosen Personen ein anrechnungsfreies Taschengeld gewährt. In den von uns untersuchten Regionen tritt es oftmals gar an die Stelle einer Beschäftigung im ersten oder auch zweiten Arbeitsmarkt. Diese informellen Reproduktionsstrategien des verarmten ländlichen Proletariats sind fragil und prekär. Nicht selten sind sie außerdem von körperlicher Leistungsfähigkeit sowie dem Vorhandensein sozialer Kontakte abhängig. Für alle anderen bleibt meist keine Alternative zu einem Lebensstil der permanenten Entbehrung und zu einem von vielen der von uns befragten Expert*innen als tradierte »Genügsamkeit« beschönigten Verzicht auf soziale Teilhabe.

(KEIN) LAND IN SICHT?

In den von uns untersuchten Regionen zeigen sich die Probleme einer auf Erwerbsarbeit zentrierten Sozial- und Arbeitsmarktpolitik wie unter einem Brennglas. Längst ist Erwerbsarbeit kein Garant mehr für soziale Teilhabe und einen auskömmlichen Lebensstandard. Informelle Ökonomien kompensieren allerdings nur notdürftig das sozial- und arbeitsmarktpolitische Vakuum. Die lokalen »Mitleidsökonomien« spielen zwar eine zentrale Rolle, können aber das Versagen des ersten und zweiten Erwerbsarbeitsmarktes kaum ausgleichen. Gerade in Einrichtungen wie den Tafeln oder Sozialkaufhäusern wird ein neuer »arbeitsgesellschaftlicher Integrationsmodus« (Land/Willisch 2006) für (Langzeit-)Erwerbslose erprobt. Auch hier wird zunehmend auf Freiwilligenarbeit von Armutsbetroffenen zurückgegriffen. Im Modus der »Als-ob-Arbeit« adressieren die Mitarbeiter*innen ähnliche »Erwartungen und Ansprüche […], wie sie sie in einer anderen Lebenssituation an eine



Foto: © René Zieger, »Neuseenland«

reguläre Arbeit gerichtet hätten« (Dörre et al. 2013, 176).
Die sogenannten »Überflüssigen« (Bude/Willisch 2008) der ländlichen Erwerbsgesellschaft sind also bei näherer Betrachtung ein integraler Bestandteil der lokalen Reproduktion in klammen ländlichen Kommunen, indem sie für das Gemeinwohl wichtige Fürsorgeaufgaben unbezahlt oder geringfügig entschädigt übernehmen (müssen). Dies muss als staatliche Vereinnahmung und »Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage« (van Dyk/Haubner 2021, 112ff) kritisiert werden. Bei genauer Betrachtung lässt sich aber auch ein »utopisches Potenzial« (Baier 2017, 18) von »Postwork-Imagineries« (Weeks 2011) entdecken. Viele der Befragten betonen die neuen Freiheiten und den Sinnüberschuss, die ihnen eine Nicht-Erwerbsarbeit gerade im Vergleich zu prekärer Arbeit im Niedriglohnbereich bietet. Auch unter vielen Expert*innen macht sich die Erkenntnis breit, dass die Etablierung eines »geschützten Arbeitsmarktes« – also eines gemeinwohldienlichen und staatlich nachhaltig subventionierten Quasi-Arbeitsmarktes ohne Wachstumsorientierung – eine Lösung für diejenigen sein könnte, die auf dem ersten Arbeitsmarkt als chancenlos gelten. Der Leiter eines Tafelgartens formuliert die Hoffnung, dass »die Leute einen vernünftigen Platz finden, wo sie sein und bleiben können, wo sie sich selber noch als wertvoll und sinnvoll erleben«.

Die gängigen sozialwissenschaftlichen und politischen Deutungen, die das (tradierte) Bild einer selbstverschuldeten und arbeitsunwilligen Armutsklasse bedienen, stehen dabei im Widerspruch zu einer oftmals dicht getakteten Tagesstruktur der Betroffenen, in der sich unterschiedliche Anforderungen und informelle Tätigkeiten abwechseln. »Auf dem Dorf hat man immer Arbeit«, sagt ein Langzeiterwerbsloser, der in seinem Dorf nahezu pausenlos im Einsatz ist. In seiner Mischökonomie spielen die Produktion sowie der Verkauf und Tausch von Subsistenzgütern eine ebenso große Rolle wie kleinere Reparaturen, die er für andere im Dorf unter der Hand erledigt.

Wenngleich die Sinnsuche Langzeitarbeitsloser in der ländlichen »Mitleidsökonomie« und die findigen informellen Reproduktionsstrategien Armutsbetroffener auf einen Horizont jenseits der Erwerbsarbeitsnorm verweisen, so mangelt es noch an Praktiken der kollektiven, klassenbasierten Solidarisierung und Unterstützung. Immer wieder gibt es jedoch Versuche, Strukturen einer inklusiven Alternativökonomie zu etablieren, die in den letzten Jahren unter den Stichworten »Raumpioniere« (Faber/Oswalt 2013) oder »Neulandgewinner« (Frech et al. 2017) verhandelt wurden. So werden gerade in Wohnprojekten, in Initiativen solidarischer Landwirtschaft oder in Tauschringen Versuche unternommen, gemeinschaftsbasierte Formen alternativen Zusammenlebens und Wirtschaftens zu erproben. Nicht alle diese Projekte zielen auf einen sozialen Ausgleich, aber es gibt durchaus Beispiele für die Etablierung teilhabeorientierter und transformatorischer Ansätze. So versuchen beispielsweise ländliche Tauschringprojekte, Marktlogiken zu durchbrechen und Teilhabe für armutsbetroffene Menschen zu ermöglichen. Ähnlich gehen auch Kooperativen und Projekte solidarischer Landwirtschaft vor, die Produktionsrisiken und Erntekosten gemeinschaftlich teilen. Solche Ansätze informeller Armutsbewältigung oder alternativer Wirtschaftsweisen sind häufig jedoch äußerst prekär. Zudem sehen sie sich der Dominanz

der Lohnarbeitsordnung ausgesetzt. Angesichts schrumpfender lokaler Arbeitsmärkte und der vielfältigen Herausforderungen des wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Strukturwandels lohnt es aber, konkret gelebte Utopien außerhalb der Erwerbsarbeit(-snorm) im Blick zu behalten (vgl. Weeks 2011). Diese strukturell zu unterstützen, könnte eine Aufgabe einer stärker armutssensiblen Sozialpolitik sein.

Dass ländliche Peripherien im Osten teilweise den Charakter von nivellierten Armutsgesellschaften tragen, weist vor dem Hintergrund kollektiver Abstiegs- und Deklassierungserfahrungen, sozialer Spaltung und weit verbreiteter politischer Frustration (vgl. Hinz/Schmalz in diesem Heft) jedenfalls auf einen hohen sozialpolitischen Handlungsbedarf und auf die Notwendigkeit eines Kurswechsels hin. Eine wirksame Armutsbekämpfung benötigt eine Politik, die sich nicht länger an den Imperativen der kapitalistischen Wachstumslogik orientiert. Denn nicht nur in peripheren »Postwachstumsregionen« stoßen traditionelle wohlfahrtsstaatliche Ansätze der Konfliktlösung und Umverteilung mithilfe von Wirtschaftswachstum an ihre Grenzen. Stattdessen wäre auf den Ausbau und Umbau öffentlicher Infrastrukturen zu setzen, und auf eine konsequente Arbeitszeitverkürzung. Auch eine Neuverteilung und Umwertung unterschiedlicher, auch nicht erwerbszentrierter Arbeitsformen, die durch ein bedarfsgerechtes Grundeinkommen ergänzt werden, böten einen Ansatzpunkt. Schließlich müssten solche Maßnahmen durch eine Steuerreform flankiert werden, die Umweltverbrauch und große Vermögen deutlich stärker belastet (vgl. Barth/Lessenich 2022). Gegenwärtigen Versuchen, bürgerschaftliches Engagement, das zivilgesellschaftliche Gratisarbeit zum Ausfallbürgen für eine gescheiterte Arbeitsmarktpolitik macht, zu stärken, ist jedoch genauso eine Absage zu erteilen wie einer unzureichenden sozialen Daseinsvorsorge in abgehängten Räumen.

LITERATUR

Baier, Andrea, 2017: Zwischen Schattenexistenz und Utopie. Subsistenz als Inspiration für eine neue soziale Praxis, in: Berliner Blätter 74, 14–30

Barth, Thomas/Lessenich, Stephan, 2022: Nachhaltige Arbeits- und Sozialpolitik, in: Betzelt, Sigrid/Fehmel, Thilo (Hg.), Deformation oder Transformation? Analysen zum wohlfahrtsstaatlichen Wandel im 21. Jahrhundert, Wiesbaden, 297–316

Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hg.), 2008: Exklusion. Die Debatte über die »Überflüssigen«, Frankfurt a. M.

Dörre, Klaus et al., 2013: Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik, Frankfurt a. M./New York

Dyk, Silke van/Haubner, Tine, 2021: Community-Kapitalismus, Hamburg

Faber, Kerstin/Oswalt, Philipp (Hg.), 2013: Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge, Leipzig

Frech, Siri/Scurrell, Babette/Willisch, Andreas (Hg.), 2017: Neuland gewinnen. Die Zukunft in Ostdeutschland gestalten, Berlin

Kessl, Fabian/Schoneville, Holger, 2021: Die »neue Mitleidsökonomie« – Symptom des wohlfahrtsstaatlichen Strukturwandels, in: WSI-Mitteilungen 5/2021, 355–363

Land, Rainer/Willisch, Andreas, 2006: Die Probleme mit der Integration. Das Konzept des »sekundären Integrationsmodus«, in: Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hg.), Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige, Hamburg, 70–96

Matzig, Gerhard, 2018: Samstagsessay: Raus aufs Land, in: Süddeutsche Zeitung, 3./4.11.2018, 24

Neu, Claudia, 2010: Land- und Agrarsoziologie, in: Kneer, Georg/Schroer, Markus (Hg.), Handbuch Spezielle Soziologien, Wiesbaden, 243–261

Schmalz, Stefan/Hinz, Sarah/Singe, Ingo/Hasenohr, Anne, 2021: Abgehängt im Aufschwung. Demografie, Arbeit und rechter Protest in Ostdeutschland, Frankfurt a. M./New York

Weeks, Kathi, 2011: The Problem with Work. Feminism, Marxism, Antiwork Politics, and Postwork Imaginaries, Durham

1 Das an der Friedrich-Schiller-Universität Jena angesiedelte Projekt trägt den Titel »Gesellschaft selber machen? Informelle Ökonomien und soziale Teilhabe in ländlichen Armutsräumen«.

GESPRÄCH
MIT SARAH HINZ & STEFAN SCHMALZ

»Die Peripherisierung hat einen Resonanzraum für rechte Gesellschaftskritik geschaffen.«
Stefan Schmalz

»Weder dem Management noch den politischen Eliten wird zugetraut, die Probleme der ›einfachen Leute‹ zu lösen.«
Sarah Hinz



ABGEHÄNGT IM AUFSCHWUNG
ARBEITSKONFLIKTE UND UMBRÜCHE IN DER OSTDEUTSCHEN PERIPHERIE

Euer Buch untersucht die Region um Gera, die lange als abgehängt galt und trägt den Titel »Abgehängt im Aufschwung«. Von welchem Aufschwung ist denn hier die Rede?

HINZ: In Thüringen gab es in den letzten zwei Jahrzehnten eine enorme Aufwärtsentwicklung. Das Bruttoinlandsprodukt hat sich seit 1991 fast vervierfacht, ein Großteil entfällt auf den industriellen Sektor. Die Arbeitslosigkeit lag bis in die 2000er-Jahre bei über 15 Prozent, heute sind es trotz Pandemie und Energiekrise stabil um die 6 Prozent, weniger als in Nordrhein-Westfalen. Doch das Wachstum wurde teuer erkauft und ist kaum mit sozialem Fortschritt verbunden.

Woran liegt das?

HINZ: Das Wachstum basiert zum großen Teil auf niedrigen Löhnen. Thüringen hat bundesweit einen der größten Niedriglohnsektoren. Dazu kommen Steuervorteile und Subventionen für Unternehmen mit oftmals westdeutschen Eigentümer*innen. Und die Gewerkschaften sind bis heute vergleichsweise schwach.

Sie bezeichnen das als »Modell Ostdeutschland«, die Ansiedlung von Zuliefer- und Exportbetrieben mit prekären Arbeitsbedingungen.
SCHMALZ: Genau. Das Modell zeichnet sich zudem durch eine ungleiche Entwicklung aus. Die neue Prosperität konzentriert sich auf einige urbane Räume, etwa Jena. Periphere Regionen und Städte wie Gera oder Altenburg profitieren kaum. Sie leiden weiter an den Folgen der Deindustrialisierung der 1990er-Jahre.

Das »Modell Ostdeutschland« wird als Auslaufmodell beschrieben. Wie gerät es in die Krise?
HINZ: Ein zentraler Faktor ist die veränderte Arbeitsmarktlage. Noch bis in die 2000er-Jahre konnten die Unternehmen im Osten aus einem großen Pool qualifizierter Fachkräfte auswählen, trotz der massenhaften Abwanderung. Wegen der hohen Arbeitslosigkeit nahmen die Beschäftigten auch schlechte Bedingungen und Niedriglöhne in Kauf, nach dem Motto »Hauptsache Arbeit«. Inzwischen schlägt der demografische Wandel aber voll auf den Arbeitsmarkt durch. Unternehmen suchen händeringend nach qualifizierten Fachkräften, bieten aber wenig attraktive Konditionen. Das Problem verstärkt sich durch mangelndes Engagement, selbst auszubilden.

Fachkräftemangel und niedrige Arbeitslosigkeit, müsste das nicht die Position der Beschäftigten stärken?
SCHMALZ: Durchaus. Für die Generation der Wendezeit hat Michael Behr den Begriff des »Arbeitsspartaners« geprägt, der ständig für den Betrieb zurücksteckt. Dieses Verhalten beherrscht heute nicht mehr die betriebliche Realität. Es gibt durchaus ein neues Selbstbewusstsein.
HINZ: Die Verhandlungsposition der Beschäftigten hat sich klar verbessert, sie sind weniger bereit, für Niedriglöhne zu arbeiten, und kündigen häufiger. Dennoch gibt es Hürden für Veränderung. Viele Unternehmen haben mit der Situation keinen angemessenen Umgang gefunden. Sie halten an überlebten paternalistischen Geschäftsmodellen fest und gefährden damit die eigene Existenz.
SCHMALZ: Wichtig ist aber auch, dass sich die ökonomischen Rahmenbedingungen verändert haben. Verschärfte internationale Konkurrenz und steigender Kostendruck treiben das Modell Ostdeutschland in die Krise. Dazu kommt die Herausforderung der sozial-ökologischen Transformation. In einzelnen Betrieben gibt es tatsächlich wenig Spielraum für Umverteilung und Aufwertung. Das heißt, es bleibt bei niedrigen Löhnen und zehrenden Arbeitsbedingungen.

Wie gehen die Beschäftigten damit um?
SCHMALZ: Es ist eine Zangenbewegung, mit größerem ökonomischem Druck auf der einen

SARAH HINZ ist Soziologin und promoviert an der Universität Jena. Sie beschäftigt sich mit Arbeits- und Wirtschaftssoziologie, Prekaritäts- und Gewerkschaftsforschung und ist Mitautorin von »Abgehängt im Aufschwung«.

STEFAN SCHMALZ leitet derzeit eine Heisenberg-Forschungsgruppe an der Universität Erfurt. Er beschäftigt sich mit politischer Ökonomie, Arbeitssoziologie und Nachhaltigkeitsforschung. 2021 erschien »Abgehängt im Aufschwung. Demografie, Arbeit und rechter Protest in Ostdeutschland« mit Sarah Hinz, Ingo Singe und Anne Hasenohr.

und einem neuen Arbeitsbewusstsein auf der anderen Seite. Mancherorts formulieren die Beschäftigten durchaus neue Ansprüche, mit erstarkten Gewerkschaften im Rücken. Das zeigt der spektakuläre Arbeitskampf bei Teigwaren Riesa. Diese Erfolge gehen aber bisher nicht in die Fläche, es sind im gesamten Osten eher einzelne »Häuserkämpfe«.
HINZ: Das neue Selbstbewusstsein geht nicht notwendig mit Selbstermächtigung einher. Häufig führt es nur zum Wechsel des Arbeitsplatzes, was auch die Abwanderung vorantreibt. Für viele ist aber weder *exit* noch *voice* eine Option. Sie sind schon älter, familiär mit der Region verbunden, geringer qualifiziert oder einfach ausgelaugt. Wer sich keinen Wechsel zutraut, kündigt häufig innerlich. Mitunter entlädt sich der Frust aber in betrieblichen Konflikten: Dem Management wird die Gefolgschaft aufgekündigt oder Arbeitsstandards werden bewusst unterlaufen.

Wie artikuliert sich dieser Frust politisch, gegen wen richtet er sich?
HINZ: Das ist nicht einfach zu beantworten. Wir haben eine umfangreiche Betriebsfallstudie bei einem der größten Arbeitgeber der Region durchgeführt. Dort wurden Management und politische Eliten als ähnlich ignorant beschrieben. Die Politik agiere, so ein Befragter, »irgendwie wie in der Firma«, sie hänge in einer »Endlosschleife« und sei unfähig, die Probleme der »einfachen Leute« – niedrige Löhne, hohe Arbeitsbelastung und alltägliche Prekarität – zu lösen. Die Abwertung der eigenen Region spielt ebenfalls eine Rolle. Das negative Selbst- und Gesellschaftsbild geht mit Ohnmachtsgefühlen und Wut einher. Die Wut ist zwar diffus, aber nicht adressatenlos. Für den »Niedergang« der Regionen werden teils konkrete Entscheidungsträger*innen verantwortlich gemacht.

Die Abwertung der Regionen wird in der Studie als »räumlicher Klassismus« bezeichnet. Was ist damit gemeint?
SCHMALZ: Der Prozess der »Peripherisierung« ist nicht nur ökonomischer Natur. Er erfasst neben der Arbeitswelt auch die demografische Entwicklung und das gesamte gesellschaftliche Leben. Räumlicher Klassismus erzeugt eine negative Stimmung gegenüber abgehängten Regionen und »Verlierer«-Städten. In den Medien ist von No-go-Areas und »nicht lebenswerten« Städten die Rede, die Bevölkerung wird als ungebildet, faul oder pauschal rechts dargestellt. Das betrifft große Teile Ostdeutschlands und manche Städte im Ruhrgebiet. Sie werden den »weltoffenen« Metropolregionen wie Berlin oder Leipzig entgegengestellt. Das verstärkt die subjektiven und kollektiven Abstiegserfahrungen.

Laut Umfragen ist die AfD in Thüringen stärkste Kraft. Ob ökonomische oder soziokulturelle Faktoren dafür entscheidend sind, wird kontrovers diskutiert.
SCHMALZ: Unsere Studie zeigt, dass monokausale Erklärungen nicht sonderlich hilfreich sind. *Culture* und *class* sind beide relevant. Wir haben festgestellt, dass die strikte Ablehnung von Zuwanderung durch ein niedriges Einkommen und eine negative Wahrnehmung des eigenen Wohnorts begünstigt wird. Die Peripherisierung hat der AfD in Ostthüringen Auftrieb gegeben und an marginalisierten Orten Resonanzräume für rechte Gesellschaftskritik geschaffen. So ist die AfD in Gera

oder Altenburg durchweg erfolgreicher als in Jena. Zentral ist die Darstellung von Migration als Zumutung und die Warnung vor »Übervölkerung«, was vollkommen realitätsfern ist: Der Ausländer*innenanteil liegt in Thüringen bei sechs Prozent, Migration würde demografische Probleme eher abmildern.

Die Studie vergleicht Ostthüringen mit dem schwedischen Skellefteå, das die Schrumpfung aufhalten konnte. Wie gelang das dort?
SCHMALZ: Im Gespräch mit den Entscheidungsträger*innen in Skellefteå haben wir gelernt, dass es ein neues öffentliches Bewusstsein braucht, um die Negativspirale aus Bevölkerungsrückgang, nachlassender Wirtschaftskraft und dem Rückbau von Infrastrukturen zu stoppen. Dort wurde das über Partizipation erreicht. Tausende von Menschen haben im Projekt Skellefteå 2030 mitgewirkt und in Diskussionsgruppen mehr als 10 000 Vorschläge für eine lebenswertere Gemeinde für alle eingereicht. Mit lokalen Akteur*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden wurde eine Zukunftsagenda entwickelt, die im Wesentlichen darauf setzt, gegen den Abwärtstrend zu investieren. Zudem wird eine engagierte Migrationspolitik mit Begleitungs- und Beratungsangeboten verfolgt. Das zeigt, dass Beteiligung und aktive Strukturpolitik wirksam sein können.

Sie fordern am Ende des Buches eine »Aufwertung Ost«. Was ist dafür notwendig?
HINZ: Ein wichtiges Element ist eine aktive Industriepolitik. Sie darf sich nicht darauf beschränken, den Strukturwandel abzufedern, wie etwa im Fall des »Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen«. Stattdessen bedarf es einer strategischen Wirtschaftspolitik für unterschiedliche regionale Kontexte. Für peripherisierte Regionen wären Aufwertungsstrategien wichtig, etwa die gezielte Ansiedlung von Hochtechnologie. Gleichzeitig braucht es Anbindungsstrategien, also die strategische Verkoppelung von strukturschwachen Regionen mit urbanen Boomregionen. In Thüringen spielt die Autozulieferindustrie und die Umstellung auf E-Mobilität eine zentrale Rolle. Viele Zulieferer stehen unter enormem Druck. Die Ansiedlung des chinesischen Batterieherstellers CATL in Arnstadt zeigt neue Möglichkeiten, aber auch alte Probleme auf, nämlich niedrige Löhne.

Was wäre in der Arbeitspolitik zentral?
HINZ: Die Weichen müssten ganz neu gestellt werden: Arbeitskraft darf nicht einseitig »vernutzt« werden. Sie muss als regionales Kollektivgut von Gewerkschaften, Verbänden und Kammern gepflegt und weiterentwickelt werden. Das geht nur mit einer Stärkung von Regulierungsmustern wie dem Tarifvertragssystem. Aufwertung braucht ein Leitbild von »guter Arbeit« ebenso wie einen Ausbau der sozialen Infrastruktur.

Und ist all das politisch durchsetzbar?
SCHMALZ: Die Situation in Thüringen ist komplex. Die rot-rot-grüne Minderheitsregierung ist begrenzt handlungsfähig, auch weil die CDU eine destruktive Oppositionspolitik fährt und Haushaltskürzungen durchsetzt. In der Krise des »Modells Ostdeutschland« herrscht politische Instabilität und die Ausrichtung der Landespolitik ist umkämpft.

Das Gespräch führte Hannah Schurian.

GESPRÄCH
DAVID BEGRICH &
OLIVER PREUSS

HANDFESTE PARTNERSCHAFTEN
WAS TUN GEGEN DIE RECHTE HEGEMONIE?

»Rechter Protest ist im Osten eine echte Erfolgsgeschichte, eine Erfahrung von Selbstermächtigung.«
David Begrich

»Im Zweifel müssen wir als Linke in den Tante-Emma-Laden, in die Dorfkneipe oder mit Magengrummeln auch in den Schützenverein.«
Oliver Preuss



Die Handlungsmöglichkeiten für linke Kräfte scheinen in großen Teilen Ostdeutschlands gering. Was sind aktuell die Bedingungen für Kämpfe um Hegemonie?

DAVID BEGRICH: Der rechte Block hat in Ostdeutschland vielerorts ganz klar die Hegemonie. Progressive Kräfte haben dagegen vor allem seit 2015 Probleme, sich politisch zu formieren und sprechfähig zu sein. Nehmen wir die Proteste gegen Inflation und die Energiekrise im Herbst und Winter: Die lagen in Magdeburg und an vielen anderen Orten sehr schnell in der Hand der AfD. Das ist zwar erstmal wieder abgeflaut. Grundsätzlich ist die politische Rechte und ihr Vorfeld in Ostdeutschland aber sehr effektiv darin, eigene Themen zu setzen und Fragen von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit zu dethematisieren. Erfolgreiche Tarifauseinandersetzungen oder progressive Initiativen in der Jugendarbeit können im Einzelnen zwar andere Erfahrungen ermöglichen. Bei den großen Erzählungen der gesellschaftlichen Widersprüche hatte aber die Rechte in den letzten fünf bis sieben Jahren das Heft in der Hand.

Welche historischen Erfahrungen spielen für die rechten Erfolge im Osten eine Rolle?

OLIVER PREUSS: Die AfD greift das Gefühl vieler Ostdeutscher auf, Bürger*innen zweiter Klasse zu sein. Die Chefs kommen aus dem Westen, sie selbst sehen keine Aufstiegschancen. Und da kommt die AfD und sagt: Jetzt geht es um euch. Der Partei gelingt es, ein Gefühl des Vernachlässigtseins anzusprechen, auch weil die strukturellen Probleme nicht gelöst sind. Im vergangenen Jahr erst hat Oettinger angekündigt, sich aus der Brauerei in Gotha zurückzuziehen, eine alte VEB-Brauerei. Die Beschäftigten haben nun wieder Angst, ihren Job zu verlieren, wie nach der Wende. Alles kommt immer wieder hoch. Das Gefühl, vom Westen abhängig zu sein, wird von Generation zu Generation weitergegeben. Und so erzählen mir selbst Leute, die kurz vor der Wende geboren sind, von der Treuhand und nicht anerkannten Berufsabschlüssen. Das erlebe ich gerade in Ostthüringen, wo eine starke Deindustrialisierung stattgefunden hat.

Wie kann sich die AfD das zunutze machen?

PREUSS: Die AfD muss eigentlich sehr wenig machen, um von den Leuten als Verbündete wahrgenommen zu werden. Die sind vor Ort und hören zu. Die stellen keine komplexen oder gar kritischen Fragen oder versuchen, über politische Prozesse aufzuklären. Stattdessen liefern sie einfache und greifbare Feindbilder – egal ob es gegen Kommunalpolitiker*innen oder gegen Geflüchtete geht. Und genau das kommt bei den Leuten an.

BEGRICH: Rechter Protest ist in Ostdeutschland zudem eine Erfolgsgeschichte. Sowohl in den 1990er-Jahren wie auch 2015 konnte er die Politik und Teile der Öffentlichkeit – zumindest phasenweise – vor sich hertreiben. Wenn Polizei und Verwaltung vor den Rechten zurückweichen, ist der Effekt spürbar. Das sind Ermächtigungserfahrungen. Die Ideologieproduzenten der extremen Rechten in Ostdeutschland können insofern auf der Erfahrung aufbauen, dass die 1990er-Jahre für sie sehr gut gelaufen sind. Die extreme Rechte okkupiert dabei alles, was ihr hilfreich erscheint, um ihre Politik zu beglaubigen: Mal inszeniert sie sich als die Erbin der Bürgerrechtsbewegung in der DDR, mal als Friedensbewegung. Die nachvollziehbare Skepsis, die viele Ostdeutsche gegenüber den Institutionen der repräsentativen, westdeutsch geprägten Demokratie haben, kommt ihr dabei sehr gelegen.

Es scheint, dass sich die AfD immer stärker als Interessenvertreterin und neue Kümmerer-Partei des Ostens inszenieren will. Gelingt ihr das?

PREUSS: Das Kümmerer-Image hat eine Grenze, weil die AfD an keiner Regierung beteiligt ist. Sie hat bisher nicht die Macht, etwas zu verändern.

DAVID BEGRICH ist Theologe und Sozialwissenschaftler und als Mitarbeiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus beim Verein Miteinander e.V. in Magdeburg tätig, der Analyse, Beratung und Intervention gegen Rechts anbietet.

OLIVER PREUSS ist Bildungsreferent im Bildungswerk des DGB in Thüringen und seit vielen Jahren antifaschistisch aktiv. Er war in Erfurt zuletzt an der Organisierung von linken Sozialprotesten beteiligt.

BEGRICH: Im Moment reicht es ihr aber aus, nur den Eindruck zu erwecken, sie sei eine Kümmerer-Partei. Thüringens AfD-Chef Björn Höcke und sein Umfeld führen das unter dem Schlagwort »solidarischer Patriotismus« und meinen damit die exklusive Solidarität innerhalb einer ethnozentrischen Volksgemeinschaft. Es ist klar, dass sie viel Kraft in die strategische Kommunikation investieren. Es geht darum, zu simulieren, sozial gerecht zu sein. Dass dies nicht mit der politischen Praxis vor Ort korrespondiert, spielt für die Anhängerschaft der Partei offenbar derzeit keine Rolle.

Welche parteipolitische Strategie verfolgt die AfD in Ostdeutschland?

BEGRICH: Die Ost-AfD gibt es nicht. In der Tendenz versuchen sich die zentralen Landesverbände aber alle an der französischen extremen Rechten zu orientieren, auch in der sozialen Frage. Die Hans-Thomas Tillschneiders und Björn Höckes der Partei sorgen zudem mit ihrer permanenten Strategie der Provokation und Polarisierung dafür, den Integrationsprozess der AfD in die Mechanismen des parlamentarischen Systems zumindest zu verlangsamen. Das ist ihr erklärtes Ziel: Sie wollen die AfD als Bewegungspartei erhalten und eine Koalitionsfähigkeit verhindern. Würden sich stattdessen pragmatische Akteure in der AfD durchsetzen, die zumindest rhetorisch herunterschalten, hätten wir eine ganz andere Situation. Im kommunalen Raum ist die schon längst eingetreten, wenn wir ehrlich sind: Vor Ort ist die AfD längst ein zentraler Akteur. Allerdings ist sie in den Kommunen oft strategisch nicht handlungsfähig. Sich darauf zu verlassen, dass das so bleibt, wäre aber falsch.

Was lässt sich gegen die Normalisierung der Partei machen?

PREUSS: Das Hauptproblem ist, dass es einen Rechtsruck bei allen Parteien gibt und rechte Positionen enttabuisiert werden. Wenn es um die politische Zusammenarbeit geht, braucht es aus meiner Sicht weiterhin eine klare Verweigerungshaltung. Sonst kann die AfD am Ende ihr Kümmerer-Image in die Tat umsetzen. Diesen Gefallen darf man ihr nicht tun.

BEGRICH: Immer wieder höre ich von Kommunalpolitiker*innen, dass sie es nicht durchhalten, niemals mit der AfD abzustimmen. In der Beratung bei uns äußern sie ihren Unmut. Sie interagieren mit der AfD und werden dafür von der Bundespartei kritisiert. In der Folge treten sie dann aus ihren Parteien aus. Wenn wir nicht wollen, dass eine Demokratieentleerung stattfindet, müssen wir dies kommunalpolitischen Akteur*innen in der Praxis stärken. Wir müssen ihnen etwas zurückgeben, was sie in den letzten Jahrzehnten verloren haben – echte Entscheidungs- und Handlungsmacht. Dafür ist unter anderem eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen essenziell.

Die Thüringer CDU hat im November mithilfe der AfD einen »Anti-Gender-Antrag« durchs Parlament gedrückt. Wie stark bewegt sie sich inhaltlich auf die extreme Rechte zu?

PREUSS: Die CDU will in Thüringen möglichst hohen Druck machen. Das sind erst mal Machtspiele und auch ein Abtasten, was möglich ist. Wir sehen dennoch im Erfurter Landtag, dass mehr Politiker*innen mit der AfD

abstimmen, als sie Abgeordnete hat. Das kann in kritischen Situationen noch spannend werden. Denn in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen versuchen aktuell mehrere Parteien, rechtes Wähler*innenklientel abzufischen. Sie drücken damit die gesamtgesellschaftliche Stimmung nach rechts.
BEGRICH: Die AfD zieht ihre Wähler*innen aus fast allen Milieus. Die internen Kämpfe finden daher auch in allen Parteien statt, bis auf die Grünen, die eine relativ homogene Wähler*innenbasis haben. Ich nehme bei allen anderen Parteien wiederkehrende und wellenartige Bewegungen in Richtung der AfD und ihrer Wähler*innen wahr, habituell und inhaltlich.

Wie bewertet ihr vor diesem Hintergrund das Vorgehen der LINKEN? Welche Rolle spielt die Partei derzeit im Osten im Kampf gegen rechts und welche sollte sie in Zukunft spielen?

PREUSS: Für viele Aktive im Osten ist die LINKE noch ein verlässlicher Partner im Kampf gegen rechts. Allerdings habe ich das Gefühl, dass diese Wahrnehmung zunehmend von Einzelpersonen abhängig ist. Was ich manchmal vermisse, ist das Zusammendenken von rechten Einstellungen und der sozialen Frage. Regelmäßig neigen Menschen in sozialen Problemlagen dazu, auch rechte Einstellungsmuster zu entwickeln. Das ist durch nichts zu rechtfertigen, aber ich glaube, dass eine starke und kämpferische Sozial- und Arbeitsmarktpolitik auch ein Teil der Präventionsarbeit gegen rechts sein kann. Darum ist auch das Engagement der Gewerkschaften gegen rechts so wichtig.

Gerade viele ostdeutsche Arbeiter*innen und Angestellte wählen die AfD. Was sind die Gründe?

BEGRICH: Das hat komplexe Ursachen. Ich will hier vor allem die gesellschaftliche Entwertung von körperlicher Arbeit betonen. In der DDR hieß es zumindest noch während meiner Ausbildungszeit, dass Menschen, die hart körperlich arbeiten, auch eine entsprechende gesellschaftliche Anerkennung verdient haben. Das hat sich nach der Wende radikal verändert. Die extreme Rechte mit ihren Erzählungen von Härte, Durchhaltevermögen und Männlichkeit gibt vor, sich für die Malocher*innen zu interessieren. Mit der Entwertung der körperlichen Arbeit ist eben auch eine Unsichtbarkeit der Arbeiter*innen entstanden. Hier existiert eine Leerstelle, die politisch nicht besetzt ist.

In diese Lücke versuchen auch extrem rechte Gewerkschaften wie das *Zentrum* zu stoßen. Wie erfolgreich sind sie mit dieser Strategie?

PREUSS: Von rund 50 000 Betriebsräten im Organisationsbereich der IG Metall sind nur 17 über eine *Zentrums*-Liste eingezogen, in Thüringen kein einziger. Trotzdem haben wir an der Basis Auseinandersetzungen, in denen auch rechte und extrem rechte Positionen vertreten werden. Die Chancen eines offensiven Umgangs damit haben wir als Gewerkschaft leider lange nicht ausreichend genutzt. In Leipzig und Zwickau etwa ist *Zentrum* in eigentlich gut organisierten Metallbetrieben präsent. Die Betriebsräte dort sind so in die Gremienarbeit einbezogen, dass sie in der Fläche kaum präsent sind. Meiner Wahrnehmung

nach ist *Zentrum* dort erfolgreich, wo sich die Leute gegenüber Betriebsräten und großen Gewerkschaften entfremdet fühlen. Rechte Pseudo-Gewerkschaften können am Ende des Tages zwar nichts umsetzen, aber sie sind vor Ort und scheinen sich um die Anliegen der Leute zu kümmern. Als Gewerkschaft ist die wichtigste Gegenstrategie, dass Betriebsrät*innen verstärkt in die Fläche gehen, dass sie Einzelgespräche machen, präsent und ansprechbar sind. Dazu ist Aufklärung wichtig. Seit der Pandemie versucht *Zentrum* zum Beispiel auch, in das Gesundheitswesen reinzugehen, in Thüringen und Sachsen etwa. Da haben Kolleg*innen in der Gewerkschaft das registriert, haben frühzeitig Beratungen in den Betrieben angeboten und konnten das unterbinden.

Welche Rolle spielen Arbeitskämpfe für diese Auseinandersetzungen mit Rechten im Betrieb?

PREUSS: Es ist ganz wichtig, bei einem Arbeitskampf auch rassistische Spaltungen zu überwinden. Damit das gelingt, müssen wir aber auch als Gewerkschaften etwas verändern: Wir haben im Osten 30 Jahre lang praktisch keine migrantischen Beschäftigten organisiert oder ihnen Angebote gemacht. Da ist erst mal Basisarbeit zu leisten. Dann kann eine Tarifauseinandersetzung oder auch einfach nur die gemeinsame Organisierung dabei helfen, Solidarität erlebbar zu machen. Die Erfahrung, dass migrantische Kolleg*innen die gleichen Interessen haben und gemeinsam kämpfen, kann dazu beitragen, Ressentiments gar nicht erst entstehen zu lassen.

Neben den Betrieben sind gerade die ländlichen Regionen umkämpftes Terrain. Antifaschist*innen haben es hier oft nicht leicht. Wie können sie effektiv unterstützt werden?

BEGRICH: Es kommt darauf an, einen Transfer zu organisieren, der es den Menschen in den ländlichen Regionen erlaubt, auch dort zu bleiben. Meiner Erfahrung nach halten die Leute das Engagement in einer Kleinstadt etwa vier Jahre durch, dann sind sie erschöpft und schaffen es nicht mehr, gegen Windmühlen anzukämpfen. Es ist wichtig, diese Aktiven vor Ort zu halten, aber dafür gibt es kein Patentrezept. Ich kann jede*n verstehen, die oder der nicht mehr kann und irgendwann wegzieht. Dagegen helfen keine moralischen Appelle, sondern nur handfeste Partnerschaften. Warum gehen zum Beispiel Theater aus den Metropolen nicht Kooperationen mit Kultureinrichtungen aus Kleinstädten ein? Da muss es nicht nur um finanzielle Unterstützung gehen, sondern auch um die Weitergabe von Wissen oder einfach um Motivation. Es gibt ja mit der Initiative Polylux bereits den Versuch, ein Netzwerk zwischen Metropolen und anderen Sozialräumen zu knüpfen, das langfristig trägt. Damit das funktionieren kann, ist Verlässlichkeit entscheidend: Zusagen müssen eingehalten werden.

PREUSS: Wir brauchen diese kontinuierlichen Partnerschaften auch bei Politgruppen. Sie können im ländlichen Raum gelingen, wenn es regelmäßigen Austausch gibt. Und da muss immer wieder passgenau entschieden werden, mit wem man Bündnisse eingeht. In Jena und Erfurt verzichten die

Aktiven beispielsweise auf das Bündnis mit Parteien, weil es ihnen die breite zivilgesellschaftliche Struktur erlaubt. Im ländlichen Raum sind dagegen vielerorts Parteien wie DIE LINKE oder die SPD die zentralen festen Strukturen. Dann sind sie entsprechend auch in Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Bündnissen präsent. Da geht es dann auch darum, dass sie ein Feingefühl für die eigene Rolle entwickeln: Wo kann man etwas initiieren, wo beteiligt man sich nur? Und ganz wichtig: nicht eingeschnappt sein, weil man nicht mit der eigenen Fahne vorneweg laufen kann.

Ihr habt Kooperationen zwischen Land und Stadt angesprochen. Worauf ist denn zu achten, damit diese tatsächlich auch gelingen können?

PREUSS: Ich finde es problematisch, wenn Leute für eine einzelne Aktion in der Kleinstadt eine Bühne aufbauen und sich danach nie wieder dort blicken lassen. Das bringt keinen dauerhaften Erfolg und verbrennt nur viel Geld. Wenn man keine Kraft hat, um langfristig aktiv zu sein, muss man den Aktiven vor Ort ehrlich sagen: Wenn es keine Strukturen gibt, die dich stützen, dann geh' lieber weg, bevor du kaputtgehst. Grundsätzlich braucht es aber auch mehr Kreativität und mehr »Punkrock«, um an solchen Orten etwas zu bewegen. Oft höre ich Bedenken, dass Veranstaltungen auf dem Land sowieso nicht klappen könnte, etwa weil es keine passenden Räume gebe oder die Anfragen von komischen Leuten kämen.
Da sage ich: Im Zweifel müssen wir eben auch in den Tante-Emma-Laden, in die Dorfkneipe oder mit Magengrummeln auch in den Schützenverein. Piekfeine Räume wird es auf dem Land nicht geben. Den Anspruch sollte man aufgeben.

Geht es also auch darum, die eigenen Erwartungen zu verändern? Was sind im Moment realistische strategische Ziele im Kampf gegen rechts?

BEGRICH: Gewinnen steht derzeit leider nicht auf der Tagesordnung. Die zunehmenden Krisen laden stark zur gesellschaftlichen Entsolidarisierung ein, gerade auch in Ostdeutschland. Wir müssen uns in dieser Situation fragen: Wie können wir bereits Erreichtes bewahren? Und wo sind die gesellschaftlichen Räume, in denen überhaupt demokratische und emanzipatorische Inhalte diskutiert und erprobt werden können?
Ich komme beispielsweise aus dem Bereich der Kirche. Dort finden aktuell sehr interessante Debatten statt. Es wird darum gerungen, wo die Kirche als Institution in Zeiten des strukturellen Umbaus und des Rückzugs aus den Regionen ihre Schwerpunkte setzen soll. In den ländlichen Räumen Ostdeutschlands ist sie ein wichtiger Faktor für gelebte lokale Demokratie, so wie übrigens auch die Feuerwehr und die Sportvereine. Zumindest können diese Orte ein solcher Faktor sein, wenn sie die demokratische Aufgabe an- und ernstnehmen. Darum ist es so wichtig, in diesen verschiedenen Milieus entsprechende Lernprozesse zu organisieren und zu unterstützen.

Das Gespräch führte Sebastian Bähr.



DER ZUKUNFT ZUGEWANDT

Ist der ländliche Raum in Ostdeutschland verloren? Keineswegs: Trotz schwieriger Bedingungen arbeiten an unterschiedlichsten Orten Menschen an einer lebenswerten und selbstbestimmten Zukunft. Mit dem allgegenwärtigen Wegzug, Rückzug und Rechtsruck finden sie sich nicht ab. Stattdessen schaffen sie Projekte, um vergessenen Orten neues Leben einzuhauchen, ihre Handlungsspielräume zu erweitern und Werte wie Solidarität, Demokratie und Nachhaltigkeit in der Praxis zu erproben. Sie spenden Hoffnung im Hinterland und sind Keimzellen der Veränderung.

Foto: Rothenklempenow, LeadershipFestival 2019

GENOSSENSCHAFTS-PROJEKT ROTHENKLEMPENOW

Das Dorf Rothenklempenow in Mecklenburg-Vorpommern hat sich zum Zentrum einer lebhaften Nachhaltigkeitsszene entwickelt. Die Initiative »RothenklempeNOW« schafft Lernangebote, Arbeitsplätze sowie Räume für ökologische Landwirtschaft. Die lokale Höfegemeinschaft Pommern – drei Höfe am Stettiner Haff – hat durch die BioBoden Genossenschaft die Bedingungen dafür geschaffen. Der Betrieb ist gut in der Region verankert, betreibt einen Hofladen, konnte bei den Produkten höhere Biostandards erreichen und Menschen aus den umliegenden Orten in Beschäftigung bringen. Seit 2017 gibt es zudem ein von der Universität der Vereinten Nationen anerkanntes Kompetenzzentrum Bildung für nachhaltige Entwicklung, das verschiedene pädagogische Formate auf den Weg gebracht hat, darunter ein sogenannter Weltacker mit einer Fläche von 2000 qm. Dies ist die Zahl, die sich ergibt, wenn man die weltweite Ackerfläche durch die Anzahl der Menschen auf der Erde teilt.

www.zukunftsorte.land/rothenklempenow

COLDITZ – WIND UND SONNE BEZAHLEN DEN KINDERGARTEN

Im sächsischen Colditz hilft ein neues Energieversorgungskonzept, die knappen Kassen der Kommune zu füllen. Der Bedarf an Strom, Wärme und Kraftstoffen soll mithilfe selbst erzeugter Sonnen-, Wind- und Bioenergie gedeckt und der Ort dadurch bis 2050 energieautark werden. Der Ökostrom wird ins Stromnetz eingespeist und über das Erneuerbare-Energien-Gesetz vergütet. Über einen Verein und eine kommunale Stiftung ist die Gemeinde am Windrad beteiligt und finanziert mit den Einnahmen die Kredite für die Anlage. Sind diese beglichen, gehen sie in soziale Projekte. Das hat auch die Akzeptanz für Windkraft erhöht. Auf öffentlichen Gebäuden wie der Schule, der Feuerwache oder der Gemeindeverwaltung wurden gemeindeeigene Photovoltaikanlagen installiert. Dies ermöglicht der Gemeinde neue finanzielle Spielräume: Alle Kinder des Ortes bekommen einen kostenlosen Platz im Kindergarten. Kindern aus einkommensarmen Familien wird außerdem das Schulessen und im Sommer ein Ferienlager finanziert. Zudem bietet die Kommune einen Fahrdienst an. Ähnliche Schritte werden auch andernorts, zum Beispiel in Aschersleben in Sachsen-Anhalt, gegangen.

www.zukunftskommunen.de/kommunen/colditz



BEGEGNUNGSTREFF
THÄLMANNS

In Müncheberg, einer Kleinstadt im Landkreis Märkisch-Oderland, hat das letzte Lokal während der Corona-Pandemie dichtgemacht. Eine Handvoll Leute hat sich daraufhin zusammengetan, um in der Ernst-Thälmann-Straße 75 ein Café zu eröffnen. Das großteils ehrenamtliche Team besteht aus Zugezogenen, Rückkehrer*innen und schon länger in der Region Lebenden. Zweimal in der Woche öffnet das »Thälmanns« für jeweils vier Stunden. Die Preise sind niedrig angesetzt – alle sollen die Möglichkeit haben, vorbeizukommen. Zu den regelmäßigen Veranstaltungen gehören Weiterbildungen, Themenabende, ein Nähzirkel, Kleidertauschaktionen, Nachhilfe oder gemeinsames Kochen von Geflüchteten und Ortsansässigen. Der Kreis der Aktiven hatte sich nach einem Festival der Initiative »Wann wenn nicht jetzt?« gefunden, die im Wahljahr 2019 durch ländliche Regionen Ostdeutschlands tourte, und wird vom Verein Kultus aus Buckow unterstützt.

www.hierzulanden.de/thaelmanns

DORFBEWEGUNG BRANDENBURG

In Brandenburg hat sich 2015 nach dem Vorbild anderer europäischer Länder die erste Dorfbewegung in Deutschland gegründet. Ziel des Vereins ist es, über Selbstorganisation und Vernetzung die kommunale Mitbestimmung zu stärken, dörfliche Akteure und Anliegen sichtbar zu machen und die Aktiven in den ländlichen Regionen zu unterstützen. Die Initiative ermöglicht die Vernetzung zwischen Dorfgemeinschaften, organisiert Workshops und Räume für Anwohner*innen, um Probleme zu diskutieren. Gemeinsam sollen Vorstellungen für eine lebenswerte Zukunft entwickelt werden. Ein wichtiges Instrument ist dabei das »Parlament der Bürger« – ein Dialogformat für den Austausch mit der Landesregierung. Im Mai 2022 trafen sich erstmals über 100 Bürger*innen aus den Dörfern mit Landespolitiker*innen und Fachexpert*innen, um über die ländliche Entwicklung in Brandenburg zu sprechen. Ein ähnlicher Austausch findet über das Europäische Ländliche Parlament statt.

www.lebendige-doerfer.de

NETZWERK POLYLUX

Das Netzwerk Polylux ist eine Initiative gegen den Rechtsruck im Osten und wird von Menschen aus verschiedenen Orten getragen. Es unterstützt vor allem im ländlichen Raum Vereine und Projekte der kritischen Zivilgesellschaft – sowohl ganz praktisch als auch finanziell durch Fördermitgliedschaften. Dadurch sollen etwa eine offene Jugendarbeit ohne Rassismus, Nachbarschaftszentren ohne Rechtsrock oder antirassistische Sportvereine ermöglicht werden. Jugendliche können sich dort austauschen, diskriminierte Menschen finden einen Schutzraum und Antifaschist*innen vernetzen sich. Über das Netzwerk werden gerade in Regionen mit rechter Hegemonie alternative Positionen in lokalen Debatten gestärkt. Die Förderung ist dabei bitter nötig: Viele Initiativen stehen in konservativ geprägten Orten oft unter Druck – mit zunehmendem Einfluss der AfD nimmt dieser noch zu. Die Kürzung von Mitteln ist eine konstante Gefahr. Polylux ermöglicht es Menschen im gesamten Bundesgebiet, emanzipatorische Projekte im Osten zu stärken und diese finanziell unabhängig zu machen.

www.polylux.network

GESPRÄCH
MIT GESINE LANGLOTZ

»In der Linken dreht sich Agrarpolitik meist um die Anbauart – bio versus konventionell – oder um Tierrechte. Wie eine transformative und antikapitalistische Agrar- und Lebensmittelpolitik aussehen müsste, spielt kaum eine Rolle.«

ACKERLAND GERECHT VERTEILEN
WARUM BODENPOLITIK UNS ALLE ANGEHT

Du bist »Ost-Rückkehrerin«. Wie kam es dazu?
Ich wollte aus privaten Gründen zurück, es war aber auch eine bewusste Entscheidung für den Osten – nachdem hier jahrzehntelang junge Leute weggegangen sind. Deshalb versuche ich auch andere zum Bleiben zu bewegen, unabhängig davon, woher sie kommen. Ich wollte schon lange einen eigenen Hof gründen und dachte, wenn, dann mache ich das im Osten.

Wie bist du an den Hof gekommen?
Das war alles andere als einfach. Nach dem »Betongold« der Städte ist Grund und Boden inzwischen eines der profitabelsten Anlageobjekte. Die Preise haben sich, insbesondere im letzten Jahrzehnt, verdoppelt, teils verdrei- oder vervierfacht. In Deutschland braucht man etwa 650 000 Euro, um einen Arbeitsplatz in der Landwirtschaft zu schaffen. Sie ist einer der kapitalintensivsten Wirtschaftsbereiche, was nicht zuletzt an den Bodenpreisen liegt. Im Osten ist es nochmal schwieriger, weil wenige Höfe von der Elterngeneration weitergegeben werden, abgesehen von den ganz großen Betrieben.

Wie kommt das?

Durch die beiden großen Bodenreformen – Enteignung und Zwangskollektivierung – gab es in der DDR kaum noch private Höfe. Sie wurden zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, den LPGs, zusammengelegt – teils im Einverständnis mit, teils auch gegen den erbitterten Widerstand der Bäuer*innen. Dadurch gab es schon zu DDR-Zeiten diese riesigen Betriebe. Nach der Wende wurden rund eine Million Hektar Agrarland der DDR an die Treuhand übergeben und ab 1992 durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) privatisiert. Die BVVG hat es meistbietend und oft an große Betriebe verkauft und gehört damit zu den schlimmsten Preistreibern für Agrarflächen im Osten. Von der ursprünglichen Fläche gehören nach gut 30 Jahren noch 92 000 Hektar, also etwa zehn Prozent, dem Bund. Wenigst bei diesen Flächen wurde jetzt endlich ein Privatisierungsstopp eingelegt.

Was ist mit den LPGs passiert?

Ähnlich wie in anderen Sektoren hat man die Leute nach 1990 ins offene Messer laufen lassen. Die Betriebe wurden über Nacht der Marktkonkurrenz unterworfen. Für viele war nicht klar, ob sie überhaupt weiter bestehen würden, da der Westmarkt die Regale im Osten übernommen hatte. Tausende Bäuer*innen aus den Genossenschaften haben in den 1990-Jahren in Berlin und Leipzig demonstriert. Viele wollten weiter wirtschaften, wussten aber nicht, wie das gehen kann. Andere haben schon damals ihre LPGs verlassen. Diese wurden teils in Genossenschaften nach BRD-Modell umgewandelt, oder in GmbHs. Heute werden sie an außerlandwirtschaftliche Investoren verkauft. Weil es so große Einheiten sind, sind sie für Investoren attraktiv. Wenn ich Kapital in Land anlegen will, kaufe ich nicht 100 Hektar irgendwo im Westen, sondern 10 000 Hektar in Brandenburg – oder die 6 000 Hektar in Bad Langensalza in Thüringen, wie der Lebensmittelkonzern ALDI über eine Stiftung. Durch diese großen Verbünde haben wir eine fortschreitende Industrialisierung der Landwirtschaft. Zu dieser Entwicklung haben auch gute Netzwerke des Deutschen Bauernverbandes (DBV) und der ehemaligen LPG-Kader beigetragen.

Gibt es noch Genossenschaften?

Ja, viele versuchen sich vor dem Aufkauf zu schützen, indem sie etwa die Vererbbarkeit der Anteile nicht abschaffen oder Rentenzahlungen an ihre Mitglieder einführen. Andere sind inzwischen in GmbHs umgewandelt worden, es gibt wenige Anteilseigner und somit liegt auch die Entscheidungsgewalt bei wenigen Menschen. Die Reprivatisierung lauert überall, Acker ist leider attraktives Spekulationsgut.

Ist Ackerland nicht rechtlich geschützt?

Eigentlich schon. Das Grundstücksverkehrsgesetz sichert Landwirt*innen ein Vorkaufsrecht auf landwirtschaftliche Flächen. Weil es aber nur Direktkäufe von Land reguliert,

GESINE LANGLOTZ ist in Thüringen aufgewachsen und hat in Baden-Württemberg studiert. 2021 hat sie zusammen mit anderen nördlich von Jena einen Hof gegründet. Sie ist in der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Mitteldeutschland aktiv und hat zusammen mit dem Konzeptwerk Neue Ökonomie ein Dossier zu Bodenpolitik und Klimagerechtigkeit veröffentlicht.

können Investoren es umgehen. Sie kaufen nicht das Ackerland selbst, sondern Betriebe oder GmbHs, die Zugang zu Land haben. Außerdem profitieren sie davon, dass Agrarsubventionen größtenteils über die Fläche ausgeschüttet werden. Wer viel hat, dem wird viel gegeben. Damit stellen große Agrarbetriebe das Einfallstor für Bodenspekulation und Subventionsmissbrauch dar. Die sogenannten Share Deals begünstigen das enorm.

Was sind Share Deals?

Das sind Anteilskäufe. Nicht der ganze Betrieb wird erworben, sondern Anteile, mit denen aber die Kontrolle über den Betrieb einhergeht. Direkt gekauft werden also keine Flächen oder Tiere, sondern Geschäftsanteile. Wenn außerlandwirtschaftliche Investoren weniger als 90 Prozent der Betriebsanteile kaufen, vermeiden sie sogar die Grunderwerbssteuer. Wenn eine Landwirtin hingegen ihr Vorkaufsrecht geltend macht, muss sie doppelte Grunderwerbssteuer zahlen, weil die Landgesellschaften zwischengeschaltet sind. Das ist ungerechte Steuerpolitik.

Warum ist es so attraktiv, Geld in Land anzulegen?

Grund und Boden sind endliche Ressourcen, sie stehen nur begrenzt zur Verfügung und lassen sich nicht vermehren. Da Nahrungsmittel und erneuerbare Energien aber auf Ackerland produziert werden müssen und Fläche selbst eben nicht nachwächst, ist Land ein Anlageobjekt, das garantiert nicht an Wert verliert. Wir beobachten eine vollständige Entdemokratisierung des Zugangs zu Boden. Landwirtschaftliche Betriebe können kaum erwirtschaften, was der Boden kostet. Deshalb brauchen wir eine gerechte Bodenverteilung, die nicht über den Markt läuft.

Wie könnte die aussehen?

Als Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, kurz AbL, verfolgen wir zurzeit zwei Projekte intensiv: Zum einen haben wir die »Gemeinwohlverpachtung« entwickelt. Und zum anderen versuchen wir, vor allem im Osten, die Agrarstrukturgesetze durchzubringen. Beides sind Themen, die auch für eine breitere linke Diskussion anschlussfähig sind.

Bevor wir auf eure Vorschläge kommen: Was ist die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft?

Die AbL wurde vor 40 Jahren in Westdeutschland gegründet. Anders als häufig angenommen geht es uns nicht darum, nur die ökologische Landwirtschaft zu vertreten, bei uns sind Bio- genauso wie konventionelle Betriebe dabei. Uns eint, dass wir die soziale Frage in der Landwirtschaft stellen und uns gegen eine weitere Industrialisierung einsetzen.

Warum bist du in der AbL?

In der Linken dreht sich Agrarpolitik meist um die Anbauart – bio versus konventionell – oder um Tierrechte. Wie eine transformative und antikapiatalistische Agrar- und Lebensmittelpolitik auch im Sinne aller Arbeitenden in der Landwirtschaft aussehen müsste, spielt kaum eine Rolle. Das ist unser Thema. Ich mag an der AbL, dass sich hier die queerfeministische Landwirtin (27) aus Brandenburg mit dem konservativen Bauern (70) aus Bayern organisiert. Ich bin im Landesverband Mitteldeutschland aktiv. Hier haben vor zehn Jahren ein paar Leute begonnen, die Missstände angesichts

der prekären Boden-Markt-Verhältnisse sichtbar zu machen. Konzepte für eine progressive Bodenpolitik kommen heute oft aus dem Osten, weil es hier einfach heftiger brennt. Unser Verband ist heute einer der aktivsten im Bundesverband.

Gehören die Agrarstrukturgesetze zu diesem Politikrepertoire aus dem Osten?

Ja und nein. Ein Agrarstrukturgesetz gibt es bisher nur in Baden-Württemberg. Das wurde vor allem gegen die Landkäufe von Schweizer*innen eingeführt. Aktuell werden aber in Brandenburg, Sachsen und Thüringen solche Gesetze verhandelt. In diese Debatte mischen wir uns ein. Und auch die Zivilgesellschaft sollte das tun. Im Grunde bedeuten sie für die Bodenverteilung das, was Deutsche Wohnen & Co. enteignen für die Wohnungsfrage versucht: die Investoren und Konzerne in die Schranken zu weisen. Denn was einmal an außerlandwirtschaftliche Investoren und Konzerne verkauft ist, bleibt in deren Händen. Deshalb brauchen wir jetzt dringend eine wirksame Regulierung des Bodenmarktes.

Was ist die Idee hinter der Gemeinwohlverpachtung?

Das ist feine revolutionäre Realpolitik. Es geht darum, öffentliches Land nicht mehr nach Höchstpreis oder Gewohnheit zu verpachten, sondern nach der Qualität der Bewirtschaftung. Öffentliches Land gehört uns allen, es sollte auch im Sinne aller genutzt und gepflegt werden.

Wie würde das konkret gehen?

Wenn etwa ein bestehender Pachtvertrag endet, sollte es transparente Bewerbungsverfahren geben. Die zuständigen Stellen verteilen anhand eines lokalen Kriterienkatalogs Punkte; wer das Konzept mit den meisten Gemeinwohlpunkten vorlegt, bekommt den Pachtvertrag. Bewertet werden etwa Biodiversität und Klimaschutz, Arbeitsplätze pro Hektar, Tierwohl oder Direktvermarktung. Im Netz findet man unseren Katalog, der so ausgearbeitet ist, dass er auch von Behörden umgesetzt werden kann. Die Kriterien sollten jeweils lokal angepasst und ausverhandelt werden, denn der Umgang mit der wertvollen Ressource Land muss Gegenstand demokratischer Verfahren sein. Da können alle in ihren lokalen Parlamenten aktiv werden. Gemeinwohlverpachtung ist das beste linke Instrument, das es zurzeit für Bodenpolitik im ländlichen Raum gibt und das ganz konkret angegangen werden kann.

Damit könnten junge Landwirt*innen wie du einfacher an Agrarland kommen.

Genau, es könnten sich Existenzgründer*innen ansiedeln und neue Betriebe entstehen. Oder bestehende Betriebe und Nebenerwerbslandwirt*innen könnten gefördert werden. Das würde langfristig auch die wirtschaftliche Struktur von ganzen Orten verändern. Landwirtschaftliche Betriebe in einer Gemeinde könnten gemeinsame Vermarktungsstrukturen jenseits der großen Ketten aufbauen, Lebensmittelhandwerk könnte sich wieder ansiedeln. Es macht einen Unterschied, ob es einen Laden im Dorf gibt oder nicht. Er kann auch ein sozialer Treffpunkt sein. Dass diese Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten zerstört wurde, ist ja eines der zentralen Probleme im Osten. Ein Teufelskreis. Auch darauf wäre die Gemeinwohlverpachtung eine Antwort.

Gibt es schon Orte, in denen die Verpachtung an das Gemeinwohl geknüpft wird?
Ja, in Kyritz in Brandenburg und in Erfurt in Thüringen. Die Evangelische Kirche Mitteldeutschland, die Diözese Münster und Gemeinden in Brandenburg haben ebenfalls einen Katalog erarbeitet. Spannend bleibt, ob nun auch die Flächen der BVVG die dem Finanzministerium unterstellt sind, gemeinwohlorientiert verpachtet werden.

Du sagst, zehn Prozent des Bodens sind noch in öffentlicher Hand. Was ist mit dem Rest?
Statistisch laufen 80 Prozent der Landwirtschaft im Osten über Pacht. Unser Ziel ist es, mittelfristig auch die privaten Eigentümer*innen ins Boot zu holen, die nur zögerlich an kleine Betriebe verpachten. Es ist ein Problem, dass immer mehr Fläche aus der Landwirtschaft »rausfließt«, dadurch, dass Menschen Land erben, die nicht Landwirtschaft betreiben und oft woanders wohnen. Private Eigentümer*innen sollten ihre Verantwortung, aber auch ihren Gestaltungsspielraum erkennen. Mit »fairpachten« können sie dazu beitragen, mehr Biodiversitätsmaßnahmen auf ihren Flächen zu etablieren, oder eben an Existenzgründer*innen und besonders innovative Betriebe verpachten.

Was bräuchte es, um die Gemeinwohlverpachtung durchzusetzen?
Die Fragen, die hier verhandelt werden, stehen eigentlich im Zentrum jeder linken Debatte. Mir ist völlig unverständlich, warum sie nicht stärker aufgegriffen werden. Es geht um Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze, um Kapitalkonzentration, um Infrastruktur und im Kern um eine Demokratisierung der Wirtschaft, und da gehört Landwirtschaft einfach dazu. Wir essen schließlich alle drei- bis sechsmal mal am Tag. Das heißt, der Kampf um die Demokratisierung des ländlichen Raumes ist ein gesamtgesellschaftliches Thema. Aber die Linke interessiert sich nicht sonderlich dafür. Die Rechten hingegen sind super darin, die Nachwendegeschichte in ihrem Sinne zu erzählen, und können die zu Recht frustrierten Bäuer*innen einsammeln. Wenn wir hier etwas entgegensetzen wollen, braucht es eine Stärkung der progressiven Akteure im ländlichen Raum, die materielle Unterschiede für die Betriebe und Regionen machen.

Ist die Linkspartei hier hilfreich?
In Thüringen besetzt die LINKE seit zwei Legislaturen das Agrarministerium, aber ihre Politik unterscheidet sich in der Wirkung wenig von der der CDU. Die LINKE hat viele Chancen verpasst, in Sachen ländlicher Raum und Landwirtschaft progressive Politik zu machen. Auch der Entwurf für das Agrarstrukturgesetz ist in der bisherigen Form eher schwach.

Ist das Thema im Osten mobilisierungsfähig?
Die Expertise der AbL zu Bodenpolitik ist, wie zum Beispiel bei der progressiven Grunderwerbssteuer, sehr fundiert. Wir haben da mehr drauf als der Bauerverband. Mit einer guten Kampagne im bäuerlichen Spektrum, die die Bodenproblematik vor allem auf die Verteilungsfrage ausrichtet, gegen bestimmte Investoren, »Adlige« und riesige Großbetriebe, könnten wir viele Leute mobilisieren, um sich gemeinsam gegen den Ausverkauf der Flächen aufzustellen. Aber ohne den gesellschaftlichen Rückhalt wird das nichts.

Wir brauchen eine sozial-ökologische Transformation der Landwirtschaft, die auch für diese großen Betriebe funktioniert; sie pauschal zu kritisieren, ist kein kluger Ansatz. Das ist auch in unseren Kreisen noch nicht ganz durchgesickert. Wir müssen aufpassen, dass der Aufschwung im Osten jetzt nicht über Fabriken und weitere Industrialisierung läuft, sondern über Selbstwirksamkeit und ein emanzipatorisches Ostverständnis. Mein Traum wäre, dass mehr Menschen unter guten Bedingungen in der Landwirtschaft arbeiten, statt in der nächsten Mega-Chip-Fabrik, die der Region das Wasser abpumpt.

Was wären nächste Schritte?

Zunächst muss die Lücke »Bodenpolitik« erkannt werden, es arbeiten bisher nur bäuerliche Akteure dazu und die sind an zwei Händen abzählbar. Der Schutz und der gerechte Zugang zu unseren Lebensgrundlagen – Boden, Wasser, Saatgut – sind enorm wichtig und brauchen breite Unterstützung. Die Bewegung dazu braucht Geld für Personal, Hilfe bei Pressearbeit und Aktionen, juristische Beratung bei parlamentarischen Prozessen und wissenschaftliche Mithilfe, um Forderungen und Alternativen zu erarbeiten. Die Konzepte der AbL sind meist super, aber mit mehr Kapazitäten ließe sich mehr erreichen.

Lassen sich gemeinsame Interessen mit der urbanen Linken herstellen?

Die muss man eigentlich nicht herstellen. Unser Konzept der Gemeinwohlverpachtung lässt sich auch auf Immobilien in der Stadt übertragen. Spannend wäre sicher auch, von den realen Zuständen um Miet- und Pachtpreisbremse zu lernen. Share Deals sind für Bodenpolitik auf dem Land und in der Stadt wichtig. Die Besetzung von Häusern funktioniert inzwischen nur noch selten – in Hessen war eine Ackerbesetzung über zweieinhalb Jahre aber sehr erfolgreich: 80 Hektar sehr guter Boden in Neu-Eichenberg wurden vor der Versiegelung durch den Bau eines Industriegebiets bewahrt. Die lokale Initiative kam nach der Gründung einer lokalen Partei aus dem Stand auf 30 Prozent – und zack: Industriegebiet abgewählt! In der Stadt sind viele Initiativen gegenüber parlamentarischer Politik sehr kritisch eingestellt – auf dem Land muss man da aber rein, wenn man etwas verändern will.

Klimaziele wären ja auch noch ein Thema.

Ja, auch dafür braucht es eine gerechte Verteilung des Bodens. Mit technologischen Ansätzen sind die Probleme des Klimawandels nicht zu lösen, auch nicht in der Landwirtschaft. Die Voraussetzung für eine sozial-ökologische Landwirtschaft und ihre klimagerechte Transformation ist der sichere Zugang zu Land und anständige Arbeitsbedingungen bzw. Renten für alle, die in der Landwirtschaft arbeiten. Ernährung muss in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung mit Wohnen und Gesundheit als Grundbedürfnis gleichgestellt werden – etwa wenn wir über Demokratisierung und Vergesellschaftung reden. Es gibt genug Leute, die um ihr tägliches Essen bangen, auch in Deutschland. Deswegen ist es wichtig, dass Bäuer*innen nicht allein für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum kämpfen und dass die Linke hier die soziale Frage stellt und Missstände aufdeckt.

Das Gespräch führte Barbara Fried.

OSTFEMINISMUS 2.0
EINE ABSAGE AN ARBEITSFETISCH UND LEISTUNGSDRUCK

CLAUDIA SPRENGEL

Gleichstellungspolitik zielte in der DDR vor allem auf Erwerbsbeteiligung. Arbeit und Familie verbinden zu können, ist für viele ostdeutsche Frauen bis heute Ausdruck von Selbstbestimmung. Doch die realsozialistische Emanzipation ging nur den halben Weg.

Ich stehe an einer betonierten Rampe und starre auf den Ausgang. Neben mir öffnet und schließt sich die Glastür. Es riecht nach Desinfektionsmittel und diesem bestimmten Geruch des Alters. Es ist Sonntag oder Samstag. Ich warte, dass meine Mutter durch die Tür kommt, müde das Fahrrad die Rampe hochschiebt. Sie hatte Frühschicht. In dieser Erinnerung bin ich acht, vielleicht auch neun. Ich turne ungeduldig am Geländer rum, bis meine Mama endlich durch die Tür kommt. Natürlich später als das eigentliche Schichtende.

Meine Mutter arbeitet Schicht, seit ich denken kann. Das musste sie, so sagte sie: »Das gibt mehr Geld.« Viel Arbeiten, wenig Geld, noch weniger Zeit. Arbeit ist nicht nur Notwendigkeit, sie ist auch Identität. Nach ihr richtet sich noch immer für viele die Bewertung eines Menschen, besonders in Ostdeutschland. Vollzeiterwerbstätigkeit wird auch bei Personen mit hoher Sorgeverantwortung kaum infrage gestellt – eine Art proletarischer Fatalismus. Auch ich habe das lange nicht infrage gestellt. Meine Schwester und ich haben viel Zeit in Früh- und Spätbetreuungen verbracht, früh schon vieles allein gemacht: Arztbesuche, Einkaufen, den kleinen Bruder sitten. Etwas anderes schien mir gar nicht möglich. Ich erinnere das Gefühl, wieder mal die Letzte zu sein im Hort, oder Sprüche von einer Lehrerin, ob ich denn wenigstens ein Foto meiner Mutter hätte.

Zum Ende der DDR waren etwa 90 Prozent der Frauen in Erwerbsarbeit (Radtke 1991, 26). Berufstätigkeit war Teil des Selbstbildes der meisten Frauen und auch Teil des Frauenbildes in den neuen



Bundesländern nach der Wende. Die Mütter meiner Freund*innen waren fast alle berufstätig, auch wenn sich manche als »Postbote« bezeichneten statt als »Postbotin«. »Hausfrauen« galten eher als suspekt und wurden oft isoliert. Es passte nicht zum Arbeitsethos in der DDR und zur Idee, dass Erwerbsarbeit und Emanzipation Hand in Hand gehen. Diese Haltung hält sich auch in der Kindergeneration bis heute. Aber waren mit dem Erreichen eines Ziels der proletarischen Frauenbewegung schon Emanzipation und Unabhängigkeit erreicht? Und was ist eigentlich Ostfeminismus?

GLEICHSTELLUNG IN DER DDR

Die relative ökonomische Unabhängigkeit der Frauen in der DDR brachte zwar eine Änderung des patriarchalen Systems, aber nicht dessen Ende. Die Abhängigkeit vom einzelnen Mann wurde geringer, aber letztlich durch den Staat ersetzt. Dieser war auch weiterhin männlich und bestimmte, wie Frauen leben sollten. Erwerbsarbeit spielte eine größere Rolle. Selbstverständlich unterlagen auch Männer diesen Zwängen, eine Veränderung des Männerbilds, etwa durch einen Hausarbeitstag für Väter, ging mit der Gleichstellungsidee in der DDR jedoch nicht einher. Die sozialistische Frau hingegen sollte laut Walter Ulbricht (1968) Arbeiterin, Mutter und Kämpferin für den Sozialismus sein, sprich auch politisch und gesellschaftlich engagiert. Letzteres aber eher nur in »unwichtigen« Positionen. Das heißt, Frauen organisierten vor allem frauen- und familienspezifische Veranstaltungen oder waren Schriftführerinnen. In hohen politischen Ämtern blieben sie die Ausnahme. Im Zentralkomitee saß entweder eine oder gar keine Frau, im Politbüro gab es bis zum Schluss keine einzige.

Ökonomische Zwänge und der Mangel an Arbeitskräften zu Beginn der DDR führten dazu, dass Frauen in der Arbeitswelt benötigt wurden. Gab es in den ersten Dekaden ehrliche

CLAUDIA SPRENGEL ist in Premnitz aufgewachsen. Sie hat Geschichte studiert und arbeitet als Referentin der Landesgleichstellungsbeauftragten in Brandenburg. Sie ist Mutter einer einjährigen Tochter und seit vielen Jahren in der LINKEN sowie in zahlreichen frauenpolitischen Organisationen und Initiativen aktiv.

Bemühungen einer realen Gleichstellung, fiel diese, ähnlich wie in der BRD, schon bald kleinbürgerlichen und traditionellen Geschlechter- und Familienvorstellungen zum Opfer – besonders, nachdem der kriegsbedingte Mangel männlicher Arbeitskräfte nicht mehr akut war (vgl. Pappai 2008).

Die Sehnsucht nach einer vermeintlich heilen Welt im Kontrast zu den Kriegserfahrungen gab es auch im Sozialismus, was eine Retraditionalisierung der Familie »als kleinste Keimzelle des Sozialismus« nach sich zog, ohne die arbeitsrechtlichen Errungenschaften infrage zu stellen. Dies führte zwangsläufig zu einer Überbelastung von Frauen und besonders von Müttern.

1965 betonte das Familiengesetzbuch der DDR die Unabhängigkeit der Frauen vom Ehepartner in ihrer Berufsausübung. Und im Arbeitsgesetzbuch (AGB) hieß es, dass »überall solche Bedingungen geschaffen werden [sollen], die es den Frauen ermöglichen, ihrer gleichberechtigten Stellung in der Arbeit und in der beruflichen Entwicklung immer besser gerecht zu werden und ihre berufliche Tätigkeit noch erfolgreicher mit ihren Aufgaben als Mutter und in der Familie zu vereinbaren«. Das AGB enthielt auch Bestimmungen zu Schwangerschaft und Mutterschaft, die sich allerdings im Laufe der 40-jährigen DDR-Geschichte erheblich veränderten.

Bei all diesen Regelungen spielten die Väter und ihre Beteiligung an der Sorgearbeit keine Rolle. Die Reproduktion wurde also auch rechtlich an Frauen delegiert, kulturell war sie es ohnehin. Viele Kinderbetreuungsangebote waren betrieblich organisiert, meist aber der Arbeitsstelle der Mutter angegliedert. Über die Generationen hinweg entstand so zwar eine breite Akzeptanz für die Erwerbsarbeit von Frauen, die jedoch ihre Hauptverantwortung für Haushalt und Familie nicht infrage stellte.

GIBT ES SO ETWAS WIE OSTFEMINISMUS?

Ostfeminismus hat viel mit den emanzipatorischen Errungenschaften in der DDR zu tun. Die tatsächliche ökonomische Unabhängigkeit erleichterte es Frauen, sich aus toxischen Beziehungen zu befreien. Aber auch das Recht auf Abtreibung und eine höhere Präsenz von Frauen in industriellen und naturwissenschaftlichen Bereichen waren wichtige Emanzipationsleistungen. Sie beschränkten sich jedoch fast ausschließlich auf den Bereich der Arbeit, zu dem auch die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zählt. Diese Form der Gleichstellung hatte also auch eine Funktion hinsichtlich der Erhaltung und Reproduktion der Arbeitskraft. Die Rolle des Mannes und vor allem seine Aufgaben blieben außen vor. Weder musste er seine Einstellung ändern noch Pflichten wie etwa Erziehungszeiten übernehmen. Gleichstellung wurde so für viele Frauen zu einer alltäglichen Bürde, Freiheit und Gleichheit bedeutete sie eher nicht.

Wenn wir von Ostfeminismus sprechen, meinen wir also das Narrativ, dass in der DDR sozialisierte Frauen emanzipiert waren und sind. Das kann und sollte man niemandem absprechen. Dennoch lässt dieses Narrativ oft kein »Ja, aber« zu. Es impliziert ein Emanzipationsversprechen, das unvollständig ist. Erzählt wird nur ein Teil der Geschichte, und zwar der erfolgreiche – auch das ist verständlich. In der DDR-Zeit war es systemisch nicht gewollt, Schwierigkeiten zu benennen, und im Rückblick wollen viele die eigene Leistung

nicht schmälern. Die meisten haben es ja »geschafft«, das alles zu meistern, trotz Mehrfachbelastung. Zudem wird die Abwertung, die viele Frauen durch Arbeitslosigkeit nach der Wende erfahren haben, als persönlicher Einschnitt wahrgenommen, der die vorherigen Belastungen überschattet und in ein deutlich positiveres Licht rückt.

Wenn ich von Ostfeminismus spreche, meine ich die damalige Hauptströmung. Auch in der DDR gab es selbstverständlich unterschiedliche Feminismen und besonders in den 1980er-Jahren begannen sich Frauen*gruppen zu bilden, die eine breite Palette an Forderungen stellten. Ostfeminismus ist gleichzeitig eine Abgrenzung gegenüber dem Westen. Bis heute sind sich manche Ost- und Westfeministinnen fremd, selbst wenn sie in derselben Organisation für die gleichen Ziele kämpfen. Ein gutes Beispiel ist die Sprache: Gendern wird von vielen feministischen Frauen, die in der DDR sozialisiert wurden, als elitär empfunden. Auch das ist verständlich, waren doch 70 Prozent der Arbeitslosen in den ostdeutschen Bundesländern nach der Wende Frauen. Für sie waren und sind bis heute andere Themen vorrangig. Mit der Arbeit brach eine Identität weg. Das ging zwar Männern ebenso, aber sie wurden nicht in eine tradierte Rolle zurückgedrängt. Frauen galten plötzlich als in der Erwerbsarbeit entbehrlich, da sie ja auch zu Hause eine Aufgabe zu erfüllen hatten. So sahen das zumindest viele Personalstellen, als ostdeutsche Betriebe neu strukturiert wurden. Das zog vielen den Boden unter den Füßen weg.

Die Spannung zwischen Ost- und Westfeministinnen beschreibt Simone Schmollack (2018) in einem Artikel in der *ZEIT*: »Die einstige Sprach- und Hilflosigkeit scheint nach wie vor präsent zu sein. Die existenziellen Kränkungen, die Ostdeutsche nach der Wende empfunden haben, sind wirkmächtig und nachhaltig.« Frauen, die die DDR und die Wende erlebt haben, mussten sich oft neu erfinden. Viele gingen in die »alten Bundesländer«, andere schulten um, ihre Anpassungsfähigkeit war hoch, denn auch hier mussten sie funktionieren. Obwohl sie durch den häufigeren Arbeitsverlust als Wendeverliererinnen gelten können, haben Frauen sich mittlerweile zurückgekämpft. Die Arbeitslosenzahlen haben sich seit den 1990er-Jahren immer weiter angeglichen. Das Narrativ, es »geschafft« zu haben, hat daher umso stärkere Plausibilität. Diese Frauengeneration verdient Bewunderung. Aber es bleibt die Frage nach dem Preis, den sie zahlen mussten, um all das zu »schaffen«. Und es bleibt die Frage, ob diese Lebenserfahrung der Maßstab sein sollte, an dem wir Gleichstellung und Emanzipation heute messen.

AUCH EMANZIPIERTER LEISTUNGSDRUCK BLEIBT LEISTUNGSDRUCK

Es »zu schaffen« trotz Mehrfachbelastung und Rückschlägen wirkt bei manchen ostsozialisierten Frauen wie ein Schild, das sie vor sich hertragen. Darüber zu sprechen, welche Hürden und Verletzungen es gab, was sie gerne anders gehabt hätten, bleibt leider oft aus. Ich würde mir genau diesen Dialog zwischen den Generationen aber wünschen. Ein gemeinsames Reflektieren dieser Fragen könnte wichtige Elemente eines heutigen Feminismus zutage fördern, der diese Ost-Erfahrung einschließt, statt »von außen« oder gar »aus dem Westen« kommend wahrge-

nommen zu werden. Stattdessen erlebe ich oft, dass der Maßstab der eigenen Leistung an die neue Generation von Frauen und Müttern angelegt wird, auch in linken Kontexten. Dass gerade linke Menschen einen eher neoliberal anmutenden Leistungsdruck verinnerlicht haben, ist dabei ein offener Widerspruch.

Als politisch aktive Mutter erlebe ich den Spagat zwischen Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung, politischen Ehrenämtern und Freizeit oft als unlösbare Aufgabe. Eigentlich fühle ich mich in jedem Bereich defizitär. Viele junge Feministinnen haben aber den Anspruch, sich nicht komplett in diesen Aufgaben aufzulösen, sondern Raum für die eigenen Bedürfnisse zu lassen. Reproduktionsarbeit ist auch, die eigenen Ressourcen zu schützen. Aus einem leeren Brunnen kann man nicht schöpfen, heißt es so schön.

Außerdem sind die Probleme der Mehrfachbelastung in der DDR und heute nicht so einfach miteinander zu vergleichen. Die Wende und die neoliberale Politik, die seitdem auch in den ostdeutschen Bundesländern ausgerollt wurde, haben zu erheblichen Verschärfungen beigetragen: Viele von uns pendeln, haben entgrenzte Arbeitszeiten, die Wege werden länger, Kitas sind weiter weg und ohnehin sind Plätze dort nicht mehr so leicht zu bekommen. Die Frauen und ihre Ressourcen werden also einmal mehr in Anspruch genommen. Folglich schränken viele ihre Arbeitszeiten und damit Einkommen ein, um das alles zu schaffen. Wir fordern eine faire Verteilung von Sorgearbeit, aber auch dieses ständige Aushandeln ist Arbeit. Daraus ergeben sich zentrale politische Forderungen: Erwerbsarbeit unter 38 Stunden darf nicht zu Renteneinbußen führen, es soll gefördert werden, dass Männer Elternzeit nehmen, und es muss mehr Möglichkeiten geben, Arbeit mit dem Alltag als Eltern zusammenzubringen. Insgesamt gilt es, Sorgearbeit nicht länger zur Privatangelegenheit derer zu erklären, die sie leisten müssen.

Viele junge Frauen und linke Feministinnen sind nicht mehr bereit, sich aufzuopfern und ausbeuten zu lassen. Zudem hat die Erwerbsarbeit für junge Menschen an Bedeutung verloren, so auch in den feministischen Kämpfen. Die Idee, dass alle weniger arbeiten könnten und so mehr Zeit für andere Dinge wie Familie, Freunde und Selbstverwirklichung vorhanden ist, ist in der Generation unter 40 deutlich häufiger vertreten als in den Alterskohorten darüber.

SOLIDARITÄT STATT SHITTALK

Selbst in linken Kontexten wird die Mehrfachbelastung von Müttern oder jungen Eltern aber heruntergespielt: Es sei eine Entscheidung, die man treffe, und alle Frauen und Eltern vorheriger Generationen hätten ja die gleichen Hürden gemeistert. Beides ist falsch und fatal, besonders aus linker Perspektive. Das erste Argument schiebt die Verantwortung erneut in den privaten Bereich und besonders Frauen zu. Das zweite Argument macht die eigene Erduldensfähigkeit zum Maßstab für Emanzipation. Im Zuge der feministischen Streiks ist der Slogan »Wir wollen alles verändern!« entstanden. Warum den Anspruch an ein erfülltes Leben nicht daran ausrichten?

Gerade als Linke sollten wir außerdem an einem solidarischen Umgang miteinander interessiert sein, stattdessen ist auch hier der Leistungsgedanke leitend. Denn es sind

mitnichten die gleichen Bedingungen, unter denen Frauen und Mütter heute klarkommen müssen. Wir leben im Kapitalismus. Sowohl die soziale als auch die technische Infrastruktur für Eltern ist eine andere. Als Mutter lebe ich teils Hunderte Kilometer von den Großeltern und kilometerweit von dem einzigen Kitaplatz entfernt, habe ein befristetes Arbeitsverhältnis mit entgrenzten Arbeitszeiten und der Hoffnung, wenn man sich unabdingbar macht, weiterbeschäftigt zu werden. Mein Wunsch wäre, dass diese Herausforderungen gesehen werden, statt sie zu individualisieren. Mütter im Besonderen fühlen sich eh schon ständig ungenügend, das braucht man nicht noch von außen vermittelt zu bekommen.

DIALOG, VERSTÄNDNIS, GEMEINSAM KÄMPFEN

Ich würde mir wünschen, dass wir ehrlich darüber reden, wie es damals »im Osten« war, warum dieses Verständnis für die heutigen Probleme von berufstätigen Müttern und jungen Aktivistinnen schwierig ist und wie mit 30 Jahren Abstand zu dem Bruch, den die Wende für die meisten bedeutet hat, auch die eigenen Wünsche nach Emanzipation und Freiheit vielleicht anders zu formulieren wären. Ich wünsche mir diesen Dialog gesamtgesellschaftlich und in der Linken. Ich wünsche mir, dass wir es schaffen, die Unterschiede anzuerkennen und die Gemeinsamkeiten zu finden – und solidarisch für eine andere Teilung der Arbeit, für ein besseres, selbstbestimmteres Leben für alle zu kämpfen.

Statt jungen Frauen vorzuwerfen, sie würden »jammern«, oder ihre Kritik gar als »West-Feminismus« abzuwerten, wie Autorinnen wie Mirna Funke es tun, würde ich mir wünschen, dass wir uns gegenseitig zuhören. Nur wenn wir einander verstehen und uns respektieren, können wir gemeinsam einen linken Feminismus leben, der ein Ostfeminismus 2.0 ist, der die Erfahrungen der älteren Generation aufnimmt und ihn angesichts veränderter Realitäten weiterentwickelt. Ich wünsche mir dafür Solidarität unter Frauen und unter den verschiedenen Generationen von Feministinnen.

Für politische Strukturen, in denen das möglich wird, heißt das ganz praktisch, die Frage zu stellen »Was brauchst du, um hier sein zu können?« Wenn wir Menschen mit Sorgeverantwortung in linken Kontexten halten wollen, müssen wir diese Frage stellen. Aus der Frage werden sich Konsequenzen ergeben, die uns etwas kosten, aber das Problem ist nicht neu und Ideen gibt es viele: Sitzungszeiten ändern, hybride Sitzungen, verstetigte Kinderbetreuung (ohne vorherige Anmeldung!), Rotationsmodelle, Tandems und nachhaltige Strukturen im Umgang mit Sexismus und sexualisierter Gewalt. Wir (Ost-)Frauen haben schon so viele Transformationsprozesse gemeistert, wir schaffen es auch, die Linke zu einer solidarischen, feministischen Bewegung und Partei zu machen. Wir müssen nur miteinander statt gegeneinander kämpfen.

LITERATUR

Pappai, Anna-Sophia, 2008: »Trümmerfrauen« und »Trümmermänner«. Symbolische und reale Wiederaufbauarbeit in Dresden und Warschau nach 1945, in: Kraft, Claudia (Hg.) Geschlechterbeziehungen in Ostmitteleuropa nach dem zweiten Weltkrieg, München

Radtke, Heidrun, 1991: Erwerbsarbeit von Frauen im Gebiet der ehemaligen DDR, in: Sachs, Anne/Lindecke, Christiane (Hg.), Frauen zwischen Ost und West (Teil 1), Kassel

Schmollack, Simone, 2018: Sind Ostfrauen emanzipiert?, in: Zeit Online, 26.9.2018

Ulbricht, Walter, 1968: Frauen – Mitarbeiterinnen des Sozialismus. Aus Reden und Aufsätzen, Leipzig

GESPRÄCH
MIT TRONG DO DUC & DANILO STAROSTA

»Wir brauchen dringend Strukturen, die von Rassismus betroffene Menschen ermächtigen, für sich selber zu sprechen.«
Trong Do Duc

»Das Modell der Vertragsarbeit, dem die Migration im realen Sozialismus ab den 1970er-Jahren folgte, war zutiefst rassistisch und kolonial geprägt.«
Danilo Starosta

(P)OST-MIGRANTISCHE ALLIANZEN
WARUM ANTIRASSISMUS AUCH BEZIEHUNGSARBEIT IST

Trong, du bist schon lange in antirassistischen Zusammenhängen in Sachsen aktiv. Wie hat sich diese Arbeit über die Zeit verändert?

TRONG: In den letzten Jahren gab es eine antirassistische Konjunktur, die eng mit den Konjunkturen der tödlichen Gewalt und Unterdrückung verknüpft war. Denken wir an die Ermordung von George Floyd, an die Anschläge von Halle und Hanau oder an die Hetze nach dem Sommer der Migration. In dieser Zeit sind aber auch wichtige antirassistische Allianzen entstanden – etwa die Besetzung des Oranienplatzes in Berlin, das No-Border-Movement, das Netzwerk We'll Come United oder auch das NSU-Tribunal, das zum ersten Mal eine Art postmigrantischer Erinnerungskultur sichtbar gemacht hat. Auch auf einer institutionellen Ebene hat sich einiges bewegt. Ferda Ataman ist 2022 zur unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung berufen worden, das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) wurde in Berlin gegründet und vieles mehr. Gleichzeitig sehe ich große Unterschiede zwischen Ost und West und zwischen städtischem und ländlichem Raum.

Inwiefern?

TRONG: In den Städten gibt es eine Normalisierungstendenz. Es wird anerkannt, dass wir in einer Migrationsgesellschaft leben und dass es Rassismus gibt. Aber das reicht nicht, um volle Teilhabe zu erkämpfen und Macht umzuverteilen. Aktivismus und Bewegungspolitik bleiben auf diese städtischen Räume beschränkt. Rassistische Anschläge im ländlichen Raum hingegen, gerade im Osten, werden oft einfach hingenommen, es fehlt an Empörung und Widerstand. Ich beobachte hier eine große Abstumpfung.

Was wäre nötig, um das zu ändern?

TRONG: Es bräuchte handlungsfähigere politische Akteure und ein stärkeres gesellschaftliches Bewusstsein. Um da hinzukommen, ist zuallererst eine ermächtigende Community-Arbeit wichtig, die diejenigen ins Zentrum stellt, die im Alltag von Rassismus betroffen sind. Ein Beispiel dafür ist die Swarming Tour 2019 von We'll Come United im Vorfeld der #unteilbar-Demo in Dresden. Aktive fuhren damals in Orte, wo Geflüchtete untergebracht wurden, informierten und luden zu ihren Aktivitäten ein. Das Konzept zielt auf Vernetzung, Austausch, Ermutigung und Ermächtigung. So sind Regionalgruppen entstanden, die sich gegenseitig stärken, eine Gegenkultur leben und in die alltäglichen Kämpfe gegen Rassismus und Abschiebung, für Bleiberechte und Bewegungsfreiheit eingebunden sind.

Wie gelingt es unter so schwierigen Bedingungen, vor Ort antirassistische Politik zu machen?

TRONG: Ich denke, dass selbstorganisierte Migrant*innenbeiräte eine wichtige Rolle spielen können, wenn es darum geht, eine andere Migrationspolitik von der kommunalen Ebene her zu entwickeln. Bisher haben sie in Sachsen noch zu wenig Einfluss auf die Kommunalpolitik. Es wäre aber lohnenswert, diese Strukturen zu stärken und sie schrittweise mit Rechten und Ressourcen auszustatten, um auf der lokalen Ebene Teil politischer Aushandlungsprozesse zu sein. Im Bereich Flucht gibt es viele Unterstützungsgruppen oder Institutionen, die letztlich einen paternalistischen Ansatz verfolgen. Wir brauchen aber dringend Strukturen, die die Menschen ermächtigen, für sich selber zu sprechen. Der Migrant*innenbeirat hier in Leipzig hat beispielsweise gerade ein eigenes House of

TRONG DO DUC wurde 1995 als Sohn vietnamesischer Vertragsarbeiter*innen in Riesa in Sachsen geboren. Als *Ossi of Color* ist er in der politischen Bildung tätig, ist Mitinitiator des Postmigrantischen Radios und in antirassistischen Bündnissen aktiv. Seit Februar 2023 sind er und Vũ Vân Pham Teil des historischen Rechercheprojekts »Ver/sammeln Antirassistischer Kämpfe«.

DANILO STAROSTA wuchs in den 1980er-Jahren als »Ausländerkind« mit dem Rassismus in der DDR auf. Er ist Diplompädagoge, Berater im Kulturbüro Sachsen e. V. und seit vielen Jahren in antifaschistischen und antirassistischen Strukturen aktiv, darunter im bundesweiten Netzwerk »Kein Schlussstrich« zur Aufklärung des NSU-Komplexes.

NAM DUY NGUYEN wurde 1996 als Sohn vietnamesischer Eltern in Dresden geboren. Er studiert Soziologie an der Universität Jena mit dem Schwerpunkt Arbeit und Migration, ist Mitglied der Partei DIE LINKE und im Studierendenverband SDS in Leipzig aktiv.

Resources erstritten, einen zentralen Ort der Begegnung und des Lernens. Das ist noch kein Durchbruch, aber ein Anfang.

Glaubst du, dass solche Institutionen reale Partizipation ermöglichen?

TRONG: Ich verstehe antirassistische Politiken auch als Beziehungsarbeit und als Antwort auf Alltagsprobleme: Wohnen, Gesundheit, Bildung, Schutz vor Gewalt. Wenn wir die Selbstermächtigung derjenigen unterstützen wollen, die Rassismus erfahren, so müssen auch Räume geschaffen werden, in denen diese Themen von Migrant*innen diskutiert und bearbeitet werden können. Migrationsbeiräte haben oft direktere Bezüge und mehr Wissen zu migrantischen Communitys als deutsche linke Gruppen und können deshalb ein wichtiger Ansatzpunkt sein. Um etwas bewirken zu können, müssen diese Orte aber natürlich angemessen ausgestattet werden. Dafür braucht es auch Druck von der Straße und in den Parlamenten. Das wäre ein wichtiges Handlungsfeld für linke antirassistische Gruppen, auch für linke Parteien.

Wenn es um Rassismus in Ostdeutschland geht, stehen meist die Jahre nach der Wende im Fokus. Danilo, du bist in der DDR aufgewachsen. Wie war deine Erfahrung vor dem Mauerfall?

DANILO: In der DDR wurde ich überall sehr schnell als »anders« erkannt und abgesondert, mal aus Naivität, mal aus Bösartigkeit. Ich hatte kaum Freundschaften jenseits der weißen Mehrheitsgesellschaft. Es gab weder Worte für Rassismuserfahrungen noch eigene Communitys, wo man hätte unterschlüpfen können. Wir waren uns selbst überlassen, die eigene Situation zu erkennen. Klar gab es auch solidarische Menschen, doch das Modell der Vertragsarbeit, dem die Migration im realen Sozialismus ab den 1970er-Jahren folgte, war zutiefst rassistisch und kolonial geprägt. Das wurde nicht reflektiert und ließ sich darum auch nicht überwinden.

Wie hat sich das mit der Wende verändert?

DANILO: Mit der vermeintlich friedlichen Revolution ging für Menschen wie mich ein Alltagsrassismus einher, den man sich heute kaum mehr vorstellen kann. Es waren Jahre der offenen Gewalt, in denen es buchstäblich ums Überleben ging. Aber es geschah auch etwas sehr Interessantes: Aus den Vertragsarbeiter*innen, die sich bis dahin nur im Betrieb organisiert hatten, wurde eine tatsächliche Community. Es entstand ein neuer Kommunikations- und Resonanzraum, die Leute gewannen an Selbstbewusstsein.

Wie kam das?

DANILO: In den 1990ern mussten und wollten die Menschen aus den zentralen Wohnstätten ausziehen. Viele konnten ihre Familien nachholen oder durften endlich Kinder haben. Sie konnten sich wirtschaftlich stabilisieren, auch wenn es furchtbar prekär war. Durch die Abwanderung in den Westen wurden massenhaft Wohnungen frei und viele zogen in dieselben Quartiere. Diese selbstgewählte Segregation bot Vorteile: Es gab nachbarschaftliche Hilfe und man konnte sich gemeinsam besser gegen Anschläge schützen.

Mein Vater hat mir erzählt, dass sie sich damals in Dresden immer nur in Gruppen von

mindestens sechs Menschen durch die Stadt bewegt haben – als Selbstschutz.

DANILO: Ja, bei mir waren es Gruppen von Jugendlichen, die durch die räumliche Nähe schnell zusammenfanden. Nicht nur als PoC, sondern als Metalheads oder Punks oder was wir sonst noch waren. Wir wollten die Welt verändern und waren ständig bedroht. Mit Schwarzen Freund*innen habe ich damals Zettel an alle verteilt, die wir als PoC gelesen haben: »Geht nie mit weniger als fünf Leuten auf die Straße« stand darauf. Wir nannten uns zwar nicht Antifa, haben uns aber als Verteidigungsgruppe begriffen. Tatsächlich konnten wir uns so einen gewissen Respekt verschaffen. Diesen Kampf um Respekt kannten wir von unseren Eltern. Sie mussten allerdings versuchen, durch Leistung, über erfolgreiche Geschäfte oder durch Nachbarschaftsarbeiten Anerkennung zu erlangen.

Gab es auch eine politische Organisierung, die über praktische Hilfe hinausging?

DANILO: Das nahm in den Nullerjahren zu, erst in den einzelnen Communitys, dann auch communityübergreifend. Den Leuten wurde bewusst, dass sie Rechte haben, und viele Verbände der migrantischen Selbstorganisation forderten Beteiligung ein. Die breite Politisierung erfolgte dann 2010 und 2015 mit dem Widerstand gegen die neuen rechten Bewegungen. Da ging es nicht mehr nur um Selbstverteidigung, sondern um die Demokratiefrage, um die postmigrantische Aushandlung von gesellschaftlicher Teilhabe. Als Migrant*innen der zweiten oder dritten Generation haben wir nicht nur formal die gleichen Rechte, wir wollen sie auch ausüben. Und das erfordert die Umverteilung von Macht. Dafür braucht man starke Strukturen, die über prekäre Einzelprojekte hinausgehen, und ein gewisses Maß an Professionalisierung, da gebe ich Trong recht.

Wie bewegt sich das Kulturbüro Sachsen, für das du tätig bist, in diesem Feld?

DANILO: Das Kulturbüro war eines der Strukturprojekte, die als Teil der rot-grünen Agenda nach den furchtbaren Ereignissen in Mölln und Solingen auf den Weg gebracht wurden. Als professionelles Gegengewicht zu den sich (re-)organisierenden rechten Bewegungen. Wir haben Initiativen gestärkt, die Hilfe und Beratungsangebote für Asylbewerber*innen und Menschen mit Migrationshintergund bieten. Dort passiert ganz viel Beziehungsarbeit. Auch bei der Gründung des Dachverbands der sächsischen migrantischen Selbstorganisationen oder dem Bündnis gegen Rassismus war das Kulturbüro mit dabei.

Ihr habt beide den Begriff Beziehungsarbeit benutzt. Was meint ihr damit in diesem politischen Kontext?

DANILO: Wir folgen der feministischen Einsicht, dass eine nachhaltige Veränderung nur in belastbaren sozialen Netzwerken entstehen kann. Ohne affektive und emotionale Bindung, ohne Empathie kann ich Menschen nicht erreichen und stärken. Das habe ich in der Arbeit mit Jugendlichen gelernt. Wir haben irgendwann aufgehört, nur »Feindbeobachtung« zu machen, und angefangen, mit den Jugendlichen zu arbeiten, die keine Nazis sind. Die können durch pädagogische Beziehungsarbeit neue Erfahrungen machen, neues Wissen sammeln und handlungsfähig werden. Das erlebe ich seit 2011 in verschiedensten

Projekten, vom Filmemachen mit kurdisch-alevitischen Jugendlichen über Kindertheater bis zum Aufbau von Forschungsnetzwerken.

Trong, wie ist das für dich? Und welche Allianzen hältst du für wichtig?

TRONG: Für mich war die #unteilbar-Bewegung eine wichtige Erfahrung. In so einem breiten Bündnis kann man aber nur begrenzt nachhaltige Beziehungen aufbauen. Darum liegt mein Schwerpunkt jetzt auf der Ebene der Community und communityübergreifender Arbeit. Beziehungsarbeit braucht gemeinsame Zeit und Raum und damit Ressourcen. Ich halte außerdem die migrantischen Landesverbände und den Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland für wichtige Akteure. Auf kommunaler Ebene entstehen immer wieder Initiativen, die neue Verbindungen schaffen, etwa Haymat Ost – Konferenz für Migration und migrantische Kämpfe des Ostens 2022 in Leipzig oder die Initiative Postmigrantisches Radio. Solche Plattformen und Resonanzräume brauchen wir kontinuierlich. Doch außerhalb dieser Räume bin ich in Sachsen mit einer Dominanz organisierter rechter Strukturen und einer weißen Ignoranz konfrontiert, die mir schnell die Luft zum Atmen nehmen. Ich hoffe, dass wir aus den Erfahrungen und Fehlern der Vergangenheit lernen und starke Allianzen aufbauen können.

Was sind Themen oder Konflikte, die Ausgangspunkt für solche breiteren politischen Allianzen sein könnten, hier in Ostdeutschland und darüber hinaus?

TRONG: Zum Beispiel die Themen Wahlrecht und Bleiberecht für Menschen ohne deutsche Staatbürgerschaft. Die Initiative »Nicht ohne uns 14 Prozent«, die dafür eintritt, dass Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft wählen dürfen, bringt das schon auf die Straßen. Es sind aber noch zu wenige dabei, die selbst betroffen sind. Diese Kampagnen könnte man mit Kämpfen auf der juristischen Ebene verknüpfen, um politischen Druck aufzubauen. Ein anderes Thema ist Sicherheit und Versicherheitlichung, das reicht von den Apparaten an den EU-Außengrenzen bis zur Aufrüstung der Polizei. Außerdem müssten wir diskutieren, welche Infrastruktur eine Migrationsgesellschaft braucht, um umfassende Gerechtigkeit und Sicherheit zu garantieren. Dann geht es um viel mehr Themen, von der Gesundheitsversorgung bis zum Wohnungsmarkt.

DANILO: Mir fallen zwei Themen ein, die langweilig klingen, aber Sprengkraft haben. Das eine ist die Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen unter den Bedingungen des Fachkräftemangels. Hier kann man neue Bündnispartner*innen gewinnen, weil auch die Unternehmen auf der Seite der Betroffenen stehen. Das Zweite ist das Recht auf Unterricht in der Erstsprache. Das ist eigentlich gesetzlich fixiert, passiert aber in der Praxis nicht. Untersuchungen belegen, dass dadurch Bildungserfolge von Migrant*innen und ihren Kindern massiv eingeschränkt sind. Das wären praxisnahe Fragen, bei denen man etwas erreichen könnte und wo es vom Dachverband Sächsischer Migration bis zu Akteur*innen im Bundestag und im Europäischen Parlament starke Verbündete gibt.

Das Gespräch führte Nam Duy Nguyen.



#unteilbar Dresden, August 2019

GESPRÄCH
MIT KATJA BARTHOLD, STEFAN BORNOST & BORIS BOJILOV

GEHT ARBEITSKAMPF IM OSTEN ANDERS?

»Viele kennen das Konzept Gewerkschaft nicht, finden es aber megaplausibel.«

Stefan Bornost



Ihr wart als Gewerkschaftssekretär*innen alle sowohl im Osten wie auch im Westen tätig oder auch in der Grauzone dazwischen. Sind Unterschiede zwischen Ost und West in eurer Arbeit noch ein Thema?

KATJA: In Bezug auf die Kampferfahrung auf jeden Fall. Ich habe hier ein regionales Busunternehmen, das 1996 das letzte Mal bestreikt wurde. In der ersten Mitgliederversammlung saßen nach langer Vorarbeit 50 Leute. Und die sagten mir: »Haben wir denn überhaupt eine Chance? Das wird doch nichts.« So etwas hätte in einem Betrieb in Mannheim niemand gesagt. Wir hatten schließlich von 400 Leuten schon 200 organisiert, Tendenz steigend. Warum hätte es nicht klappen sollen? Diese Haltung fand ich schon sehr ostdeutsch.

STEFAN: Auch ich erlebe Unterschiede. Die Traditionslosigkeit ist größer, im Guten wie im Schlechten. In der DDR gab es den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB). Der war keine Kampfgewerkschaft, sondern diente der Produktivitätssteigerung. Nach der Wende, in den 1990ern, bekamen die Beschäftigten dann nur auf die Fresse. In der Abfallwirtschaft

wurde alles privatisiert, die Leute konnten sich nicht wehren. Anfang der 2000er hat dann die Gewerkschaft gesagt: »Hier in Brandenburg ist sowieso verbrannte Erde, da ballern wir unsere Ressourcen lieber auf die Berliner Großbetriebe.« Die Region wurde abgehängt. Erst jetzt dreht sich das wieder etwas.

Boris, du versuchst, Beschäftigte an den Amazon-Standorten in und um Berlin zu organisieren. Spielt das Ost-West-Thema dabei eine Rolle?

BORIS: Bei Amazon spielen aktuell ganz andere Dinge eine Rolle. Der Anteil an Migrant*innen ist sehr hoch, weil du ohne Deutsch- und sogar ohne Englischkenntnisse anfangen kannst. Die Organisierung wird dadurch extrem schwierig. In einem Verteilzentrum hast du um die 800 Beschäftigte, davon 500 Fahrer, alle bei Subunternehmen mit unter 20 Beschäftigten. Diese kleinteilige Struktur macht es extrem schwer, Betriebsräte zu wählen. Bei den Amazon-Angestellten selbst hast du eine Befristungsquote von 70 Prozent. Wenn ich da mal einen Festangestellten treffe, ist das das große Los.

Früher hieß es oft: Die Gewerkschaft kriegt im Osten keinen Fuß auf den Boden, weil die Leute so schlechte Erfahrungen mit der Staatsgewerkschaft gemacht haben. Vielleicht war das auch nur eine Schutzbehauptung der Westgewerkschaften, die alles übernommen haben, aber der Privatisierungswelle dann nichts entgegensetzen konnten. Dennoch: Spielt diese andere Tradition des FDGB eine Rolle?

KATJA: »Ich trete nirgendwo mehr ein«, diese Haltung begegnet mir schon häufig. Das ist so eine allgemeine Reaktion auf gewisse Zwänge, die es zu DDR-Zeiten gab. Bei der jüngeren Generation ist aber Traditionslosigkeit der vorherrschende Eindruck. Die Gewerkschaft als die eigene Organisation zu begreifen und nicht als etwas, das von außen kommt, um etwas für dich zu tun – das braucht viel Bildungsarbeit. In Mannheim war das anders, da kamen viele Leute aus Gewerkschaftsfamilien und kannten das von zu Hause, da lief das von selbst. Das ist im Osten nicht so. Aber das heißt nicht, dass die Leute hier nicht organisierbar sind.

STEFAN: Die Leute, die das neue Rückgrat der gewerkschaftlichen Basisorganisationen in Brandenburg bilden, sind überwiegend zwischen 25 und 40 Jahre alt. Da spielt das Thema DDR und FDGB keine Rolle. Die treibt etwas anderes um, die sagen:

KATJA BARTHOLD ist in Chemnitz geboren und hat in Jena studiert. Sie ist Gewerkschaftssekretärin, früher bei der IG Metall in Baden-Württemberg und heute bei ver.di in Mittelthüringen. Ihr Fachbereich umfasst den öffentlichen Dienst und die verwandten Bereiche wie Verkehrsbetriebe, Kitas, Stadtverwaltung und Soziale Arbeit.

STEFAN BORNOST ist als Gewerkschaftssekretär zuständig für die Fachgruppe Abfallwirtschaft im ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg. Seit Februar 2020 ist er bei ver.di, vorher war er »Hauptamtlicher bei diversen sozialistischen Kleingruppen«.

BORIS BOJILOV ist seit April 2022 ver.di-Projeksekretär für Amazon in Berlin-Brandenburg. Vorher arbeitete er für das Unternehmen *Organizi.ng* im Auftrag der Gewerkschaft, etwa in der Krankenhausbewegung und im Arbeitskampf bei Ryanair.

»Die Scheißmauer ist längst weg, warum muss ich eine Stunde länger arbeiten als der Kollege in Stuttgart? Wir machen doch die gleiche Arbeit!« In den Strukturen, mit denen sie sich teilweise auseinandersetzen müssen, spielt es aber schon eine Rolle: Viele Betriebsräte sind Anfang 60, die sind zum Teil seit Anfang der 1990er tätig. Mit denen kannst du diskutieren über die frühere Rolle des FDGB. Der war ja ein Bindeglied zwischen der Betriebsleitung und den »Mannschaften«. Ein Modell, das durchaus dem Grundverständnis eines konservativen Betriebsrates entspricht.

Die fehlende gewerkschaftliche Tradition – ist das auch prägend für die Situation bei Amazon?

BORIS: Absolut. Ich habe Leute aus den unterschiedlichsten Kontexten und Ländern. Mit der Geschichte der DDR-Gewerkschaft haben die nichts am Hut. Da geht es eher darum, von Null an eine gewerkschaftliche Identität zu entwickeln.

STEFAN: Das kenne ich auch. Du musst die gewerkschaftliche Prägung erst Schicht um Schicht aufbauen. Und das kann funktionieren: Wir haben 2022 eine neue Riege von Betriebsräten gewählt, Kraftfahrer und Schrauber Anfang 30. Die wühlen sich jetzt akribisch in die Arbeitsgesetze rein, das ist ganz fantastisch. Sie haben kein tradiertes Wissen von Altvorderen, sondern eignen sich das selbst an. Manche kannten nicht mal das Konzept Gewerkschaft. Wenn man aber anfängt, es zu erklären, leuchtet es den Leuten sofort ein: Wenn man sich zusammenschließt, kann man kollektiv den Boss konfrontieren.

Es fehlt also nur ein bisschen Hilfestellung bei der Organisierung?

STEFAN: Manchmal schon. Du musst aber aus den konkreten betrieblichen Bedingungen herleiten, welche Hilfe genau nötig ist. Gewerkschaft heißt nicht, sich aus Gewohnheit alle drei Monate zu treffen, sondern zu fragen, was jetzt in diesem Moment gebraucht wird, und die Struktur daran ausrichten. Das heißt, wir setzen uns als unterschiedliche Betriebsteile regelmäßig zusammen, nicht aus Gewohnheit, sondern um nicht gegeneinander ausgespielt zu werden. Letztlich ist die Gewerkschaft für die Leute ein Vehikel. Sie haben ein Problem und das wollen sie lösen. Die Identifikation mit ver.di ist nicht so riesig. Aber mit der Crew, die im Betrieb unter der ver.di-Flagge läuft und sagt, »Wir packen das jetzt an«, mit der identifizieren sie sich. Dann muss man eben die Verbindung hinkriegen, zu sagen: »Ah, das ist ja genau das, was die Gewerkschaft ver.di insgesamt macht oder zumindest machen sollte.«

Das klingt so, als könnten Gewerkschaften in den ostdeutschen Betrieben viel mehr erreichen, wenn sie nur wollten.

STEFAN: Ja, das ist meine Erfahrung. Bei uns gab es sieben Betriebe, in denen seit Jahren kein Hauptamtlicher von ver.di war. Wir haben dort angefangen, Flugblätter zu verteilen und zu sagen: »Hallo, hier sind wir. Habt ihr Fragen, wollen wir uns zum Kaffee treffen?« Von den sieben Fällen hat das sechsmal sehr gut geklappt. Im siebten Fall war das Scheitern auch eine Ressourcenfrage. Eigentlich hätten wir für jeden Betrieb eine Betreuungsperson gebraucht, um den Prozess nachzuverfolgen, nachzuhaken. Haben wir aber nicht. Also

muss man priorisieren. Also grundsätzlich: Ja, die Organisierung klappt. Hauptsächlich, weil die Arbeitsmarktsituation heute eine völlig andere ist. Die Leute haben weniger Angst als früher. Das heißt aber auch, dass ich als Gewerkschaft mit der hohen Fluktuation zu kämpfen habe. Wenn ich endlich mal einen kampffähigen Kern in einem Betrieb zusammengebracht habe, sind die Leute ein halbes Jahr später schon wieder weg, weil sie woanders eine gute Stelle finden.

Wie ist das mit der Fluktuation bei Amazon? Was bedeutet das für die Organisierung?

BORIS: Das ist das Prinzip Saftpresse. Du hast bei den einfacheren Tätigkeiten zu einem sehr großen Teil Migrant*innen. Werkstudent*innen aus Indien, Pakistan. Die sind oft nur zwei, drei Monate da, werden aber konstant nachrekrutiert. Da passiert Dasselbe wie bei den Lieferservices, Gorillas, Flink und Co., wo die Organisierung auch nicht einfach ist. Aber auch da bewegt sich langsam etwas.

Was kannst du dann überhaupt tun unter solchen schwierigen Bedingungen der Organisierung?

BORIS: Organisieren kannst du diejenigen, die sich was trauen, also die mit einem festen Vertrag. In den Verteilzentren musst du die aber erst mal finden. Oft sind das Leute, die schon etwas höher in der Hierarchie stehen, zum Beispiel als Teamleitung. Sie haben dann aber eben auch bestimmte Vorteile und trauen sich teilweise nicht, in die Vollen zu gehen. Es ist ein wenig wie die Suche nach der Nadel im Heuhaufen: Mit wem kann die Organisierung anfangen? Am Standort Mariendorf begann alles mit einem Kollegen, der zehn Jahre in der Gewerkschaft war, wenn auch nie aktiv. Für den war es selbstverständlich, zu sagen: »Ich bin in der Gewerkschaft, Betriebsrat ist 'ne tolle Sache.« Und dann hat er sich reingekniet. Diese Leute mit einer gewissen Vorerfahrung und einem gewissen Mut, die brauchst du. Um die herum kannst du was aufbauen. Aber das ist mühselig. Du musst mit allen Fraktionierungen und Spaltungen auf einmal umgehen – Ost, West, Migrationshintergrund.

Katja, du warst bei der IG Metall im Osten, dann bei der IG Metall im Westen, jetzt bist du bei ver.di in Thüringen. Hast du das Gefühl, im Osten kommt etwas Neues in Bewegung? Und woran macht sich das fest?

KATJA: Ich habe 2014 bei der IG Metall Ost als Jugendsekretärin angefangen. Damals habe ich die erste Generation von Azubis erlebt, die zu ihren Meistern sagen: »So wie du will ich nicht enden.« Daraus ist nicht automatisch ein kollektives Bewusstsein entstanden. Aber es war die Voraussetzung dafür, die Bedingungen aktiv zu verändern. Ich erinnere mich an eine Szene am Fließband. Da steckten die Azubis ihrem älteren Kollegen einen Aufnahmeantrag für die Gewerkschaft in den Blaumann und sagten ihm: »Komm, jetzt mach mal mit. Jahrelang warst du brav, und was hat es dir gebracht?« Wahrscheinlich waren die Älteren gar nicht brav, sondern eher resigniert, denn auch Verlusterfahrungen machen handlungsunfähig. Diese Verlusterfahrung hatten die Jungen aber nicht mehr. In dieser Zeit hatte ich zum ersten Mal das Gefühl, jetzt kommt eine Erneuerung. Inzwischen sind die damaligen Azubis alle in dem Alter, wo sie selber Betriebsräte und Vertrauensleute sind. Die bringen Schwung in den Laden.

STEFAN: Stimmt. Diese Altersgruppe hat zwar keine gewerkschaftliche Erfahrung im Rucksack, aber auch keine demoralisierende Niederlage. Massenarbeitslosigkeit kennen sie von ihren Eltern, aber sie waren nicht selbst betroffen. Viele von denen kennen das Konzept Gewerkschaft nicht, aber finden es megaplausibel. Ich denke da an einen Betrieb, die Stadtentsorgung Potsdam, das ist der größte Abfallwirtschaftsbetrieb in Brandenburg. Da habe ich vor zwei Jahren einfach rumgefragt, wer Bock hat, ein Streikkomitee zu bilden. Und plötzlich saßen da 15 Leute im Kleingarten eines Kollegen – nur drei davon waren aber tatsächlich Gewerkschaftsmitglieder. Da gab es bei ver.di schon Diskussionen, ob das überhaupt geht. Ich habe dann gesagt: »Ist doch klar, dass die keine Mitglieder sind. Die kaufen doch nicht die Katze im Sack. Zehn Jahre lang war da niemand mehr von uns da. Wir sind jetzt als Gewerkschaft in der Bringschuld.« Heute ist das Streikkomitee von damals der Kern der Vertrauensleute in diesem Betrieb – sie sind jetzt die Gewerkschaft. Das hat nur geklappt, weil es ein gemeinsamer Ritt war, mit Streik, Repression, Prügelei vorm Tor und allem Drum und Dran. Dass wir diesen Weg zusammen gegangen sind, das war entscheidend für diesen Erfolg.
BORIS: Ja, du musst als Gewerkschaft wirklich vor Ort sein, am Fabriktor stehen und mit den Leuten reden, soziale Bindungen aufbauen. Das kostet aber viel Zeit und Ressourcen. Und diese Ressourcen muss man natürlich schlau einsetzen. Dafür braucht es aber auch Analyse: Wo gelingt die Organisierung am besten? Wo kann ein Streik am meisten bewirken? Genau diese Analyse fehlt uns bei Amazon noch etwas. Vielleicht müssen wir mal auf einen Streik verzichten und die Ressourcen stattdessen dafür verwenden, herauszufinden, an welchen Stellen wir den Laden effektiv festnageln können, also wo es ihm wirklich weh tut.

Jeden Tag wird aktuell irgendwo gestreikt in der Bundesrepublik. Aber im öffentlichen Bewusstsein sind Gewerkschaften trotzdem nicht präsenter als vor zehn oder zwanzig Jahren. Wie ist das im Betrieb? Ist es da anders?

BORIS: In der Amazon-Belegschaft bekommen inzwischen alle die Streiks mit, aber eher als Hintergrundrauschen. Den Standort in Brieselang gibt es seit zehn Jahren, dort wurde noch nie gestreikt. Die wissen natürlich, dass es jedes Jahr Arbeitskämpfe gibt. Aber es ist ein Unterschied, ob ich abstrakt davon höre oder es konkret erlebe und die Kolleg*innen kennenlerne. Darum habe ich Krankenpfleger*innen mit Amazon-Beschäftigten zusammengebracht und streikende Post-Beschäftigte eingeladen. Wenn man es schafft, Leute in Kontakt zu bringen und gemeinsame Erfahrungen zu ermöglichen, dann entsteht eine Identifikation und ein Bewusstsein für die Gemeinsamkeiten. Das passiert nicht, wenn ich die Streiks der anderen nur in den Nachrichten sehe.

Es wird zwar immer mehr gestreikt, doch die Streikbewegungen bleiben oft fragmentiert. Warum ist das so?

KATJA: Diese Frage beschäftigt mich auch. Ich glaube, die Leute haben heute einen pragmatischeren Zugang zu Gewerkschaften. Sie sind ein Mittel, etwas zu erreichen.

So wie ich es erlebe, spielt gesellschaftspolitisches Bewusstsein dabei kaum eine Rolle. Darum ist auch schnell eine Grenze erreicht, wenn es über die unmittelbar betrieblichen Themen hinausgeht. Ich bin gerade an der Organisierung der »Nicht-mit-uns-Proteste« beteiligt. Da stellen wir die größeren politischen Fragen, fordern eine Umverteilung von Reichtum. Wenn ich meinen politisierten Leuten in den Betrieben davon erzähle und sie zum Treffen einlade, zucken viele nur mit den Schultern. Da nehme ich eine große Lücke im Bewusstsein wahr.

STEFAN: Ich glaube, das ist eine der größten Herausforderungen. Die Leute kommen zur Gewerkschaft, weil die betrieblichen Themen sie umtreiben. Aber dann muss es eben eine Übersetzung geben in die breitere Politik. Und die ist alles andere als einfach. Bei der Landtagswahl in Brandenburg ist die AfD unter Gewerkschafter*innen mit 22,9 Prozent die zweitstärkste Partei geworden, nach der SPD mit 30,9 Prozent. Wenn man die Daten zu Geschlechterverteilung und Altersstruktur der AfD-Wählerschaft anschaut und mit der Beschäftigtenstruktur in der Abfallwirtschaft in Brandenburg abgleicht, muss man davon ausgehen, dass gut ein Drittel der Belegschaft die AfD gewählt hat. Das prägt dann natürlich auch die Diskussionen auf den Betriebsversammlungen.

Wie gehst du damit um, wenn rechte Äußerungen kommen? Wie hältst du dagegen, wie versucht du zu argumentieren?

STEFAN: Es bringt nichts, in solchen Momenten zu moralisieren und zu sagen: »Was seid ihr denn für Idioten?« oder »Das ist aber ganz schlimm, was ihr da denkt.« Ich sage dann stattdessen: »Leute, wir wollen gemeinsam gegen den Chef vorgehen! Das geht aber nicht, wenn ihr nicht die rumänischen Kolleg*innen und die Beschäftigten der Subunternehmen mitdenkt.« Ich versuche das ganz altmodisch aus dem Klasseninteresse herzuleiten. Ich argumentiere, dass Spaltungen uns nicht weiterbringen, sondern schaden. Manche Kolleg*innen kapieren es dann auch und denken allmählich um.

Noch schlimmer erlebe ich es aber beim Thema Klimabewegung und Klimaprotest. Da geht es richtig zur Sache. Ich habe zu 80 Prozent mit Kraftfahrer*innen zu tun. Die müssen auf dem Weg zur Müllverbrennungsanlage alle über die Stadtautobahn in Berlin fahren. In der Hochphase der Klimakleber-Proteste sind die regelmäßig zwei Stunden später nach Hause gekommen. Die waren so sauer, sie haben die Leute mit Gewalt von der Straße gerissen. Ich habe sie dann gefragt, was ihnen mehr Lohn nütze, wenn der Planet in wenigen Jahren zerstört ist. Und sie daran erinnert, dass sie selbst in der TVÖD-Runde vorhatten, die Autobahn zu blockieren. Dann sagen die zu mir: »Das ist was ganz Anderes.« Und ich sage: »Nee, das ist nichts Anderes.« Diesen Auseinandersetzungen muss man sich offensiv stellen. Ich glaube aber, dass solche Gespräche nur dann fruchten, wenn wir die Erfahrung eines gemeinsamen Kampfes teilen und aus dieser Erfahrung heraus miteinander streiten. Ich kann mir als Gewerkschafter keine andere Klasse schnitzen als die, die eben da ist.

Das Gespräch führte Jörn Boewe.

POLITIK IN DER OSTKURVE
WAS FUSSBALL MIT GRAMSCI ZU TUN HAT UND WARUM DIE LINKE AUCH DAS STADION BESPIELEN MUSS

KATHARINA DAHME UND PAUL GEORGI

Die Stadien und Vereine sind immer auch Orte politischer Aushandlung. Was bewegt die Fanszene im Osten und wie kommen Linke hier in die Offensive?

»Ich bin mit dem Verein groß geworden, habe all meine Zeit dort verbracht, er war mein Zuhause.« So erklärt ein Kollege seine persönliche Verbindung zum Fußball und wie verloren er sich fühle, seit ihm sein Fußballklub abhandengekommen ist. Ein Investor hatte Geld für den Fünftligisten bereitgestellt, woraufhin sich die Fanszene angesichts unterschiedlicher Vorstellungen spaltete. Ein miserables Gefühl, ein Zuhause zu verlieren.

Am 26. Juni 2021 ziehen anlässlich eines Testspiels im tschechischen Most Anhänger*innen des Chemnitzer FC durch die Straßen und singen ein Lied der Gruppe Landser. Sie enden mit der Zeile »Und dann kehrt Deutschlands Osten endlich wieder heim, Sieg Heil!« Ein miserables Gefühl, wenn dieser Verein lange Zeit dein Zuhause war oder noch immer ist.

Schon mit 17 Jahren waren ein Kumpel und ich uns einig: »Es gibt kein geileres Gefühl, als auswärts in Führung zu gehen.« Wir waren gerade aus Bielefeld zurückgekommen, morgens um vier. Acht Stunden Rückfahrt, zwei Stunden Vollsperrung auf der Autobahn inklusive. Unser Club hatte 3:1 verloren. »Scheiß drauf«, sagte er, »wenigstens das 1:0 gemacht. Was gibt es bitte Geileres, als in irgendeiner Scheißstadt im Westen das 1:0 zu machen?«

MIT GRAMSCI DURCH FUSSBALLDEUTSCHLAND

Diese Anekdoten haben alle auf die eine oder andere Weise mit Politik zu tun, obwohl es um Fußball geht. Im Falle des geschilderten Ereignisses in Most mag das sofort einleuchten. Aber auch, dass jemand seinen Fußballverein verliert, kann nicht nur eine persönliche, son-



dern eine politische Tragödie sein. Alle aktiven Fankurven und die meisten Sportvereine sind geprägt von politischen Auseinandersetzungen. Warum ist das so?

Ein großer Teil von Politik, also des Verhandelns darüber, wie wir Menschen zusammenleben, unsere Bedürfnisbefriedigung organisieren und wie wir dabei mit den natürlichen Ressourcen umgehen, findet weit weg von Parlamenten und Talkshows und außerhalb von Parteien statt. Fußballvereine, ihre Stadien und Kurven sind Orte, an denen sich Gewohnheiten, Emotionen und Überzeugungen herausbilden, die kollektiv verhandelt und gelebt werden. Die Welt, in die Stadien und Sportplätze eingebettet sind, wird bei den dort bestehenden Konflikten immer mitverhandelt. Das Stadion kann deshalb kein politikfreier Raum sein – egal, wie sehr sich Vereins- und Verbandsfunktionäre das wünschen. Im Gegenteil: Trainer und Spieler sind Vorbilder, in Konflikten wird um den richtigen Umgang gerungen. Wer darf eigentlich was und wem gehört der Verein? Den Mitgliedern oder den Sponsoren? Wer ist unter welchen Bedingungen in der Kurve willkommen? Wie teuer dürfen Ticketpreise sein und in welchem Verhältnis stehen sie zum sportlichen Erfolg? Will und kann man sich ökonomischen Zwängen im Fußball entziehen? Oder: Gibt es ein richtiges Leben im falschen Profifußball?

KATHARINA DAHME ist in Potsdam aufgewachsen und seit 2021 Vorstandsvorsitzende des SV Babelsberg 03. Sie arbeitet für einen Verlag mit Schwerpunkt Fußball und ist in der LINKEN aktiv.

PAUL GEORGI wurde als Fan des Chemnitzer FC geboren. Derzeit ist er Rechtsreferendar und lebt in Leipzig, wo er in einer Basisorganisation der LINKEN versucht, die Generationenlücke zu schließen.

Bei Vereinen und Stadien handelt es sich um sogenannte vorpolitische Räume. Es sind Räume, die die Masse der Menschen niemals als »politisch« verstehen würde und die es doch hochgradig sind. Der Marxist Antonio Gramsci hat versucht, die Bedeutung vorpolitischer Räume theoretisch zu fassen. Heute gilt er vielen als einer der herausragenden Denker der Arbeiter*innenbewegung des 20. Jahrhunderts. Eine seiner zentralen Thesen lautet, dass sich die Änderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse nicht einfach in einem großen Knall vollziehe, sondern jeder noch

so abrupten Veränderung ein langer Kampf konkurrierender Ideen vorausgehe. Ob ein politisches System fortbestehen kann, ob eine Idee oder eine gemeinsame Praxis politisch durchgesetzt werden kann, hängt auch davon ab, wer mit welchen Werten und Vorstellungen die vorpolitischen Räume prägt. Um es mit einem Begriff Gramscis auszudrücken: Nur wer es schafft, in der Masse der Bevölkerung hegemonial zu werden, wird sich auch politisch durchsetzen können. Nur was als Praxis in den vorpolitischen Räumen bereits akzeptiert und gelebt wird, kann in Politik im engen Sinne gegossen werden.

Der Schriftsteller Édouard Louis greift diesen Gedanken auf, wenn er schreibt: »Eine Stimme lässt sich nur dann erheben, wenn es bereits einen Raum gibt, wo das möglich ist. Solche Räume können sehr verschieden sein, ein Film, eine Gewerkschaft, ein Verein.« Es ist sicherlich kein Zufall, dass besonders Fußballvereine nicht nur Orte der Politisierung, sondern teils Motor für soziale Auseinandersetzungen sind. Fußballfans sind an vorderster Front dabei, wenn Polizeigesetze verschärft werden sollen, weil sie deren Anwendung am eigenen Leibe erfahren. Wenn Fans Banner zur Unterstützung von Pflegevolksbegehren in der Kurve zeigen, hat das eine höhere Reichweite als vieles, was politische Gruppen versuchen, um Aufmerksamkeit zu erlangen. Warum aber liest man in der Münchener Kurve Spruchbänder wie »One Solution – Feminist Revolution! Jin, Jiyan, Azadi«, während man bei einem Dresdner Gastspiel in St. Pauli lesen konnte: »Ihr müsst heute Abend hungern, weil eure Fotzen mit euch im Block rumlungern«? In Vereinen und Kurven sind verschiedene Gruppen mit ihren jeweiligen politischen Einstellungen und Idealen hegemonial. Es heißt aber nicht, dass in der Kurve alle damit konform gehen.

HEGEMONIE IST, WENN DEIN FEIND DEINE WORTE AUF DEN LIPPEN TRAGEN MUSS

In den Statuten sämtlicher großer Ostvereine wird irgendwo ein Passus zu finden sein, der Diskriminierung und Rassismus verurteilt und den Kampf gegen diese Phänomene zum Vereinszweck erklärt. Mit Hegemonie hat das meist nichts zu tun, bei vielen Vereinen von der Kurve bis in die Vereinsführung hinein gibt es bestenfalls ein instrumentelles Verhältnis zu derlei Erklärungen. Es gehört heutzutage einfach dazu, die Sponsor*innen und Bürgermeister*innen wollen das sehen, es tut ja auch nicht weh, so etwas in der Satzung stehen zu haben. Diese Einstellung ist wenig verwunderlich, wird sie doch von den (meist westdeutschen) politischen Eliten genau so vorgelebt: »Wir dürfen Rassismus, Antisemitismus und das Infragestellen unserer Demokratie nicht zulassen«, lässt Markus Söder auf Twitter ausrichten und führt gemeinsam mit Friedrich Merz konzertierte Kampagnen durch, um Menschen mit Migrationsgeschichte die Schuld für Silvesterkrawalle und mangelnde Sicherheit zuzuschieben.

Auch in der Satzung des Chemnitzer FC heißt es, der Club trete »verfassungsfeindlichen, extremistischen, rassistischen, fremdenfeindlichen und jeden anderen diskriminierenden Bestrebungen entschieden entgegen«. Sie wurde im Mai 2022 verabschiedet, mit Romy Polster als Präsidentin. Auf eine neue, von bekannten Rechtsradikalen organisierte Ultragruppierung angesprochen, sagt sie ein halbes Jahr später: »Wir haben uns sogar mit

den rechtsextremen Personen in Kontakt gesetzt und gesagt, was wir erwarten und von ihnen verlangen – nämlich, dass sie das Stadion frei von Rechtsextremismus machen und halten.« Rechtsextreme Personen gegen Rechtsextremismus im Stadion also. Es ist anzunehmen, dass die Präsidentin weder persönlich am politischen Erfolg solcher Kräfte interessiert noch eine Feindin der vereinseigenen Satzung ist. Die Hegemonie rechter Akteure zeigt sich auch darin, dass eine Präsidentin glaubt, sie müsse sich auf diese Kräfte einlassen und sie aktiv teilhaben lassen, um für Ruhe im Verein zu sorgen. Obwohl sie große Sponsoren gewinnen und sich mit dem SPD-Bürgermeister gutstellen muss, trägt sie die Agenda der Rechten auf den Lippen, ohne selbst erkennbar rechts zu sein.

WAS TUN GEGEN RECHTE HEGEMONIEN?

Die beiden Autor*innen stammen aus dem Osten und sind auf unterschiedliche Art mit Fußballvereinen groß geworden. Der eine wurde als Fan des Chemnitzer FC geboren, wo rechte Gruppierungen aktiv versuchen, die Kurve zu dominieren und Nachwuchs zu gewinnen. Der Club erregte etwa Aufsehen damit, dass einem ehemaligen Organisator der rechten Szene nach dessen Tod offiziell im Stadion gedacht wurde. Aus der Sicht von Linken in solchen Vereinen stellt sich die Frage: Wie ist mit der rechten Dominanz auf den Tribünen umzugehen?

Die andere Autorin stammt aus Potsdam, der Heimat des SV Babelsberg 03. Seit 1998 Anhängerin des Clubs, wurde sie 2021 Vorstandsvorsitzende. Der Verein ist über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus bekannt – weniger wegen der sportlichen Erfolge als wegen seines politischen Engagements etwa für Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Sport. Eine bundesweite Petition für die Abschaltung von Rasenheizungen zeichneten circa 40 000 Menschen und riefen damit den Deutschen Fußball-Bund (DFB) auf den Plan. Noch eindrücklicher war die Nazis-raus-aus-den-Stadien-Kampagne: Nach einem entsprechenden Fanausruf wurde der Verein vom regionalen Fußballverband zu einer Geldstrafe verurteilt. Daraufhin schlossen sich sogar Bundesligisten wie Werder Bremen und Borussia Dortmund der Kampagne an. Der Verein gilt manchen als das St. Pauli des Ostens, weil er eine mehrheitlich linke Fanszene hat und sich auch die Vereinsgremien zu politischen Themen positionieren. Alles andere als der Normallfall im Osten.

KÄMPFEN MIT WELCOME UNITED 03

Am Beispiel des SV Babelsberg 03 zeigt sich, dass Fußballvereine auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene um das Politische ringen. Im Zuge der erhöhten Einwanderung um 2015 gründete der Verein auf Initiative und mit Unterstützung der Fans das Team »Welcome United 03«. Die Mannschaft bestand nur aus Geflüchteten, für die es zunächst vor allem darum gehen sollte, regelmäßig trainieren und Fußball spielen zu können. Der Verein stellte die Infrastruktur für etwa 60 Spieler zur Verfügung. Dabei sollte es aber nicht bleiben. Das Ziel: Teilhabe auf Augenhöhe. Nach einiger Zeit wurde das Team als dritte Mannschaft des Vereins für den regulären Spielbetrieb gemeldet und bestritt nach anfänglichen Freundschafts- und Testspielen tatsächlich auch Punktspiele.

Das bedeutete auch: Spiele im Potsdamer Umland, in der tiefsten Brandenburger Provinz, bei berüchtigten Gegnern. Für die oftmals traumatisierten Geflüchteten keine einfache Situation. Hass und Hetze auf der einen Seite stand aber eine riesige Willkommensbewegung gegenüber. Die Unterstützung im eigenen Verein war enorm: Fans sammelten Geld, wurden Trikotsponsoren und auswärts waren sie zugleich eine Art Sicherheitsdienst. Für den Verein war klar: Wir kommen nicht nur zum 90-minütigen Kick vorbei, jedes Spiel war zugleich ein Statement und ein Angebot. Im Anschluss gab es die Möglichkeit, Menschen mit Namen und Geschichten zu treffen, was auch fast immer angenommen wurde.

Für die Spieler war das Team eine wichtige Unterstützung dabei, in einer neuen Heimat anzukommen. Sie fanden Freunde, kamen mit ihren Kindern zu Heimspielen und bekamen teils sogar Angebote für Jobs und Weiterbildungsmöglichkeiten. Manche schafften gar den Sprung in höherklassig spielende Mannschaften. Für den Verein und seine Fans war diese intensive Zeit identitätsbildend. Die Werte, für die der SV Babelsberg 03 auch vorher schon stand, wurden konkret gelebt.

VOM FERNBLEIBEN UND GEGENGEWICHTEN

Hegemonie in einem gesellschaftlichen Raum zeichnet sich auch dadurch aus, dass der Zugang anders eingestellter Personen und Gruppen eingeschränkt ist. Das geschieht implizit über Kleidungscodes, Kommunikationsweisen und -inhalte sowie explizit über Drohung und Gewalt. Genau deshalb bleiben Fans aus linken Milieus der Kurve vieler ostdeutscher Stadien fern.

Dennoch gibt es in nahezu allen Vereinen, denen ein braunes Image anhaftet, auch Gegenbewegung wie zum Beispiel »Cottbus-Fans gegen rechts« oder »CFC-Fans gegen Rassismus«. Die Motivation hinter diesen Zusammenschlüssen: Als Einzelner gegen eine mit Gewalt abgesicherte Hegemonie vorzugehen ist schwer. Mit einer Gruppe, der es gelingt, verschiedene Interessen und Teile des politischen Spektrums gegen diese Hegemonie in Stellung zu bringen, wird es einfacher oder überhaupt erst möglich. Solche organisierten Gegengewichte führen in der Regel kein leichtes Leben. Sie bewegen sich in einem Spannungsfeld aus Vereinnahmung, Bedrohung und Argwohn. Der Argwohn kommt dabei auch von vielen, die sich gern als unpolitisch oder mittig bezeichnen. Hier zeigt sich ein weiteres Merkmal von Hegemonie: Der Hegemon setzt die Normalität, was ihr zuwiderläuft, wird als Politik, als Ideologie wahrgenommen. In Ostdeutschland konnte bereits in vielen gesellschaftlichen Räumen eine genuin rechte Erzählung durchgesetzt werden, nämlich dass wir in einer von linksgrünen Eliten beherrschten Republik leben würden, die für den nationalen Niedergang und soziale Verwerfungen verantwortlich seien. Wer Elemente dieser Ideologie bereits verinnerlicht hat, wird Einsprüche dagegen weniger als Aufbegehren denn als Dienstleistung im Sinne der Herrschenden interpretieren.

Gerade dort, wo Image und Berichterstattung das Bild eines »braunen« Clubs zeichnen, besteht oft ein ausgeprägtes Bedürfnis, zu zeigen, dass »hier nicht alle so sind«. Klar ist, nicht alle Fans verfügen über ein geschlossen rechtes Weltbild. Klar ist aber auch, dass die rechte bis rechtsradikale Hegemonie in

mancher Kurve kein Hirngespinst einer westdeutschen Journalistenkaste ist. Angesichts über Jahrzehnte hinweg erlebter Ungerechtigkeiten der bundesdeutschen Politik und beim medialen sowie allgemeinen Umgang mit Ostdeutschland fällt es rechten Kräften jedoch leicht, diesen Vorwurf als Hirngespinst und ahnungsloses Gerede darzustellen. Selbst Menschen, die sich für unpolitisch oder explizit nicht rechts halten, lassen Abwehrreflexe erkennen.

WEM GEHÖRT DER SONNENBERG?

Denkt man Hegemonie nicht nur im Vereinsrahmen, sondern bezogen auf ganze Stadtviertel oder gar Städte, ergeben sich weitere Handlungsoptionen. So gibt es überall in Deutschland Vereinsneugründungen von antirassistisch und antifaschistisch eingestellten Menschen, die sich im Ringen um die Hegemonie im Fußball dadurch größere Handlungsoptionen erhoffen. Der 2020 gegründete Verein Athletic Sonnenberg etwa ist im selben Stadtteil beheimatet, in dem auch der Chemnitzer FC seine Heimspiele austrägt, Sonnenberg. Diejenigen, die den Verein 2020 aus der Taufe hoben, sagen, es geht in erster Linie um Sport. Mittlerweile spielen dort zwei Fußball-Männermannschaften, eine Volleyballer*innen-Mannschaft und zwei Fußball-Jugendmannschaften. Der Verein wächst schnell. Zu den Spielen der ersten Fußball-Männermannschaft kommen regelmäßig Zuschauer*innen im niedrigen dreistelligen Bereich. Das ist viel für eine Kreisligamannschaft, auch wenn man aktuell die Tabelle anführt und den zweiten Aufstieg in Folge anpeilt. »Das liegt daran, dass wir etwas Neues machen, frisch und modern«, sagt Ferenc, einer der Mitgründer. »Die Leute kommen und haben das Gefühl, dass da etwas entsteht, wo man dabei sein will. Die anderen Vereine machen ja keine schlechte Arbeit, aber es macht etwas aus, ob der Vorstand aus drei Leuten zwischen 27 und 32 Jahren besteht, die die Lebensrealität der jungen Leute hier kennen und teilen.«

Auf die Frage, ob das Interesse auch etwas mit dem politischen Fundament des Vereins zu tun habe, antwortet Ferenc: »Klar, wir machen keinen Hehl aus unseren Werten. Bei uns ist erstmal jede*r willkommen, wenn er bereit ist, sich auf den Verein einzulassen. Zu unserem Fundament gehören Diversität, die Verankerung in migrantischen Milieus und Inklusion einfach dazu.« Damit mache man sich in der Stadt nicht nur Freunde, die Skepsis gegenüber Neugründungen sei groß, ständig kursierten Gerüchte. »Die Wahrheit liegt auf dem Platz, und wir wollen beweisen, dass wir einen langen Atem haben. Wir sind nicht einfach irgendein Gegenprojekt, sondern organischer Teil des Viertels.« So gebe es auf dem Sonnenberg eben nicht nur Nazis, sondern auch viel migrantische Kultur, viele Läden, viele junge Menschen, die der Verein mitnehme. Die Hauptsponsoren sind ein vietnamesisches Restaurant, eine Chemnitzer Anwaltskanzlei und ein Schmuckversand. Nach fast jedem Sieg singen Fans und Mannschaft gemeinsam »Athletic Sonnenberg wird deutscher Meister und wir holen den Pokal« – auf die Melodie des italienischen Partisanenliedes »Bella Ciao«.

Wir erzählen die zu Anfang geschilderte Anekdote und fragen, ob es auch für ihn das Geilste wäre, auswärts das 1:0 zu machen. Er grinst: »Zu Hause ist schon auch geil.«

VER-KÜMMERT? WAS WIR VON DER PDS LERNEN KÖNNEN

LUTZ BRANGSCH UND JUDITH DELLHEIM

Die Idee der Kümmerer-Partei gilt oft als Antwort auf die Krise der LINKEN in Ostdeutschland. In den frühen 1990er-Jahren war damit aber kein paternalistisches Politikkonzept gemeint.

Die gesellschaftliche Linke in Deutschland steht heute vor einer Situation, die mit jener von 1990 vergleichbar ist: Sie läuft Gefahr, ihre parlamentarische Präsenz zu verlieren und damit die Möglichkeit, gesellschaftliche (Massen-) Bewegungen mit parlamentarischem Gewicht zu verbinden. Diejenigen, die »es schon immer gewusst haben«, die sich in Kleingruppen einigeln oder meinen, bis zu einer besseren Zeit »überwintern« zu können, wird dies gar freuen. In Wirklichkeit ist das eine politische Katastrophe.

Angesichts der tiefen Krise der LINKEN wird gelegentlich auf die alte PDS und ihre Rolle als »Kümmererpartei« verwiesen. Dies könne – so die Hoffnung – ein Erfolgsrezept insbesondere für die ostdeutschen Bundesländer sein, wo die Verluste an Wähler*innenstimmen und an aktiven Mitgliedern besonders dramatisch sind. Tatsächlich lässt sich aus der Praxis der frühen PDS für heute einiges lernen, auch wenn sie aus einer einzigartigen politischen Situation heraus entstanden ist. Es lohnt sich, genauer hinzusehen, wie es damals gelang, »Partei für den Alltag« zu sein und deshalb zu überleben. Zu fragen wäre, was heute äquivalente Praxen wären und warum die Idee einer »Partei von unten« im Laufe der letzten Jahrzehnte eher verkümmert ist.

DAS BESONDERE AN DER SITUATION 1990

Im Mai 1989 wurde klar, dass die Ergebnisse der Kommunalwahlen in der DDR gefälscht waren. Diese unsinnige Manipulation – ob die Zustimmung zu der einzig verfügbaren Liste nun bei 99 oder bei 60 Prozent lag, war nicht entscheidend, – wurde zusammen mit der Massenflucht zum Katalysator für eine



Entwicklung, in der lange angestaute Widersprüche und Spannungen sich entluden. Das Vertrauen in die Staatsmacht ging verloren und im Laufe des Jahres 1989 entstanden unzählige neue Organisationen, Initiativen und Parteien. Die bisher dominierenden zerfielen.

Als Ende Dezember 1989 klar wurde, dass ein Beitritt der DDR zur BRD kaum mehr zu verhindern war, standen die Mitglieder der zerfallenden SED vor der Alternative, die Partei aufzulösen oder sie neu auszurichten und gemeinsam in die politische Opposition zu gehen. Ein Sonderparteitag entschied sich für den Weiterbestand unter der Voraussetzung eines radikalen »Bruchs mit dem Stalinismus als System«. Dieser Neustart war verbunden mit einer konsequenten Kritik bisheriger Praxen und Theorien sowie mit dem Bruch mit der bisherigen Organisationslogik. Die »Avantgarde-Partei« mit Stützen in allen staatlichen Strukturen musste zu einer offensiven Oppositionspartei umgebaut werden. Obwohl massenhaft Mitglieder die Partei verließen, gelang es, ihre breite gesellschaftliche Verankerung zu erhalten und neu auszurichten. Das allein war die Chance für das Überleben der neu geschaffenen SED/PDS.

LUTZ BRANGSCH ist Ökonom und arbeitet als Referent für Demokratie und Staat am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

JUDITH DELLHEIM ist Ökonomin und Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie ist freie Mitarbeiterin des Sustainable Europe Research Institute (SERI).

Ihre Mitglieder waren mehrheitlich getrieben vom Enthusiasmus einer Zeit, in der die Welt veränderbar schien (vgl. Tröger in diesem Heft). Sie kamen aus einem Milieu, das bereit war, im Hier und Heute zu leben und gleichzeitig über die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse hinauszudenken. Die Partei stützte sich auf einen Kern der von sozialistisch-kommunistischen Idealen Überzeugten. Ihr Umfeld war hinreichend groß, qualifiziert sowie fachlich und organisatorisch erfahren, um ein neues politisches Projekt zu wagen. In diesem Erneuerungsprozess kristallisierten sich vier Eckpunkte für die erfolgreiche Entwicklung einer sozialistischen Partei heraus:

- eine selbstkritische Reflexion der eigenen Geschichte im Kontext der Entwicklung der sozialistischen Linken (Anti-Stalinismus);

- eine organisationspolitische und kulturelle Verknüpfung von Partei und sozialer Bewegung sowie eine kulturelle Aufgeschlossenheit gegenüber anderen emanzipatorischen Akteuren (Bewegungspartei);
- die Koordination analytischer, programmatisch-strategischer und konzeptioneller Arbeit von unten (das heißt aus den basisnahen Strukturen) als besondere Aufgabe der Vorstände (Parteidemokratie);
- ein aktives Bemühen um politische Bündnisse pro Demokratie, Gerechtigkeit, Solidarität und Ökologie (Bündnisorientierung).

Vor allem die alte Idee der Arbeiter*innenbewegung, als Partei auch gesellschaftliche Kraft, also Bewegung zu sein, gewann in dieser historischen Situation an Bedeutung. Es ging den Protagonist*innen nicht darum, eine »Partei links der SPD« zu schaffen, sondern darum, an den sozialistischen Idealen festzuhalten, aber einen radikalen Bruch mit der hierarchisch autoritären Parteikultur der SED zu vollziehen. Dazu gehörte, offen gegenüber jenen zu sein, die sich mit anderen politischen Biografien für Gerechtigkeit und Solidarität oder für einen demokratischen Sozialismus engagierten. Der Umbau der Organisationskultur sollte es ermöglichen, die Ziele und Praxis der Partei aus dem politischen Alltag heraus zu bestimmen. Da die Akteure dieses Neustarts vor allem in den ostdeutschen Bundesländern lebten, war der Bezug der jungen PDS auf Ostdeutschland organisch, keine äußere Zuschreibung und auch kein konstruiertes Alleinstellungsmerkmal. Es ging nicht um eine Politik *für* Ostdeutsche, sondern um sozialistische Politik *in* und *aus* Ostdeutschland, um die Gesellschaft der Bundesrepublik und Europa zu verändern – weil eine andere Welt möglich und nötig war.

NEUE STRUKTUREN, NEUE PRAXEN

In dem 1991 per Urabstimmung beschlossenen Parteistatut nahmen Fragen innerparteilicher Demokratie sowie die Rolle der Mitglieder und ihrer Selbstorganisation breiten Raum ein. Die strategischen Richtungsbestimmungen sollten über Interessen- und Arbeitsgemeinschaften erfolgen, die auch für Nicht-Mitglieder offen waren. Lokale und alltägliche Fragen, strategische Überlegungen und konkrete Projekte sollten durch das Gleichgewicht von Wohnort- und fachlichem Bezug verbunden werden. Das in der SED bestehende Verbot von Plattformen wurde aufgehoben, die Selbstorganisation der Mitglieder in eigenen Strukturen als wünschenswert erklärt. Diese sollte durch den Vorstand und die Geschäftsstelle der Partei organisatorisch unterstützt werden. In diesem Prozess entwickelte die PDS auch ein neues Repräsentationsverständnis. »Interessen zu vertreten« bedeutete eben nicht, das Politikmachen für andere zu übernehmen, sondern Politik mit jenen gemeinsam zu entwickeln, die man zu vertreten meinte, und dies auch organisationspolitisch zu ermöglichen.

Im Alltag der frühen 1990er-Jahre bedeutete das zuvorderst, in den sich rasant vollziehenden gesellschaftlichen Zerfalls- und Entsolidarisierungsprozessen Orientierung und einen gemeinsamen Handlungsraum anzubieten. »Kümmererpartei« hieß entsprechend, eine kollektive politische Bearbeitung sozialer Probleme zu ermöglichen. Es hieß, einen Raum zu bieten, in dem politische Alternativen zu den Privatisierungs- und Entlassungswellen entworfen werden konnten, und zwar in solidarischem Miteinander und im Gegensatz zum »Hauen und Stechen«, das die meisten in ihrem Alltag erlebten.

Viele der damaligen Parteimitglieder waren gleichermaßen in sozialen Bewegungen und in den Arbeitsgemeinschaften der PDS aktiv. Sie wollten die Arbeit zu konkreten Politikfeldern nicht an Berufspolitiker*innen oder »Hauptamtliche« delegieren. Parteipolitik sollte eine aktive Suche nach Gemeinsamkeiten mit anderen demokratischen und humanistischen Akteur*innen sein. Es ging darum, Wege der Milderung und Lösung zu suchen, sowohl für die konkreten Probleme vor Ort als auch für die Krisen im globalen Maßstab.

NEUES BEWÄHRT SICH: HILFE FÜR DIE INITIATIVE VON BETRIEBS- UND PERSONALRÄTEN

Aus diesem neuen Organisationsverständnis ergab sich auch die Unterstützung der Abwehrkämpfe gegen den Anschluss der DDR an die alte Bundesrepublik. Es ging um solidarische Alternativen zur bloßen Unterwerfung und Abwicklung. Diese Auseinandersetzungen reichten vom Widerstand gegen den Abbau von Arbeitsplätzen und die Schließung von Polikliniken bis hin zur Kritik an der allgemeinen sozialen Benachteiligung Ostdeutscher, auch und insbesondere über die Renten. Eine besondere Bedeutung hatte die Frage nach der wirtschaftlichen Zukunft der ostdeutschen Bundesländer, standen die Menschen dort doch ab 1991 vor einer Welle von Entlassungen und Betriebsschließungen.

Die Unterstützung der zunächst Berliner, dann ostdeutschen gewerkschaftlichen Initiative von Betriebs- und Personalräten war für das neue Politikverständnis und die neue politische Praxis eine Art Feuerprobe. Bereits in den letzten Monaten der DDR waren hier und da Betriebsräte entstanden. Vor die Wahl gestellt zwischen Anpassung und Widerstand fanden sich in Berlin einige von ihnen zu politischen Aktionen und einer offensiven Auseinandersetzung mit den Herrschenden und Regierenden, insbesondere mit der Treuhandanstalt, zusammen. Sie wurden nun zu Organisator*innen des Widerstands der Belegschaften und Gewerkschaftsmitglieder. Für viele von ihnen war die PDS nicht unbedingt die erste Adresse, standen sie doch der SED als Vorgängerpartei der PDS eher gleichgültig oder skeptisch gegenüber. Jedoch gingen einige PDS-Funktionär*innen, unter anderem der gewerkschaftspolitische Sprecher des Parteivorstands, Jakob Moneta, auf sie zu, um nicht nur politische, sondern auch technisch-organisatorische Hilfe anzubieten. So kam aus dem Karl-Liebknecht-Haus nicht nur verbale Solidarisierung, sondern es wurde geholfen, Lautsprecher und Tribünen zu finden, Flugblätter einzutüten, Presseerklärungen zu redigieren oder zu verbreiten und vieles mehr.

Die ostdeutsche Initiative von Betriebs- und Personalrät*innen und ihre gewerkschaftlichen Unterstützer*innen organisierten zahlreiche Aktionen und drei Konferenzen. So kamen bei der zweiten Konferenz etwa 250 gewählte Belegschaftsvertreter*innen zusammen, die rund 112 000 Beschäftigte repräsentierten. Viele waren gegen den erklärten Willen der IG Chemie aus dem ostdeutschen Chemiedreieck BUNA, Leuna, Bitterfeld-Wolfen angereist und zeigten selbstbewusst ihre Gewerkschaftsfahne: »Wir sind die Gewerkschaft!«. Die meisten Gewerkschaftszentralen warfen den gewerkschaftlich Aktiven, die sich erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik über die Grenzen von Branchen- und Bundesländern hinweg organisierten, Spaltung vor. Der Berliner Landesvorsitzende der Gewerkschaft

Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Manfred Müller, hingegen unterstützte die Initiative von Beginn an.

Mit ihren parlamentarischen Initiativen begleitete die Gruppe PDS/Linke Liste bzw. später die PDS-Gruppe die Kritik der Initiative an der Bundesregierung und der Treuhandanstalt. Im Zusammenwirken von Parlamentarier*innen in Bund und Ländern, den Arbeitsgemeinschaften Betrieb und Gewerkschaft, Wirtschaftspolitik sowie der Interessengemeinschaft Arbeit, Gesundheit und Soziales wurden Konzepte erarbeitet, die darauf zielten, den Kahlschlag in allen wirtschaftlichen und sozialen Bereichen zumindest abzumildern. Gleichzeitig bildeten sich im Umfeld der Partei viele Initiativen, die Sozialberatung anboten.

Die Partei begleitete außerdem den Streik der IG Metall zur Verteidigung des Stufenplans für die Annäherung der Löhne im Osten an die im Westen und gegen den Versuch, über Öffnungsklauseln das Tarifsystem auszuhebeln. In den Jahren 1992/93 spitzten sich die Kämpfe um die Berliner Batteriefabrik BELFA und das Bischofferoder Kaliwerk »Thomas Müntzer« zu. Der Betriebsratsvorsitzende von BELFA, Peter Hartmann, gehörte zu den Protagonisten der Betriebs- und Personalräte-Initiative, die zu Aktionstagen nach Bischofferode aufrief. Sie wollte einen Erfolg dieser so engagiert kämpfenden Belegschaft nach Kräften ermöglichen. Und ausgerechnet aus Bischofferode wurde Gregor Gysi um Beistand angerufen, den er auch leistete.

Eine ähnliche Bereitschaft zur politischen und praktischen Hilfe zeigten auch die PDS-Aktiven aus dem Betriebsräte-Aktionsbündnis »Thüringen brennt«, das sich für den Erhalt von dortigen Arbeitsplätzen starkmachte. Die Landesvorsitzende Gabi Zimmer war bei den zahlreichen Demonstrationen präsent und der parteilose Chef der Thüringer PDS-Landtagsfraktion, Roland Hahnemann, nahm sogar am Hungerstreik der Bischofferoder Kalikumpels teil. Lothar Adler und andere arbeiteten rund um die Uhr, um zu beschaffen, was gerade gebraucht wurde. Alle Aktivitäten der Partei sowohl im Thüringer Landtag als auch im Deutschen Bundestag wurden mit den Betroffenen abgesprochen. Diese Praxis überzeugte auch den damaligen Thüringer Landesvorsitzenden der HBV, Bodo Ramelow, mit der PDS zu kooperieren.

Viele der Kämpfe der damaligen Zeit wurden verloren, die politischen Erfahrungen und Kooperationen aber blieben. Die PDS erzielte in Thüringen und Berlin unerwartete Wahlerfolge: Manfred Müller gewann ein Direktmandat für die PDS in Berlin, der zunächst stellvertretende Betriebsratsvorsitzende des Kali-Werks Gerhard Jüttemann, der BELFA-Betriebsratsvorsitzende Hans-Peter Hartmann und Pfarrer Willibald Jacob zogen über die offenen Listen der PDS in den Deutschen Bundestag ein. Bodo Ramelow kandidierte als Parteiloser für ein PDS-Mandat im Thüringer Landtag und wurde wie Jüttemann und Jacob später Mitglied der PDS.

VERLUSTE

Viele Ideen und Praxen der damaligen Parteipolitik ließen sich jedoch nur schwer über diese Zeit hinaus retten. Das betrifft unter anderem die Rolle und das Selbstverständnis des Parteitages als »arbeitendes Gremium«. Der Vorstand sollte zu einem »Exekutivorgan« werden, wobei an den »Kommissionen« des Vorstands Delegierte des Parteitages thematisch

mitwirken sollten. Dass dies nicht gelang, lag vor allem daran, dass sich die meisten Delegierten damit in zeitlicher Hinsicht überfordert sahen. Während die Quotierung weitgehend Realität wurde, scheiterten Ansätze der Rotation und Amtszeitbegrenzung. Das Anliegen, die PDS-Geschäftsstellen flächendeckend als soziale und kulturelle Begegnungspunkte zu gestalten, konnte aus finanziellen Gründen nur begrenzt realisiert werden. Letztlich konnte die Dynamik des Aufbruchs in den »Mühen der Ebene« nicht verstetigt werden. Im Zuge von Finanz- und Stasiskandalen und angesichts der Turbulenzen in den individuellen Lebensverhältnissen verlor die Partei viele jüngere Mitglieder, die den Wandel von der SED hin zur PDS vorangetrieben hatten. Und im Westen fanden sich viel zu wenig Linke, die bereit waren, diesen demokratischen Aufbruch mitzutragen. Nur eine zahlenmäßig starke bundesweite Mitglieder- und Bewegungspartei hätte ein solches Parteimodell erfolgreich umsetzen können.

Die PDS versagte in dem Maße, in dem sich die parlamentarische Präsenz konsolidierte und Wahlbeamt*innen zunehmend die Politik steuerten. Sie waren einer anderen administrativen Logik unterworfen, die oft für eine politische gehalten wurde. Das Leben der »Parteiinstanzen« und das der Parteibasis entfernten sich voneinander. Damit aber schwanden vielfach solidarische Beziehungen. Das »Wir« an der Basis wurde eher zum Ausdruck von Unzufriedenheit mit Vorständen, Fraktionen und Hauptamtlichen, es führte nicht zu neuen Laboratorien lebendiger Arbeitszusammenhänge und einer solidarisch ermutigenden Parteikultur (Dellheim et al. 2020, 3f) Außerdem änderte sich das Verhältnis der Partei zu ihren Wähler*innen. Ging es in den ersten Jahren um eine gemeinsam gelebte Praxis in gesellschaftlichen Turbulenzen, trat mit der soliden parlamentarischen Präsenz eine Stellvertreterpolitik in den Vordergrund. Parlamentarier*innen suggerierten, Probleme für die Menschen lösen zu können, auf die sie aber tatsächlich kaum Einfluss hatten. Diese uneinlösbaren Versprechen führten über die Zeit zu erheblicher Enttäuschung. Der parlamentarische Erfolg der Anfangsjahre wurde so – vor allem im Osten – auch zu einem Problem.

WAS BLEIBT?

Stand die PDS vor der Frage, wie sie sich als Massenpartei in Ostdeutschland eine der Zeit entsprechende Form geben konnte, steht die LINKE heute vor der Frage, wie sie wieder eine Partei mit Masseneinfluss werden kann und ob sie eine moderne sozialistische Partei werden will oder sich primär als »links von der SPD« versteht. Trotz radikal unterschiedlicher Ausgangspositionen geht es um ähnliche Probleme: um das Verhältnis zwischen sozialistischer Idee, »Parteiinstanzen«, Parteibasis und Parteianhänger*innen, um den Umgang mit den Interessen und Erfahrungen der Parteimitglieder und die Attraktivität einer Parteimitgliedschaft für praktisch orientierte »Gesinnungssozialist*innen«. Ein Schlüssel zum damaligen Erfolg lag im aktiven Kampf der Parteibasis sowie der Parteifunktionär*innen und Mandatsträger*innen um das Überleben der PDS als pluralistisch-sozialistische Partei. Das wäre auch für die LINKE noch eine Option.

LITERATUR

Dellheim, Judith/Zimmer, Gabriele/Brangsch, Lutz, 2020: Von SED und PDS lernen heißt, die eigene Partei radikal zu kritisieren, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Standpunkte 4/2020, Berlin

»DEN RING UM DIE PDS SPRENGEN«

DIETER STRÜTZEL ALS VORDENKER EINER PARTEI VON UNTEN



Die LINKE ist in der Krise und ihre Zukunft ungewiss. In dieser Situation ist es hilfreich, die Erfahrungen derjenigen in den Blick zu nehmen, die in den 1990er-Jahren unter schwierigen Bedingungen die PDS neu aufbauten und ihr gesellschaftliche Achtung und parlamentarische Präsenz erstritten. In Thüringen gehörte Dieter Strützel (1935–1999) zu ihnen. Er rieb sich an den DDR- wie an den West-Verhältnissen und setzte auf deren Veränderbarkeit. Sein Credo war: Ideen und Strategien im Dialog mit denen entwickeln, die ein vitales Interesse daran haben, die bestehenden Verhältnisse zu ändern, um ihr eigenes Leben zu gestalten.

EIN UNDOGMATISCHER SOZIALIST

Nach dem Germanistikstudium, einigen Jahren als FDJ-Funktionär an der Karl-Marx-Universität Leipzig und seiner Promotion über das »Typische« wurde Dieter Strützel 1966 Lektor des Mitteldeutschen Verlags. 1970 wurden er und sein Verlagsleiter vom Kulturminister abberufen, »verzerrte Darstellungen der Wirklichkeit« lautete der Vorwurf nach der Veröffentlichung von Christa Wolfs »Nachdenken über Christa T.« und Erik Neutschs »Auf der Suche nach Gatt«. Zurück an der Karl-Marx-Universität wandte sich Strützel als Kulturwissenschaftler der Arbeitswelt zu und erkundete die Arbeitsbedingungen und -verhältnisse in Gießerei- und Chemiebetrieben in Leipzig und Umgebung. Die empirische Erfassung der Realität war für ihn eine Möglichkeit, der Dogmatik mit Tatsachen zu begegnen und Vorschläge für Veränderungen vorzubringen. Freilich braucht man Abnehmer für dieses Wissen. Als das Interesse in Leipzig versiegte, ging Strützel nach Jena. Mit seinem unkonventionellen Vortragsstil, seiner

Diskussionsfreudigkeit und der detaillierten Kenntnis von Debatten genoss er dort hohes Ansehen. Im Peter-Weiss-Kreis näherte er sich mit anderen anhand der »Ästhetik des Widerstands« den tabuisierten Problemen der Geschichte der Arbeiterbewegung, fragte nach dem fortwirkenden Glutkern der kommunistischen Utopie und den Keimen sozialistischer Erneuerung. Die von Strützel 1986 bis 1988 geleitete Untersuchung zu den kulturellen Bedürfnissen der Jenaer Bevölkerung machte deutlich, dass diese mit den alltäglichen Lebens- und Arbeitsbedingungen zunehmend in Widerspruch geriet, in der Auswertung wurden Veränderungen der betrieblichen Arbeit, des Wohnungsbaus und der Stadtentwicklung angemahnt. Mit Perestroika und Glasnost standen die Zeichen auf tiefgreifenden Wandel. Strützel, der Anfang der 1980er-Jahre noch eine Parteistrafe erhalten hatte, weil er nicht gegen ein gemeinsames Friedensfest von FDJlern und Mitgliedern der Jungen Gemeinde eingeschritten war, wurde 1987 zum Parteiorganisator seiner Sektion Literatur- und Kunstwissenschaft gewählt. Den Aufbruch des Herbstes 1989 erlebte er als Chance für eine Reform und einen demokratischen Sozialismus in der DDR. In einer öffentlichen Vorlesung stellte er seinen Text »Überlegungen zu Grundsätzen und Zielen einer erneuerten SED« zur Diskussion und übernahm in der umgebildeten SED-Bezirksleitung Gera im November 1989 die Funktion des Sekretärs für Öffentlichkeitsarbeit und Medien.

NEUANFANG UND »PARTEI VON UNTEN«

Als Vorsitzender des Aktionsausschusses der SED-PDS im Bezirk Gera und später stellvertretender Landesvorsitzender der PDS in Thüringen verantwortete er den Abbau des allmächtigen Parteiapparats und die Etablierung demokratischer Parteistrukturen. »Politik von unten« und »Partei von unten« waren die Leitbegriffe. Schon im Januar 1990 erkannte er, dass sich die DDR nicht würde halten können, und stritt für ein neues emanzipatorisches Denken und Handeln in dem veränderten gesellschaftlichen Umfeld. Es galt, den Abstieg der PDS in die Bedeutungslosigkeit zu verhindern, Glaubwürdigkeit und Vertrauen zurückzugewinnen und »den Ring um die PDS zu sprengen«, sie für die Impulse aus der Gesellschaft zu öffnen. Bei der Landtagswahl 1990 erreichte die Linke Liste/PDS 9,7 Prozent und zog mit neun Abgeordneten in den Landtag ein. Strützel wirkte als PDS-Verhandlungsführer am Zustandekommen dieser Listenverbindung aus PDS, Vereinigten Linken, der FDJ, der KPD und den NELKEN mit. Er suchte engen Kontakt zu Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Kirchen, zu Wissenschaftler*innen, Künstler*innen, linken Sozialdemokrat*innen, um über die Positionen der PDS zu diskutieren, und folgte dabei der Einsicht Friedrich Schorlemmers: »Die Wahrheit, die mir fehlt, hat gewiss ein anderer.« Mit Kommunalpolitiker*innen war er im Gespräch über regionale Beschäftigungsprojekte, unterstützte streikende Belegschaften wie die der Bischofferoder Kalikumpel, den Widerstand der Betriebsräteinitiative gegen die Privatisierungspolitik der Treuhand genauso wie antifaschistische Bündnisse. Wahlbausteine und Landtagswahlprogramme trugen seine Handschrift. Er war Inspirator der Linken Schule Schnepfenthal, in der ab 1992 zweimal jährlich Bildungsveranstaltungen von PDS Thüringen, BWK Bayern und DKP Bayern durchgeführt wurden. In Kursen zu Geschichte, Wirtschaft und Philosophie wurden historische Erfahrungen und aktuelle Theorieansätze diskutiert, unter anderem von Rawls, Bourdieu, Habermas und Luhmann. Strützels Argumentationsstil prägte die offene, solidarische, konstruktive Atmosphäre des Lernens. Er trug so zur Weiterentwicklung und Verständigung linker Positionen in Ost und West bei und prägte auch langfristig PDS und LINKE in Thüringen – von ihm stammt die Idee zur Elgersburger Erklärung aus dem Sommer 1997, die ein linkes Reformprojekt für Thüringen vorschlug.

Lutz Kirscher

LITERATUR

Dwars, Jens-Fietje (Hg.): Die Wahrheit des anderen. Texte von und über Dieter Strützel, Erfurt 2000

Dwars, Jens-Fietje/Hausold, Dieter/Schneider, Christiane/Wellsow, Paul, 2020: Ein Sokrates der DDR. Nachdenken über Dieter Strützel (1935–1999), Hamburg

PDS-Landesvorstand Thüringen (Hg.), 2000: Sozialistischer Anspruch als Handlungsoption: 1990–2000. Ansichten, Einsichten und Erinnerungen zu zehn Jahren PDS in Thüringen, Erfurt

» Das Ziel der politischen Gegner ist deutlich – die Ausschaltung der PDS als eine im Maßstab des zusammengenagelten Deutschland relevante, im Parlament aktionsfähige Partei. […] Wir müssen deutlich machen, dass wir nicht für uns kämpfen, sondern für die Demokratie in diesem Land. […] Die entscheidenden Fragen sind dabei das Aufsprengen des Ringes um uns und überzeugende Antworten auf die brennenden Fragen der Gegenwart. […] Das macht es notwendig, dass wir uns nicht beschränken auf das Selbstverständnis als Opposition der Schwachen, sondern das unterstützen, was die Menschen in diesem Land brauchen, nämlich Selbstvertrauen und Augenmaß zur Meisterung ihres Lebens unter den gegebenen Umständen. Es nützt uns weder eine Haltung: ›Siehste, das habe ich dir gleich gesagt!‹, noch eine übliche Häme auf alle, die jetzt ihre März- oder Februarillusionen heimtragen. Jetzt geht es um die Meisterung konkreter Aufgaben in jeder Familie, in jedem Betrieb, in jeder Kommune. Und die Frage, ob wir tatsächlich […] ein Teil dieses Volkes sind und dieses Volk das Gefühl gewinnt, dass es diese Partei braucht. Wo wir nicht andere dazu gebrauchen, dass sie uns wählen, sondern die Überzeugung wecken: ›Jawohl, es hat einen Sinn, dass die PDS da ist, dass uns jemand braucht.‹ Diese Umkehrung müssen wir schaffen. Und die verlangt ganz entscheidend die Zuwendung zu den praktischen Fragen. Die Fragen dessen, der heute erwerbslos geworden ist, die Fragen, welchen Beruf einer nun wählt, […] den Fragen, wie und wo Märkte, Produktions- und Verwertungsmöglichkeiten in Betrieben und Genossenschaften geschaffen werden, bis hin zur Frage, wie unter den Bedingungen der Zahlungsunfähigkeit der Länder und Gemeinden der Übergang zur kommunalen Selbstverwaltung zu erreichen ist. Und das verlangt, dass wir in der gegebenen Situation nicht einfach […] über den gesellschaftlichen Rückschritt klagen, sondern ein genaues und sauberes Augenmaß für das kriegen, was unter diesen Bedingungen Fortschritt ist. «

(30.6./1.7.1990, Gründungsparteitag der PDS Thüringen)

» Für mich besteht die entscheidende Schwäche des linken Diskurses darin, dass mehr um die Richtigkeit theoretischer Positionen gestritten wird, statt die Kräfte auf eine Analyse des ›empirisch Konstatierbaren‹ zu lenken, wie es eigentlich das Anliegen der Marxschen Gesellschaftsanalyse gewesen ist. Wo Wirklichkeit auftaucht, dient sie meist als Beweis, der nicht mehr fragt, was denn gegen die gezogenen Schlussfolgerungen spricht. Und immer wieder wird der stillschweigende Anspruch erhoben, der, der gerade spricht oder schreibt, habe den Stein der Weisen gefunden. Viel zu wenig ist allgemein anerkannt, dass mit einer Erklärung, einem Ansatz, einem Zugang die Vielgestaltigkeit der Wirklichkeit niemals zu erfassen ist. Bestenfalls wird anderes Denken geduldet, statt in ihm die Chance wahrzunehmen, bei anderen das Wissen, die Fragestellung, die Antwort zu finden, die einem selber fehlt. Erst wenn der viel beschworene Pluralismus mehr ist als Duldsamkeit, mehr als der Verzicht, Andersdenkende zum Schweigen zu bringen, wenn er der Versuch ist, in der Vielfalt der anderen die eigenen Schranken zu überwinden, hört er auf, ein frommer Wunsch zu sein, eine unehrliche Parole oder ein bequemer Weg, sich vorm Hin- und Zuhören zu drücken. «

(4.11.1995, 1. Theoretische Konferenz der PDS Thüringen)

» Diese Gesellschaft ist nicht in ihrem politischen System zu erschüttern. Sondern es geht darum, der Wirklichkeit außerhalb des Parteiensystems eine Wirkung in den Entscheidungen dieses Landes zu verleihen. Es reicht eben nicht, nur in das Parteiprogramm zu schreiben, dass Antonio Gramsci zu unseren Traditionen gehört. Das war ein großer Gedanke. Man greift nicht dort an, wo der Gegner ein fest gefügtes Festungssystem hat, und der Staat der Parteien ist ein solches System. Sondern man bringt die anderen dynamischen Kräfte der Gesellschaft, die sich nicht unter diese Kontrolle stellen lassen, mit in Bewegung und bewegt sich in ihnen. Das ist die Erfahrung, die wir wohl alle gemacht haben. «

(15.1.1995, PDS-Landesparteitag Thüringen in Erfurt)

GESPRÄCH
MIT ISABELLE VANDRE

» Die Ostlinke müsste Motor der Erneuerung sein.«



WEITER SO FUNKTIONIERT NICHT MEHR
WIE KOMMT DIE LINKE IN DIE OFFENSIVE?

Du bist vor über zehn Jahren in der LINKEN aktiv geworden. Welche Rolle hat das Thema Ostdeutschland gespielt?

Mich hat die Erfahrung meiner Familie geprägt, die nach der Wende viel Frustration und Verunsicherung erlebt hat und ohne Job und Perspektive dastand. Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit hat mich darum früh politisiert. In die Partei bin ich zwar wegen anderer Themen eingetreten, doch DIE LINKE ist und bleibt für mich die einzige Partei, die das Gerechtigkeitsproblem zwischen Ost und West ernsthaft aufgreift.

DIE LINKE hat den Status als ostdeutsche Volkspartei aber vielerorts verloren. Woran liegt das?

Die Partei ist in ihrer Existenz insgesamt bedroht, und daran tragen wir selbst Schuld. Das heißt aber auch, dass wir es in der Hand haben, daran etwas zu ändern. Im Osten war der demografisch bedingte Verlust an Wähler*innen schon lange absehbar. Doch fatalerweise wurde es versäumt, eine neue Generation für DIE LINKE zu gewinnen.

Warum ist das nicht gelungen?

Im Osten wurden die Strukturen trotz der Parteigründung 2007 nicht weiterentwickelt. Um 2009 gab es große Wahlerfolge, sie waren getragen von der Mobilisierung gegen Hartz IV und von den Krisen- und Bildungsprotesten. Dieser Erfolg hat die strukturellen Probleme lange überdeckt und statt einer Neuausrichtung galt eher »Weiter so«. Die Ostlinke hätte aufgrund ihrer Stärke und gesellschaftlichen Verankerung ein Motor der Erneuerung sein können. Doch bis heute fehlt vielerorts der Mut dafür, und das fällt uns jetzt auf die Füße.

Was müsste sich ändern?

An vielen Orten ist die Partei noch immer durch das Politik- und Organisationsverständnis der PDS geprägt. Das ist in fast jedem Kreisverband spürbar. Viele glauben, dass wir einfach die Praxis der PDS fortführen müssen, um wieder erfolgreich zu sein. Die gesellschaftlichen Bedingungen haben sich aber verändert. Der Anspruch, eine Kümmererpartei zu sein, reicht nicht mehr aus und wir haben auch nicht mehr die Kraft dazu. Wir müssen Stellvertreterpolitik überwinden und Menschen darin unterstützen, selbst aktiv zu werden.

Ist Stellvertreterpolitik auch der Regierungsbeteiligung geschuldet? In Brandenburg war DIE LINKE immerhin zehn Jahre lang in der Regierung.

Da liegt auf jeden Fall ein Problem. Wir haben anfangs sehr hohe Erwartungen geschürt, die wir nicht wirklich einlösen konnten. Spätestens in der zweiten Legislatur hat die Rollenverteilung zwischen Regierungsmitgliedern, Fraktion und Landespartei nicht mehr funktioniert. Wir waren nicht Impulsgeber oder Korrektiv, sondern haben uns vom Koalitionspartner treiben lassen und an Formelkompromissen herumgedoktert, statt offen zu diskutieren. Wir hätten selbstbewusst klarmachen müssen, was wir wollen und was mit der LINKEN nicht geht. Die Debatten um Braunkohle oder das Polizei- und Verfassungsschutzgesetz haben Spuren hinterlassen. Das müssen wir dringend selbstkritisch aufarbeiten.

Was ist aus dieser Erfahrung zu lernen?

Man darf nicht unterschätzen, wie viel Ablehnung den Genoss*innen in den 1990er-Jahren entgegenschlug. Da ist es nachvollziehbar, dass man die eigene Politikfähigkeit unter Beweis stellen will. Doch das hat auf den politischen Habitus abgefärbt. Wir müssen wieder rebellischer werden und sagen: Ja, wir wollen Wohnungskonzerne enteignen und den Kapitalismus abschaffen! Das wäre auch wichtig, um dem Vormarsch der Rechten eine starke linke Alternative entgegenzustellen.

Was wäre denn nötig, um wieder in die Offensive zu kommen?

Wir müssen die Idee einer sozialistischen Zukunft starkmachen. Nur wenn wir als

ISABELLE VANDRE, Jahrgang 1989, macht seit vielen Jahren Politik bei der linksjugend ['solid] und in der LINKEN Brandenburg, früher in der Uckermark, heute in Potsdam. Seit 2014 ist sie Landtagsabgeordnete und aktuell Fraktionssprecherin für Hochschul-, Kultur-, Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik.

Gesamtpartei eine solche Utopie vertreten, können wir andere begeistern. Denn wir sind die politische Kraft, die einen Weg aus den vielfältigen Krisen aufzeigt. Der Volksentscheid von »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« hat gezeigt, dass man auch mit radikalen Forderungen Mehrheiten überzeugen kann. Bei der Wohnungs-, Gesundheits- und Energieversorgung wird die Unmenschlichkeit des Kapitalismus für viele Menschen spürbar und wir können mit ihnen für das Ziel der Vergesellschaftung streiten. Und zwar nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den Kleinstädten und auf dem Land, wo Kliniken geschlossen oder Buslinien gestrichen werden. Die Kämpfe gegen Privatisierung waren hier bei uns in Potsdam die, die am meisten bewegt haben.

Welche Auseinandersetzungen waren das?

Mein Wahlkreis in Potsdam ist sehr bürgerlich und vergleichsweise wohlhabend. Doch es gibt enorme soziale Konflikte um die Frage »Wem gehört die Stadt?«. Ein Beispiel ist der Wasserzugang, der oft privatisiert ist. Wir haben mit anderen für öffentliche Badestellen protestiert, haben eine Badeaktion mit Banner gemacht. Denn es braucht nicht nur geschützte Grünflächen und eine Achtung von Denkmal- und Landschaftsschutz, sondern auch Räume für Freizeit und Erholung. Eine naturverträgliche, öffentliche Badeinfrastruktur könnte beides verbinden. In Städten wie Kopenhagen gibt es so etwas längst. Die Auseinandersetzung hat gezeigt, dass in Potsdam nur die LINKE eine sozial-ökologische Perspektive vertritt. Die GRÜNEN hier sind erzkonservativ und setzen sich vor allem für den Erhalt und Wiederaufbau der preußischen Herrschaftsarchitektur ein – selbst dann, wenn dafür Gebäude der DDR-Moderne abgerissen werden. Wir stehen hier als einzige Partei gegen Gentrifizierung, aber auch gegen die Unsichtbarmachung unserer Ostgeschichte und die marktgängige Totsanierung der Stadt. Damit gewinnen wir viel Zuspruch.

Sind es vor allem jüngere stadtpolitisch Aktive, die die LINKE in solchen Kämpfen gewinnt?

Absolut nicht. Von Privatisierung und Verdrängung sind alle betroffen. Wir hatten hier auch eine Auseinandersetzung um privat betriebene Seniorenwohnungen, die Josephinen-Wohnanlage. Der Investor fand das Geschäftsmodell nicht mehr profitabel und hat den hochbetagten Bewohner*innen fristlos gekündigt, um Airbnb-Apartments einzurichten – mitten im Corona-Winter. Dagegen hat sich ein breites Bündnis aus Verbraucherzentrale, Mieterbund und Seniorenrat gebildet, das wir unterstützt haben. Dieser Kreis hat Beratungen für die Bewohner*innen organisiert, mit ihnen Kundgebungen gemacht. Schließlich kam aus der Verbraucherzentrale der Anstoß, die Enteignung zu sozialen Zwecken im Brandenburger Landesgesetz zu verankern. Auch wenn wir das im Landtag nicht durchsetzen konnten: Es war ein wichtiger gemeinsamer Kampf, in dem wir viele neue Verbündete gewonnen haben.

Wie hat sich eure Parteiarbeit durch solche Auseinandersetzungen verändert?

Ganz viele Menschen aus kapitalismuskritischen und feministischen Bündnissen, aus Anti-AfD-Protesten und Geflüchteteninitiativen sowie aus der Krankenhaus- und Klimabewegung sind in den letzten Jahren bei

uns aktiv geworden. Durch unsere Kundgebungen, aber auch durch den Haustürwahlkampf konnten wir neue Mitstreiter*innen finden. Damit die auch bleiben, müssen wir aber die Parteikultur insgesamt verändern und erneuern.

Was heißt das für dich?

Wir müssen über unsere Differenzen diskutieren und ein gemeinsames Organisationsverständnis erarbeiten. Sehen wir uns zum Beispiel als Kader- oder als Mitgliederpartei? Wir haben seit der Parteigründung versäumt, diese Debatte offen zu führen. Auch programmatische Konflikte, etwa zur Braunkohle oder Friedenspolitik, wurden viel zu lang mit Kompromissen überdeckt, statt sie produktiv zu wenden. Wir brauchen Zeit und Raum, um diese Punkte zu klären und dann Beschlüsse zu fällen. Das mag zunächst auf Kosten kurzfristiger Ziele gehen wie etwa gute Umfrageergebnisse, aber die Priorität muss jetzt sein, die Partei aufzubauen, Mitglieder zu gewinnen, politische Bildung zu leisten, kampagnenfähig zu werden.

Was heißt denn Parteiaufbau für dich vor Ort? Wie wird die Partei attraktiv für neue Mitstreiter*innen?

Entscheidend ist, dass die Mitglieder im Mittelpunkt stehen. Wir versuchen das durch mehr Debatte und Aktion und weniger Sitzungssozialismus. Neben den üblichen Sitzungen bieten wir zum Beispiel einen offenen feministischen Stammtisch an. Parteibüros können zu offenen Bürokollektiven werden, wie in Leipzig, Erfurt und Berlin und inzwischen auch hier in Potsdam. Statt die Büros leerstehen zu lassen, können wir lokalen Initiativen Raum bieten, von Politik über Kultur bis zu Sozialberatung und Volxküchen. Das stärkt die Kontakte und es zeigt: Bei der LINKEN ist noch Leben in der Bude.

Du hast den Haustürwahlkampf erwähnt. Was taugt das Instrument tatsächlich?

Meine Erfahrung ist: Es lohnt sich absolut, um als Partei sichtbar zu werden. Man kommt mit Menschen ins Gespräch, die uns vorher nicht kannten und von denen einige auch dauerhaft bleiben. Allerdings müssen wir den Haustürwahlkampf noch systematischer, noch strukturierter angehen. Uns nicht ziellos auf lange Gespräche einlassen, sondern klarhaben, wohin wir gehen und mit welchem Ziel. Wir müssen die Wahlkreise gut analysieren, die dort jeweils relevanten Themen identifizieren und die großen Fragen runterbrechen. Und wir müssen viel mehr Menschen einbinden, dabei mitzumachen, damit sich der Effekt vervielfacht.

Ist das an allen Orten möglich und realistisch?

Prinzipiell schon. Ich denke, man kann auch im ländlichen Raum Organizing machen, und das passiert auch zum Teil. Leute gehen dann eben an den Gartenzaun und nicht an die Tür. Häufig ist das Problem eher die Überwindung, solche neuen Dinge wirklich auszuprobieren, einfach anzufangen. Dafür braucht es nicht nur technische Skills und Leitfäden, sondern auch Motivation und Inspiration. Da könnte es helfen, wenn Multiplikator*innen vorbeikommen und vor Ort ihre Erfahrungen weitergeben, auf den jeweiligen Kontext, die Unsicherheiten und Fragen eingehen und Starthilfe leisten.

Das Gespräch führte Hannah Schurian.

ANDERS ALS DIE ANDEREN PARTEIEN
WIE DIE LINKE IN LEIPZIG DEN AUFBRUCH VERSUCHT

MARLEN BORCHARDT

Die LINKE wird oft als Teil des Establishments wahrgenommen, gerade im Osten. Wenn sie das ändern will, muss sie in den Alltagskämpfen sichtbar sein – insbesondere in den neuen Streikbewegungen.

Im September 2022 bot der Leipziger Augustusplatz ein besonderes Bild. Rund 5 000 Menschen versammelten sich an diesem Montagnachmittag vor dem Opernhaus, um gegen die Preissteigerungen und die Krisenpolitik der Bundesregierung zu demonstrieren. Sören Pellmann und die Bundestagsfraktion der LINKEN hatten zu der Demo aufgerufen. Gekommen war eine bunte Mischung aus Älteren und Jüngeren, Parteiaktiven und Passant*innen, Studierenden und Beschäftigten, linker Szene und Gewerkschaftsmitgliedern. Es sprachen Beschäftigte der Leipziger Verkehrsbetriebe, eine alleinerziehende Mutter, eine Vertreterin des Mieter*innenbündnisses aus Leipzig-Schönefeld und ein Sohn vietnamesischer Vertragsarbeiter*innen. Sie erzählten von Angst, Wut und Frustration und machten deutlich, dass alle auf dem Platz von derselben Krise betroffen seien, einer Krise, die sie selbst nicht verschuldet hätten.

SOZIALE KRISE – ABER KEIN PROTEST AUF DER STRASSE

Als Mitglied der LINKEN in Leipzig war ich an der Organisierung der Kundgebung beteiligt. In der stark von Rechten dominierten Protestdynamik eines erwarteten »Heißen Herbstes« wollten wir versuchen, einen linken Akzent zu setzen und die Krise zu politisieren. Gut ein Dreivierteljahr später können wir resümieren, dass sich unsere Hoffnungen nicht erfüllt haben. Weder haben sich Massen auf den Straßen versammelt noch hat die LINKE Zulauf bekommen. Dass der große Protest ausgeblieben ist, hat auch mit den Rettungspaketen der Bundesregierung zu tun. Und dennoch gibt es



enorm viel Wut und Frustration. Darum war es richtig, den Menschen einen Raum anzubieten, diesen Gefühlen kollektiv Ausdruck zu verleihen, und regelmäßig Kundgebungen zu organisieren. Wir als Partei haben dabei viel gelernt und konnten neue Kontakte zu aktiven Betriebsgruppen in der Stadt knüpfen. Denn auf den zweiten Blick ist der Herbst eben doch nicht so lauwarm geblieben, wie manch einer meinen möchte. Die Wut der Menschen ballt sich weniger auf der Straße, sondern in den Betrieben. Viele Beschäftigte sind nicht bereit, Inflation und Reallohnverlust einfach so hinzunehmen. In den Tarifrunden der Post und des öffentlichen Dienstes zeigt sich eine hohe Kampfbereitschaft. Die Bedingungen für linke Aufbrüche sind also eventuell gar nicht so schlecht. Es gibt klassenkämpferische Impulse, die die LINKE aufgreifen kann, und eine Leerstelle, die sie füllen müsste. Doch dazu muss die Partei ihre Rolle verändern und organischer Teil dieser Kämpfe werden.

OSTDEUTSCHLAND UND DIE LINKE

Seit der Wiedervereinigung 1990 wurde Ostdeutschland einer umfassenden Transformation des politischen Systems, der Arbeitswelt und der Lebensweise ausgesetzt. Damit waren vielschichtige Unsicherheiten in den Biografien verbunden, aber auch die Hoffnung auf Demokratie und blühende Landschaften. Vor allem Letzteres stellte sich als Enttäuschung heraus. In den vergangenen 33 Jahren hat sich die politische und ökonomische Situation in Ostdeutschland immer mehr festgefahren. Die Wut über die Folgen der Deindustrialisierung, die prekäre Beschäftigung, die niedrigen Löhne und Renten entlud sich in den Protesten der 1990er- und frühen 2000er-Jahre. Noch heute bestimmen »Jammer-Ossis« und Nazis das mediale Bild.

Die LINKE (und vorher die PDS) galt lange Zeit als die Ostpartei schlechthin. Eine Partei, die die Ossis versteht und für sie einsteht, die in vielen Kommunal- und Landesregierungen mitregierte oder noch immer regiert. Trotzdem

MARLEN BORCHARDT studiert Soziologie in Jena. Sie ist im SDS und der LINKEN in Leipzig aktiv. Seit einigen Jahren beschäftigt sie sich mit der Transformation Ostdeutschlands im Zuge der Wende und den daraus folgenden Kämpfen und Konflikten.

scheint die LINKE heute als Partei des Ostens kaum noch zu überzeugen. Zwar ist sie weiterhin in allen Landesparlamenten vertreten, ist in Thüringen sogar stärkste Partei, doch Wähler*innenstimmen und Basisverankerung schwinden kontinuierlich. Die AfD hat vielerorts den Ruf, im Sinne der Ostdeutschen Politik zu machen, und ist in fast allen Landtagen zweitstärkste Kraft. Hinzu kommen sinkende Mitgliederzahlen der LINKEN. Große Teile des traditionellen Wähler*innenklientels sind in den letzten Jahren schlichtweg verstorben. Die soziale Verankerung erben wir als Partei nicht mehr, sondern müssen sie neu erarbeiten, nicht nur um Wähler*innen zu gewinnen, sondern auch neue Mitglieder.

Aber es ist nicht alles düster in Ostdeutschland. Es gibt Aufbrüche und Kämpfe, in denen sich für die LINKE neue Potenziale zeigen. Neue antifaschistische Kämpfe, aber auch der Klimaaktivismus sind die prägenden politischen Erfahrungen junger Linker. Darüber hinaus gibt es eine neue Generation von Beschäftigten in Ostdeutschland, die die Kämpfe der Nachwendezeit nicht unmittelbar erlebt haben. Sie tragen nicht so schwer an den Niederlagen und haben eine höhere Konfliktbereitschaft.

LINKE MIT GEBRAUCHSWERT

Bisher dominieren Wahrnehmungen der Ostdeutschen als Opfer der Transformation, als die ewig Jammernden, denen geholfen werden muss. Damit muss nun langsam Schluss sein. Wir brauchen eine andere Erzählung der Selbstermächtigung, die an die aktuellen Klassenkämpfe in Ostdeutschland anknüpft. Um diese Perspektive einzunehmen, muss die LINKE für die Multiplikator*innen in den betrieblichen Kämpfen und der Klimabewegung zur Verbündeten werden und ihnen eine konkrete Perspektive der Organisierung anbieten, die noch über den Betrieb hinausgeht. Um sie zu überzeugen, muss sie als eine Partei auftreten, die grundsätzlich in Opposition zum herrschenden System steht, die auch außerhalb von Wahlen und Parlamenten in sozialen Auseinandersetzungen präsent ist und darin eine konkrete Funktion übernimmt. Ihr Gebrauchswert darf sich nicht darin erschöpfen, im Parlament Schlimmeres zu verhindern oder nur halb befriedigende Kompromisse auszuhandeln. Ihr politischer Nutzen muss in konkreten Auseinandersetzungen spürbar sein.

Arbeitskämpfe und Tarifauseinandersetzungen finden zumeist in einem klar abgesteckten zeitlichen, räumlichen und politischen Rahmen statt. Die LINKE kann diese Kämpfe über diesen Rahmen hinaus verbinden, in den größeren politischen Kontext einbetten und die kapitalistischen Verstrickungen deutlich machen. So kann sie die Menschen auch für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen gewinnen. Klassenkämpfe aller Art sind Momente, in denen nicht nur die Notwendigkeit, sondern die Möglichkeit einer besseren Gesellschaft deutlich wird. Die LINKE organisiert nicht die Beschäftigten im Betrieb und sie führt auch nicht die Demos für Klimagerechtigkeit an, aber sie kann mit ihren Ressourcen Kämpfe stärken, sie in der Gesellschaft verankern und ihnen eine langfristige Perspektive bieten.

Konkret eröffnen sich in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes und des Nahverkehrs zwei Möglichkeitsfenster, in denen wir in diesem Sinne aktiv werden können. Wie kann die Partei ihre Rolle als parlamentari-

scher, zivilgesellschaftlicher und aktivistischer Akteur gestalten? In Leipzig haben wir dazu erste Ideen entwickelt und ausprobiert.

KRISE UND NEUSTART IN LEIPZIG

Leipzig hat den Ruf des »gallischen Dorfs« in Sachsen. Gegen den Trend des restlichen Bundeslandes, in dem seit 1990 die CDU regiert, überwiegen hier linke und grüne Wähler*innen. Leipzig ist eine der größten Städte in Ostdeutschland mit einer aktiven linken Szene. Der Stadtverband der LINKEN besteht aus über 1500 Mitgliedern. Nichtsdestotrotz sind die Stadt und ihr Umland durch die Folgen von Wende und Transformation geprägt. Auch Leipzig bleibt von der Krise der LINKEN nicht verschont, sie tritt nur verzögert ein. Das bedeutet aber, dass wir hier noch die Ressourcen und die Mitgliederstärke haben, um das Ruder herumzureißen.

Über den Herbst und Winter hat die LINKE in Kooperation mit der »Genug ist Genug«-Unigruppe in einem zweiwöchigen Rhythmus mehrere Montagsdemonstrationen organisiert. Die Zahl der Teilnehmenden betrug zwischen 50 und 200 Personen. Auch wenn wir keine Massen mobilisieren konnten, hatten die Demos einen besonderen Mehrwert. Wir sind mit aktiven Betriebsgruppen der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB), des Uniklinikums, von Lieferando und Amazon in Kontakt getreten und haben sie als Redner*innen eingeladen. Die Beschäftigten von Teigwaren Riesa sind im Zuge ihres Streiks zu uns nach Leipzig gereist. Wir besuchten die Betriebsversammlungen der LVB, die in Vorbereitung auf die Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst stattfanden, und die Kundgebungen waren der erste Schritt, um mit den Kolleg*innen in Kontakt zu kommen und Vertrauen aufzubauen. Unser langfristiges Ziel geht jedoch darüber hinaus. Wir wollen deutlich machen, dass die LINKE in den anstehenden Streiks nicht nur symbolisch an der Seite der Beschäftigten steht, sondern praktische Unterstützung leistet und die politische Auseinandersetzung führt, die den Streik stärkt und flankiert. Wie das gelingen kann, darauf gibt die aktuelle Tarifrunde des öffentlichen Dienstes einen Ausblick.

ERSTE TARIFRUNDE IM ÖFFENTLICHEN DIENST IN LEIPZIG

In Leipzig sind mehr als 10 000 Angestellte an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) gebunden. Die Gewerkschaften verfolgen in der Tarifrunde einen offensiven Kurs und stellen Lohnforderungen, die über das Inflationsniveau hinausgehen und von den Arbeitgebern als Kampfansage gewertet werden.

In Leipzig haben sich vor allem die Verkehrsbetriebe zu einem kämpferischen Betrieb entwickelt. Zwei 24-Stunden-Streiks im Februar boten einen ersten Vorgeschmack, was es für das öffentliche Leben bedeutet, wenn der Bus- und Bahnverkehr stillsteht. Die Streiks sind aber nicht nur ein Konflikt mit dem Arbeitgeber, sie bedeuten auch eine Auseinandersetzung mit den Nutzer*innen der Dienstleistungen. Im öffentlichen Dienst zählen dazu nicht nur der ÖPNV, sondern auch Kitas, Krankenhäuser, Verwaltungseinrichtungen, Schwimmbäder und vieles mehr. Die Streiks im Bereich sozialer Dienstleistungen müssen den Menschen vermittelt werden, die auf sie angewiesen sind. Darin liegt das Potenzial, die Forderungen der Streikenden mit den Anliegen der breiten Bevölkerung zu

verbinden, denn gute Bezahlung ist elementar für eine gute Qualität öffentlicher Dienstleistungen.

In Leipzig haben wir zunächst damit begonnen, konkrete Streiksolidarität zu leisten. Wir waren als LINKE-Mitglieder an den Streikposten, hatten Kaffee und Limo zur Stärkung dabei. Wir haben mit den Klimaaktivist*innen Haltestellen plakatiert, haben mit Passant*innen in der Fußgängerzone über die Streiks diskutiert und Fotos von solidarischen Leipziger*innen gesammelt. Diese Aktionen waren erste Gehversuche einer LINKEN im Streikgeschehen, unsere Ideen reichen aber noch viel weiter: von Fahrgast- und Haustürgesprächen bis hin zu Diskussions- und Informationsveranstaltungen, Soli-Demos und Streikpartys. Dazu sind noch viele Hürden zu überwinden. Die größten Herausforderungen bleiben fehlende Ressourcen, aber auch der Wagemut, die üblichen Aktivitäten einen Moment ruhen zu lassen und stattdessen eine experimentelle Praxis zu versuchen. Darüber hinaus erfordert es viel Durchhaltevermögen und manchmal auch ein dickes Fell, als Mitglied der LINKEN auf Demos und an Streikposten präsent zu sein. Oft wird der Partei mit Skepsis oder Verdruss begegnet. Doch dieses Misstrauen lässt sich nur durch kontinuierliche Präsenz aus dem Weg räumen. Das richtige Fingerspitzengefühl lernt man nur im Nahkontakt.

WAS KANN DIE LINKE TUN?

Für die Partei ist die Streiksolidarität eine gute Gelegenheit, Neumitgliedern und Interessierten einen klassenkämpferischen Einstieg in die Aktivitäten der Partei zu ermöglichen. Trotzdem stößt die Solidaritätsarbeit zwangsläufig an Grenzen, wenn sie nicht von größeren Kampagnen begleitet wird, in denen die LINKE als sozialistische Partei über die unmittelbare Kampfsituation hinausweist. Insbesondere bei der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes würde es einer Kampagne bedürfen, die die Unterfinanzierung des öffentlichen Dienstes und die Armut der Kommunen gezielt und umfassend anprangert. Seit Wochen schon ist es die Strategie der bürgerlichen Parteien, Streikende gegen Steuerzahler*innen auszuspielen. Der Meißener CDU-Landrat und Präsident des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Sachsen, Ralf Hänsel, malte in der Talkshow »Fakt ist!« auf MDR das Schreckensbild einstürzender Brücken, die aufgrund der horrenden Lohnforderungen nicht saniert werden könnten. Die Botschaft war eindeutig: höhere Löhne für die Beschäftigten gleich höhere Steuern für alle, nach dem Prinzip »Teile und herrsche«. Die LINKE muss verhindern, dass die arbeitende Klasse auf solche Weise gespalten wird. Denn gute Löhne und attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sind auch essenziell für alle, die die Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Wichtig wäre daher, die Sparpolitik des Bundes als Ursache des Problems offenzulegen und deutlich zu machen, wie sich die Rahmenbedingungen verändern müssten. Eine Kampagne könnte die Forderung nach einem Sondervermögen zur Sanierung der kaputtgesparten öffentlichen Infrastruktur und detaillierte Modelle für eine bessere Ausfinanzierung der Kommunen entwickeln.

An der Basis würde das die Arbeit der Streiksolidarität erleichtern. In Leipzig, wo die LINKE im Stadtrat sitzt, äußern die Kolleg*innen uns gegenüber Unverständnis, warum die Fraktion sich nicht für eine

sofortige Auszahlung des Inflationsausgleichs an die LVB-Beschäftigten starkmache. Realpolitisch steht die LINKE hier vor dem Problem, mit dem Sparzwang in verarmten Kommunen umgehen zu müssen. Wenn wir parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit jedoch miteinander vereinen wollen, brauchen wir kreative Ideen, wie mit dieser Hürde umgegangen werden kann. Die LINKE müsste offensiv die kommunale Handlungsunfähigkeit thematisieren und politisieren. Gleichzeitig könnte darauf gedrängt werden, dass Gesundheitsversorgung und ÖPNV besonderer Finanzierungsmodelle bedürfen und die Aufgabe, solche zu entwickeln und umzusetzen, nicht allein den Gemeinden überlassen werden kann. Wir müssten überlegen, welche Protestformen dafür Druck aufbauen könnten, nicht nur in den Parlamenten, sondern auch außerparlamentarisch.

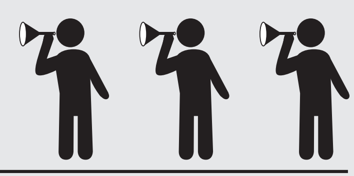
Für einen Betrieb wie die LVB ist die TVöD-Runde in diesem Jahr eine völlige Ausnahmesituation. Die Streikerfahrung ist neu und läuft diametral zu den vielen Erfahrungen politischer Ohnmacht, die die Kolleg*innen in ihrem Alltag machen. Für viele ist es ein Schlüsselmoment, an dem sie auch Familie und Freund*innen teilhaben lassen. Wenn eine Partei wie die LINKE in solchen Momenten präsent ist und ihren Gebrauchswert beweist, dann werden das die Kolleg*innen und ihr Umfeld so schnell nicht vergessen. Es wäre die Erfahrung, dass die LINKE einen ganz konkreten Unterschied macht.

DIE LINKE UND TARIFRUNDE NAHVERKEHR – FAHREN WIR ZUSAMMEN?

Die Aktivitäten der LVB-Beschäftigten sind nicht nur in Bezug auf die aktuelle Tarifrunde des öffentlichen Dienstes interessant, sondern auch für die 2024 anstehende Tarifrunde Nahverkehr. Die Kampfbereitschaft der Leipziger Bus- und Bahnfahrer*innen macht Hoffnung, dass ein gemeinsames sozial-ökologisches Bündnis möglich ist. Denn schon jetzt unterstützt #Wirfahrenzusammen (eine Initiative von Klimaaktivist*innen) die aktuellen Streiks im TVöD. Der gemeinsame Klimastreik am 3. März hat auch in Leipzig gezeigt, welche Stärke Gewerkschafts- und Klimabewegung zusammen aufbauen können. Doch welche Rolle könnte die Leipziger LINKE in der anstehenden Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Nahverkehr einnehmen?

Es bestehen gute Verbindungen zur Betriebsgruppe der LVB. Man könnte Vernetzungstreffen zwischen Partei und ÖPNV-Beschäftigten organisieren, um sich von ihnen als Expert*innen Ratschläge für eine nachhaltige Umgestaltung der Mobilität in Leipzig einzuholen und um gemeinsame Forderungen zu erarbeiten. Mit Befragungen und Petitionen der LINKEN zu autofreien Zonen, Barrierefreiheit an den Haltestellen oder dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrsnetzes ließe sich schrittweise ein Plan entwickeln, der das Thema Verkehrswende in die Stadtgesellschaft trägt. In Bezug auf die konkrete Streiksolidarität könnte die LINKE über eine Neuauflage der Roter-Punkt-Aktion von 1969 nachdenken. Damals kam es in Hannover zu Steigerungen der Ticketpreise im ÖPNV, woraufhin Studierende eine solidarische Aktion von Autofahrer*innen organisierten. Rote Punkte an den Windschutzscheiben signalisierten die Bereitschaft, Personen mitzunehmen, die die überteuerten Preise boykottierten.

WAS WAR & WAS IST



»HAYMAT OST«

AUDIODOKUMENTATION ZU (P)OST MIGRANTISCHEN ALLIANZEN

Migration war und ist fester Bestandteil der ostdeutschen Gesellschaft. Bereits in die DDR migrierten Vertragsarbeiter*innen, Studierende oder politisch Verfolgte. Ab den 1990er-Jahren setzte sich die Einwanderung in die ostdeutschen Bundesländer fort und prägte die hiesige Gesellschaft entschieden mit. Dennoch stellen migrantische Perspektiven, Lebensrealitäten und Kämpfe immer noch Leerstellen in Politik und Selbstverständnis der ostdeutschen wie auch der gesamtdeutschen Gesellschaft dar. Um dies zu ändern, kamen im Oktober letzten Jahres migrantische, postmigrantische und antirassistische Akteur*innen und Initiativen des Ostens zu der zweitägigen Konferenz »Haymat Ost« in Leipzig zusammen. Die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung mitorganisierte Veranstaltung im Theater der Jungen Welt bot Gelegenheit zu Vernetzung und Austausch. Es ging darum, gemeinsame politische Forderungen zu entwickeln, neue Allianzen zu schmieden und Kämpfe zu verbinden. Sphere Radio e. V. hat die Highlights der Konferenz in einem Podcast dokumentiert, der nun zu hören ist.

DOKUMENTATION:
www.rosalux.de/dokumentation/id/50025/haymat-ost

»ICH HABE MICH IMMER EINGEMISCHT«

STEFAN-HEYM-AUSSTELLUNG
MÄRZ BIS AUGUST 2023 IN BERLIN

Durch alle historischen Wenden sich selbst treu geblieben: Stefan Heym gilt als einer der bedeutendsten Schriftsteller und politischen Intellektuellen der DDR. In Kooperation mit der Internationalen Stefan-Heym-Gesellschaft würdigt nun die Rosa-Luxemburg-Stiftung den Künstler und kritischen Sozialisten mit einer Ausstellung. 28 Schautafeln präsentieren anschaulich das vielfältige literarische Werk des Autors: von historischen und zeitkritischen Romanen über Gedichte, Erzählungen, Reden und Essays bis hin zu Märchen. Die Ausstellung macht Erinnerungen von Weggefährt*innen wie Egon Bahr, Lothar Bisky, Gregor Gysi und Bettina Wegner zugänglich, die Therese Hörnigk in der gleichnamigen Publikation mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung dokumentiert hat. In der Ausstellung sind sie um bisher unveröffentlichte Fotodokumente ergänzt und ermöglichen so einen neuen Blick auf das Leben und Schaffen Heyms.
Die Ausstellung kann eintrittsfrei noch bis 15. August im Foyer der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Straße der Pariser Kommune 8A in Berlin besucht werden.

WEITERE INFOS: www.rosalux.de/news/id/50139/

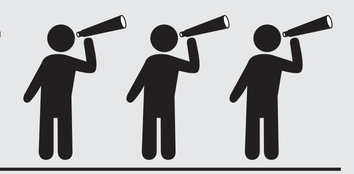
ZERRISSENE FAMILIEN

PODCAST ÜBER DIE SCHWEIZER »SECONDOS«

Staatliche Migrationspolitiken zielen oft auf die Schwächung familiärer Bindungen von Arbeitsmigrant*innen. Familiengründungen werden erschwert, teilweise verunmöglicht und bestehende Familien auch zerstört. Die Geschichte staatlicher Biopolitik destabilisiert migrantisches Leben, um es auf diese Weise stärker unterwerfen und ausbeuten zu können. In der Schweiz organisiert sich die zweite Generation der damaligen Gastarbeiter*innen vor allem aus Italien, die sogenannten Secondos, und arbeitet diese traumatische Geschichte struktureller Gewalt auf.
Die Podcastreihe ManyPod spricht in ihrer 19. Folge mit Paola De Martin von TESORO, dem Verein für die Aufarbeitung des Leids illegalisierter migrantischer Familien in der Schweiz.

PODCAST:
www.rosalux.de/mediathek/media/element/2264

WAS KOMMT



WER DEMONSTRIERT DA EIGENTLICH?

PODIUMSDISKUSSION, 6. JUNI 2023 IN CHEMNITZ

Kaum ein Thema hat Chemnitz und seine Wahrnehmung in den letzten Jahren so sehr geprägt wie der Tod von Daniel H. und die nachfolgenden Demonstrationen 2018. Damals gingen zahlreiche Menschen auf die Straße, um gegen die Migrationspolitik zu demons-

trieren. Es ließ sich ein Schulterschluss zwischen der extremen Rechten und anderen Bürger*innen beobachten. Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurde ab 2020 erneut »Wir sind das Volk!« auf den Chemnitzer Straßen skandiert. Und mit Beginn des Ukraine-Kriegs und der Energiekrise haben die Montagsproteste enorm an Zulauf gewonnen.
Wer sind die Menschen, die jeden Montag beharrlich aufmarschieren? Nazis und »Schwurbler« oder Bürger*innen, die sich um die Zukunft unseres Landes sorgen?
Sophie Spitzner vom Kulturbüro Sachsen möchte mit Henning Laux, Professor für Soziologie und Herausgeber der Studie »Risikodemokratie. Chemnitz zwischen rechtsradikalem Brennpunkt und europäischer Kulturhauptstadt« und Interessierten über die neue Protestkultur ins Gespräch kommen.
Veranstalter ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.

INFOS:
www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/IJ17F/

BEZAHLBARER WOHNRAUM IST MÖGLICH!

KONFERENZ, 16./17. JUNI IN FRANKFURT AM MAIN

Seit Jahren erleben wir in Deutschland eine schwere Wohnungskrise – breite Bevölkerungsschichten leben in ständiger Sorge vor steigenden Mieten und Verdrängung. Wenn Wohnungs- und Klimapolitik weiter getrennt behandelt werden, wird sich mit der Klimakrise die soziale Spaltung vertiefen. Besonders betroffen vom Mangel an bezahlbarem Wohnraum sind neben Geringverdienenden vor allem benachteiligte Gruppen wie Geflüchtete, Wohnungs- und Obdachlose oder von Gewalt betroffene Frauen bzw. FLINTA*, deren Recht auf Stadt und Wohnen eingeschränkt wird.
Die Situation ist dramatisch, doch die herrschende Wohnungspolitik in Bund und Ländern bewegt sich kaum. Oft fehlt es an politischem Willen. Allerdings gibt es Konzepte, Strategien und praktische Erfahrungen, wie sich Mietenwahnsinn und Wohnungsnot wirksam bekämpfen lassen – und Akteur*innen, die diesen Kampf bereits führen.
Hier setzt die wohnungspolitische Konferenz in Frankfurt am Main an: Entlang der fünf Schwerpunktthemen Miete, Neubau, Vergesellschaftung, Klima sowie »Wohnen für alle« soll gemeinsam über Wege aus der Wohnungskrise diskutiert werden.

MEHR INFOS:
www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/EBQUM/

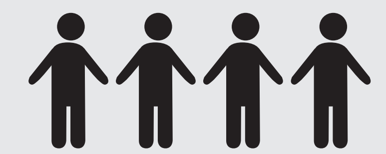
ZEITENWENDE – WELCHE ZEITENWENDE?

KONFERENZ, 15. JULI IN FRANKFURT AM MAIN

Die Demokratie wird von starken Kräften infrage gestellt, die Globalisierung geht in Deglobalisierung über, der Alltag und der wirtschaftliche Wohlstand werden durch Umweltkatastrophen, geopolitische Konflikte, Lieferkettenausfälle oder Energieknappheit bedroht. Die immer schnellere Abfolge neuer Krisen gibt Anlass, die viel beschworene »Zeitenwende« im Zusammenhang mit diesen katastrophischen Prozessen zu betrachten. Dabei sollte angesichts der Katastrophe auch über eine Zukunft nach dem Kapitalismus nachgedacht werden. Mit der Konferenz soll zu einer kollektiven Zeitdiagnose beigetragen und versucht werden, die aktuellen Umbrüche und ihre Folgen bis in unser Alltagsleben hinein genauer zu verstehen.
Es wird auch darum gehen, die politischen Interventionsmöglichkeiten neu zu bestimmen.
Die Konferenz ist eine Kooperationsveranstaltung der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

ANMELDUNG:
https://info.rosalux.de/#Buchung/vkn5w

MIT WEM



(K)EINHEIT – WIE DIE GENERATION Z ÜBER DEN OSTEN DENKT

FILMPROJEKT AUS CHEMNITZ

Bis heute spüren auch junge Ostdeutsche die Nachwirkungen eines geteilten Deutschlands. Obwohl sie nur ein vereintes Deutschland kennen, prägen die Erfahrungen ihrer Eltern und Großeltern sie. Auch trifft die »Generation Z« (geboren zwischen 1997 und 2012) bei Gleichaltrigen aus den alten Bundesländern auf unterschiedliche Lebensrealitäten wie auf Stereotype und Zuschreibungen gegenüber dem Osten. Damit beginnt häufig die Auseinandersetzung mit der eigenen ostdeutschen Identität.
Das Filmprojekt »(K)Einheit« zeigt die Sichtweisen

von jungen Menschen auf ein geeintes Deutschland und ihre innere Zerrissenheit zwischen westlich und östlich geprägten Idealen und Perspektiven(-losigkeit) im Osten. Menschen zwischen 18 und 25 Jahren aus Chemnitz und der Region sprechen über ihr Verhältnis zur DDR-Erinnerungskultur, zu ihrer Kindheit und wertegeleiteter Sozialisierung, den Umgang mit Stereotypen und Herausforderungen im Osten. Zudem gibt es Reflexionen zum Vereinigungsprozess und zu dem, was die junge Generation in Hinblick auf ihre Zukunft im Osten Deutschlands bewegt. Beginnen wird die Dokumentarreihe Anfang September.
Inzwischen hat sich »(K)Einheit« von einem Filmprojekt zu einem Gesellschaftsprojekt weiterentwickelt – mit dem Anspruch, eine aktive Rolle in der Demokratieförderung sowie Jugendbildung zu übernehmen. Eine Gelegenheit zur Vernetzung und zum Austausch darüber bietet das Jugendbildungsfestival »Bildung Machen – Bildet Banden« vom 9. bis 11. Juni in Trebnitz, das die Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert.

MEHR INFOS: www.keinheit.de
www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/HQVZD/

DIE SCHATTENSEITE DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION

PODIUMSVERANSTALTUNG, 2. JUNI IN BERLIN

Ob beim Ausbau von Windkraftanlagen oder der automobilen Antriebswende: Wo Widersprüche und Spannungen der »Begrünung« des Kapitalismus zutage treten, sind es oft Kräfte der radikalen Rechten, die sich als Stimme der »kleinen Leute« und Verteidiger*innen des Wohlstands gerieren. Nicht nur »grün« Konsumierende, sondern auch Klimaaktivist*innen werden dabei als abgehoben dargestellt. Selbst inszenieren sich Rechtsradikale hingegen immer öfter als die wahren Naturschützer*innen. Das Spektrum rechter Antworten auf die ökologische Krise ist breit: Es reicht von der Leugnung und klimapolitischen Totalblockade über marktfreundliches Laissez-faire und grün-modernen Nationalismus bis hin zu völkischer Wachstumskritik. Worin bestehen die Unterschiede zwischen den vielfältigen Argumentations- und Interventionsmustern rechtsautoritärer Akteur*innen und wo greifen sie trotz vordergründiger Verschiedenheit ineinander? Vor welche Herausforderungen sehen sich linke Kräfte angesichts rechter Terraingewinne in der Klimakrise gestellt? Und was sind wirkungsvolle antifaschistische Gegenstrategien?
Über diese Fragen diskutieren: Tatjana Söding und William Callison vom internationalen Zetkin Collective mit Sarah v. Wintzingerode und Florian Teller von FARN, der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz.
Die Podiumsveranstaltung ist Teil des Graduiertenkollegs »Krise und sozial-ökologische Transformation« der Rosa-Luxemburg-Stiftung und findet im neuen Stiftungsgebäude an der Straße der Pariser Kommune 8A in Berlin statt.

MEHR INFOS:
www.rosalux.de/en/event/es_detail/VBRGD/

DEN FRIEDEN GEWINNEN, NICHT DEN KRIEG

KONFERENZ, 23. BIS 24. JUNI 2023 IN HANAU

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist der Krieg zurück in Europa. Begleitet wird er von einer Aufrüstungsspirale und einer kriegsverherrlichenden medialen Berichterstattung. Bei vielen Menschen wächst die Angst vor einer atomaren Eskalation.
Der Krieg hat auch Auswirkungen auf die Beschäftigten in Deutschland. Eine Inflation wie seit 1951 nicht mehr führt zu steigenden Preisen und Lebenshaltungskosten. Jeder Euro, der in diesen Krieg gesteckt wird, fehlt für eine armutsfeste Sozialpolitik, für gute Bildung und den sozial-ökologischen Umbau. Wie können Verhandlungslösungen auf den Weg gebracht werden, um das sinnlose Töten so schnell wie möglich zu beenden und eine drohende Eskalation zu vermeiden?
Auch in den Gewerkschaften ist eine Debatte im Gange, bei der bisher bestehende friedenspolitische Grundsätze, Positionen und Beschlüsse auf den Prüfstand gestellt werden. Auf der Konferenz sollen Hintergründe und Auswirkungen des Krieges diskutiert, aber auch die friedenspolitischen Positionen der Gewerkschaften reflektiert und geschärft werden. Dazu laden die IG Metall Hanau-Fulda und die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit ihrer gemeinsamen Konferenz in Hanau ein.

MEHR INFOS:
www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/OKM6O/

WER SCHREIBT



MIT NEUER ENERGIE FÜR VERGESELLSCHAFTUNG

BROSCHÜRE STELLT LINKE PERSPEKTIVEN VOR

Was bedeutet es, den Energiesektor zu vergesellschaften? Reicht es dafür, einzelne große Erzeuger zu enteignen? Oder muss die ganze Energiewirtschaft – von der Produktion bis hin zur Verteilung – vergesellschaftet werden, um eine gute Daseinsvorsorge für alle zu gewährleisten? Dies ist eine der zentralen politischen Fragen, die es zu klären gilt und der die Autor*innen der Broschüre »Neue Energie für Vergesellschaftung für neue Energie« nachgehen. Ihre Beiträge sollen Anstoß und Aufruf sein, die Ambition einer Demokratisierung ernst zu nehmen und entsprechende Überlegungen, Auseinandersetzungen und Versuche voranzutreiben. Die Broschüre entstand im Anschluss an die Vergesellschaftungskonferenz, die im Oktober 2022 in Berlin mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und anderen Organisationen stattfand. Die Autor*innen kommen aus vielfältigen Bereichen der gesellschaftlichen Linken: kritische Wissenschaft, soziale Bewegungen, Verbände und Vergesellschaftungsinitiativen.

DOWNLOAD:
www.rosalux.de/publikation/id/50165/

MADRID ALS »SORGENDE STADT«

BROSCHÜRE ZU KOMMUNALEN CARE-POLITIKEN

Was ist eine »Sorgende Stadt«? Das Konzept stammt aus den munizipalistischen Bewegungen im spanischen Staat. 2015 übernahmen in Madrid und anderen Städten linke Bewegungsparteien und Wahlplattformen die Rathäuser. An mehreren Orten legten sie Programme zur Neuorganisation von Care-Arbeit vor. Diese sahen vor, Sorgearbeit ins Zentrum der kommunalen Wirtschaftspolitik zu stellen, anstatt sie ins Private zu verlagern oder als Aspekt einer tendenziell passivierenden Sozialpolitik zu behandeln. Ansätze einer Gemeinwohlökonomie, der Selbstorganisierung und Genossenschaften sollen von öffentlicher Seite unterstützt werden. So sollte nicht nur die Care-Krise angegangen, sondern auch einer Feminisierung von Armut entgegentreten werden.

Die Studie analysiert die Umsetzung des Aktionsplans »Madrid als Sorgende Stadt« und macht deutlich, wie feministische Ökonomiekritik auf kommunaler Ebene in konkrete Politiken übersetzt werden kann. Sie beschreibt, wie das Zusammenspiel von institutionellen Akteur*innen und sozialen Bewegungen funktionieren kann. Die Autorin der Studie, Nieves Salobral Martín, war an der Erstellung des Aktionsplans beteiligt und hat ihn als Mitarbeiterin der Stadtverwaltung in die Praxis umgesetzt. Die Broschüre bietet Ansätze und Erfahrungen, an die hiesige Projekte zur Vergesellschaftung von Sorgearbeit anknüpfen können.

DOWNLOAD:
www.rosalux.de/publikation/id/50020/

REGULATION IN EINER SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT

BUCH VON DIETER KLEIN BEIM VSA VERLAG ERSCHIENEN

Wie könnte die Regulationsweise in einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft funktionieren – einer Gesellschaft, die es noch gar nicht gibt? Diese Frage ist durchaus sinnvoll, denn die Elemente der Regulierung einer solidarischen Gesellschaft werden sich bereits in den nächsten Jahren herausbilden und bewähren müssen. In der jüngeren linken Debatte werden oft wünschenswerte und erforderliche Qualitäten eines demokratischen grünen Sozialismus erörtert. Relativ wenig Aufmerksamkeit wird dagegen Vorstellungen über eine künftige progressive Regulationsweise zugemessen. Zu lernen ist aus dem Untergang früherer Gesellschaften, aber auch aus den positiven Erfahrungen des New Deal und der enorm kurzfristigen Umstellung der US-Ökonomie auf Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg. Vorurteilslos ist die Entwicklung der Regulationsweise in China zu beobachten.
Im Mittelpunkt des Buches von Dieter Klein stehen die drei Hauptkomponenten künftiger Regulation: gesellschaftliche Planung und Lenkung, ein eingehegter Marktmechanismus und das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure. Wie sollten sich diese drei Teilmechanismen und ihre Kombination unter wechselnden Bedingungen entwickeln, um die in der gegenwärtigen globalen Umbruchsituation ungelösten Probleme zu bewältigen? Wie kann eine andere Regulationsweise in Gang kommen?

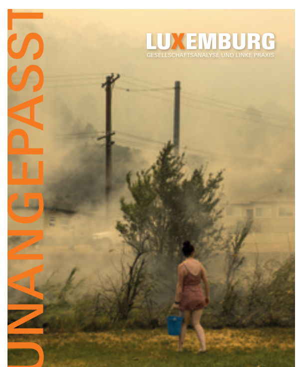
DOWNLOAD:
www.rosalux.de/publikation/id/47780/



3/2022 KAPITALOZÄN
Krieg, Erderwärmung, Inflation: Eine Krise jagt die nächste. Wie bringt man eine Zeit auf den Begriff, die sich selbst überschlägt? Wir nennen es das Kapitalozän: das Erdzeitalter, das von der kapitalistischen Ausbeutung der Natur geprägt ist. Aber wie kommen wir im Katastrophenkapitalismus ins Handeln, wie sehen Lösungswege aus? LuXemburg 3/2022 ist ein Dialog: zwischen den Generationen und Kämpfen, zwischen Analyse und Strategie und zwischen dem, was ist, und dem, was noch werden kann, trotz alledem.

BEITRÄGE VON: Leon Burghardt | Alex Demirović | Felix Dorn | Lara Eckstein | Nancy Fraser | Lucie Hammer | Franziska Heinisch | Sarah-Lee Heinrich | Olena Lyubchenko | Birgit Mahnkopf | Jason W. Moore | Roland Ngam | Nam Duy Nguyen | Hans Rackwitz | Salvage Collective | Ingar Solty | Nathalie Steinert | Rahel Süß | Frank Voigt | Fanny Zeise | Karla Zierold

Oktober 2022, 128 Seiten



2/2022 UNANGEPASST
Die Zukunft wird uns mehr Hitzewellen, Extremwetter und Umweltkrisen bringen. Vielerorts ist die Heißzeit bereits Realität. In der Politik scheint dies noch nicht angekommen zu sein, wir sind an die enormen Herausforderungen des Klimawandels vollkommen UNANGEPASST. Zeit, eine längst überfällige Debatte anzustoßen und die Möglichkeiten linker Politik ausloten: Wie sehen unsere Städte in 30 Jahren aus? Zahlt der globale Norden für seine »Klimaschulden«? Wie könnte eine solidarische Anpassung aussehen? Kurz: Für welche Zukunft lohnt es sich zu kämpfen?

BEITRÄGE VON: Sybille Bauriedl | Ulrich Brand | Nick Buxton |Alex Demirović | Barbara Fried | Dorothee Häußermann | Kai Imsande | Imeh Ituen | Rhonda Koch | Steffen Kühne | Tetet Nera-Lauron | Onke Ngcuka | Nick Reimer | Hannah Schurian | Ingo Tebje | Katja Voigt | David Samuel Williams | Markus Wissen | Uwe Witt | Ivonne Yanez u.a.

Juni 2022, 124 Seiten



1/2022 BESITZ ERGREIFEN
Die Kampagne »Deutsche Wohnen & Co enteignen« hat Furore gemacht. Sie hat einmal mehr vor Augen geführt, wie fatal es ist, die elementaren Dinge dem Markt zu überlassen. Dabei geht es nicht einfach um Verstaatlichung, sondern um Vergesellschaftung: Demokratische Kontrolle, von den Wohnungen über die Krankenhäuser bis zu den Internetkonzernen. Doch wie werden wir es los, das Privateigentum? Wie vergesellschaftet man die Plattformökonomie? Wie sähe eine kommunale und feministische Sorge-Ökonomie aus? Und was kommt eigentlich nach der Vergesellschaftung?

BEITRÄGE VON Michael Buckmiller | Barbara Fried | Klaus Dörre | Franziska Drohsel | Julia Dück | Tim Engartner | Ulrike Hamann | Armin Kuhn | Ursula Le Guin | Sabine Nuss | Dominik Piétron | Cara Röhner | Jan Schalauske | Nina Scholz | Jenny Stupka | Alex Wischnewski

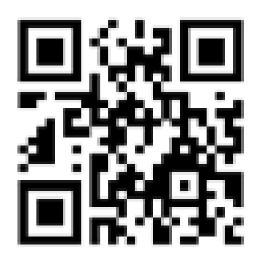
Februar 2022, 132 Seiten



2/2021 SCHULE MACHEN
In kaum einem Land ist Bildung so abhängig von der sozialen Herkunft wie in Deutschland. Aber wie müsste gerechte Bildung aussehen? Was sind die großen und kleinen Schritte hin zu einer Schule für alle? Was fordern Schüler*innen und wie können Lehrer*innen von ihnen lernen? Warum ist Schule für Kinder aus Arbeiter*innen- und Migrant*innenfamilien oft ein Spießrutenlauf? Was SCHULE MACHEN kann, verrät ein Blick in Klassenzimmer, in denen jetzt schon kooperativ und ohne (Zeit-)Druck gelernt wird.

BEITRÄGE VON Sabine Böddinghaus | Julius van den Burg | Carolin & Christoph Butterwegge | Philipp Dehne | Alex Demirović | Rosemarie Hein | Karl-Heinz Heinemann | Ellen Kollender | Louisa Lullien | Narges Mari | Jan Niggemann | Mona Santos | Martina Zilla Seifert | Susanne Thurn | Hans-Jürgen Urban |

Oktober 2021, 136 Seiten



Korrektur: In der Printausgabe ist die Autorin an einer herausgehoben Stelle versehendlich sinnverfälschend wiedergegeben worden. Sie schreibt im Text auf S. 16, 2. Spalte: »Auch die DDR war nicht entweder eine privatgemütliche Rückzugsgesellschaft oder eine repressive Diktatur«. In der Heraushebung S. 16, 1. Spalte steht dann aber fälschlicherweise: »Die DDR war weder eine privatgemütliche Rückzugsgesellschaft noch eine repressive Diktatur«. Wir bitten um Entschuldigung. Die Online-Fassung als auch diese PDF-Fassung sind davon nicht betroffen.

IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1/2023
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Barbara Fried, barbara.fried@rosalux.org, Tel: +49 (0)30 44310-404
Kernredaktion: Harry Adler, Barbara Fried und Hannah Schurian
Redaktion: Sebastian Bähr, Lutz Brangsch, Mario Candeias, Judith Dellheim, Alex Demirović, Hannah Eyßell, Volker Hinck, Cornelia Hildebrandt, Lutz Kirschner, Steffen Kühne, Katharina Pühl, Rainer Rilling, Thomas Sablowski, Anna Stiede, Ingar Solty, Nathalie Steinert, Eva Völpel, Moritz Warnke, Florian Wilde und Uwe Witt

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.org
Redaktionsbüro: Harry Adler, harry.adler@rosalux.org
Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

Abonnement: Seit 2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement
Förderabonnement: Jede Spende ist willkommen.

Bildnachweise:
Titelbild: Collage: Matthies Weber & Schnegg; Fotos: © AFP/IMAGO/pa/flickr/Pexels/Pixabay
S. 2–5, 42–51, 67: © René Zieger; S. 6–7: © Jens Rötzsch/OSTKREUZ;
S. 8–9: © Ute Mahler/OSTKREUZ; S. 10: © Xiang Gao/Unsplash;
S. 18: © Werner Großmann/Bundesarchiv;
S. 22–23: Collage: Matthies Weber & Schnegg, Fotos: © Imago/Ostkreuz;
S. 25: © Roland Hartig/IMAGO; S. 30: © William R./DIE LINKE.Sachsen;
S. 35: © Lukas Krause/DIE LINKE.Thüringen; S. 36: duesentrieb/flickr (BY)(NC)(ND);
S. 52: © IMAGO/nordpool; S. 62: © Steffen Schellhorn/IMAGO;
S. 70: © IMAGO/serienlicht; S. 74: © IMAGO/Future Image;
S. 80: © RothenklempeNow; S. 82: © Thälmanns; S. 84: © AGL Mitteldeutschland;
S. 91: © Max Kovalenko; S. 96, 101: © heba/Umbrucharchiv;
S.102: © Stefan Noebel-Heise/IMAGO; S. 109: © Sebastian Wells/IMAGO;
S. 115: © Rex Schober/IMAGO; S. 120: © VSA;
S. 124 ©Isabelle Vandre/DIE LINKE.Brandenburg; S. 129: © DIE LINKE.Leipzig

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur
www.text-arbeit.net

Grafik und Satz: Matthies Weber & Schnegg – Ausstellung, Kommunikation, Design
www.matthies-weber-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus